

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis: 30 Mark jährlich, 10 Mark vierteljährlich. Einzelhefte 5 Pfennig. Einjahresabonnement: 10 Mark pro Monat. Einjahresabonnement in die Postzeitung: 12 Mark. Ausland: 15 Mark. Einjahresabonnement in die Postzeitung: 12 Mark. Ausland: 15 Mark. Einjahresabonnement in die Postzeitung: 12 Mark. Ausland: 15 Mark.

**Die Infections-Gebühr**  
 Bezugs für die hochgehaltenen Kolonialgebühren oder deren Raum 50 Pfennig. für politische und gesellschaftliche Beiträge und Berichtigungs-Anzeigen 10 Pfennig. „Kleine Anzeigen“, das erste (stichtgedruckte) Wort 10 Pfennig, jedes weitere Wort 5 Pfennig. Stellenangebote und Schluß-Beleg-Anzeigen das erste Wort 10 Pfennig, jedes weitere Wort 5 Pfennig. Worte über 16 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Original täglich außer Montage.

Telegraphisch-Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“.

Kredaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69. **Wittwoch, den 30. Dezember 1908.** Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69. **Rechnungsnummer: Amt IV. Nr. 1983.** **Rechnungsnummer: Amt IV. Nr. 1984.**

## Mittleres Beamtentum und Sozialdemokratie.

Man schreibt uns:  
 In seinem bekannten Buche „Die Reaktion in der inneren Verwaltung Preußens“ schildert uns der hiesige Bürgermeister Dr. Lothar Schilling die Zunahme der höheren Verwaltungsbeamten in der sozialistischen Literatur: Marx und das kommunistische Manifest tenne man nicht einmal dem Namen nach, Laskalle werde keine andere Erinnerung wach, als an seine Duellaffäre. Diese traurige Tatsache ist uns ja schon längst bekannt. Aus dieser Unwissenheit resultiert die mangelnde Erkenntnis von der historischen Notwendigkeit der sozialen Bewegung. Hier haben wir die Erklärung für jenen Schreck, den die Herren beim Worte Klassenkampf empfinden, der für sie Nord und Löffelchlag bedeutet. Und mag ihnen auch Univeritätsprofessor Werner Combari predigen: „Jede sozialdemokratische Wahl, aber auch jede vom proletarischen Geiste erfüllte Genossenschaft, jeder echte Gewerksverein ist eine Form des Klassenkampfes. Just wie jede agrarische Bewegung zur Hochhaltung des Kornpreises, jeder Antrag eines Handwerkerkongresses, den Befähigungsnachweis einzuführen, jede Petition einer Handelskammer, die Vorfesetzgebung zu reformieren, Klassenkampf, dreimal Klassenkampf ist.“ Man sorgt dafür, daß unsern öffentlichen Funktionären nicht zum Bewußtsein kommen kann, daß sie nichts anderes sind, als die Werkzeuge des Klassenstaates. Das verächtliche Urteil Schillings über die Unwissenheit der höheren Verwaltungsbeamten in bezug auf die Mission der Arbeiterbewegung gilt mit verschwindenden Ausnahmen, wenn auch nicht im gleichen Maße, für alle akademisch gebildeten Beamten in Deutschland. Einzelne höhere Beamte freilich haben sich den allzu offenkundigen sozialen Tatsachen nicht völlig verschließen können, und es mag den maßgebenden Stellen nicht übel in den Ohren gestungen haben, als z. B. ein Reichsgerichtsrat in scharfen Worten das Vorhandensein einer ausgeprägten Klassenjustiz feststellte. Doch das sind Ausnahmen. Zur Erklärung für die Rückständigkeit der höheren Beamten mag nicht unerwähnt bleiben, daß der bürgerlich-demokratische Rechtsanwalt Dr. Haas-Karlsruhe anlässlich eines speziellen Falles — ein badischer Landgerichtsrat hatte sich lobend über die sozialdemokratische Presse geäußert — der Ueberzeugung Ausdruck gab, daß nur ein verschwindend kleiner Teil der Richter regelmäßig eine größere Tageszeitung von Bedeutung lese. Was für die Richter in dieser Hinsicht gilt, gilt auch für die ihnen gleichstehenden Funktionäre. Wenden wir uns den mittleren Staatsbeamten zu. Wir sind bemüht, das große Heer der mittleren und unteren Staatsbeamten für die Idee der Arbeiterbewegung zu gewinnen. Zu jeder Zeit ist auch unsere Partei für die wirtschaftliche und rechtliche Verbesserung dieser Beamten eingetreten. Bei den unteren Beamten haben wir zahlreiche Anhänger. Das Verständnis für unsere Forderungen erklärt sich bei ihnen schon durch ihre proletarische Abstammung und Lebenshaltung. Anders bei den mittleren Beamten. Als Kerntruppe dieser Beamtentategorie, und nur von dieser soll hier die Rede sein, haben wir jenes Beamtentum zu bezeichnen, deren Angehörige nach einer sechs- bis achtjährigen Mittelschulbildung (Einführungs-Freiwilligen-Berechtigung bis Reife zur Prima) in den Staatsdienst eintreten und nach ihrer in 10 bis 12 Jahren erfolgenden etatsmäßigen Anstellung ein Einkommen von circa 2000 M. bis zum Höchstgehalt von circa 4500 M. beziehen. Das mittlere, subalterne Beamtentum ist die jüngste Gruppe unserer Staatsbeamten und in seinem jetzigen Zustande eine Erscheinung der neueren Zeit. Seine Entwicklung ist in manchen Resorts noch nicht abgeschlossen. Ein kurzer historischer Rückblick zeigt uns den Werdegang des mittleren Beamtentums. Obere und untere Staatsbeamte, also nicht lediglich persönliche Diener des Landesherrn, existieren schon seit Jahrhunderten. Der den Amtmannstellen schwingende Gewalthaber, Verwaltungs- und Justizbeamter zugleich, der die Bauern anbrüllt, sie prügelt und bei schmaler Abzug einräumt läßt, ist der historische Vorläufer unseres höheren Beamtentums. Ebenso alt ist der militärische Scharführer, der in jungen Jahren den Werberwein trinkt, Handgeld nimmt, in dem von seinem geliebten Landesherrn wegen einer Wirtin in Szene gesetzten Feldzug ein Bein verliert und dann als Schlagwächter, Kerkermeister, Stocknecht usw. sein reichbewegtes Leben beschließt. Er ist der Vorläufer des Unterbeamten, des zivilversorgungsberechtigten Militärwärters. Diese beiden Beamtentypen sind schon in den vormärzlichen deutschen Despotien voll entwickelt. Die „Federführer“ kommen als besonderer Beamtentypus kaum in Frage, sie zählen entweder zu den wirklichen Staatsdienern oder gehören zur Kategorie der gemeinen Schreibkräfte. Die Beförderung der letzteren zu Oberbeamten ist möglich. Durch die Verwandlung in sogenannte konstitutionelle Monarchien werden die einzelnen Staaten vor neue Aufgaben gestellt, eine kompliziertere und umfangreichere Gesetzgebung setzt ein, die Revolutionierung des Verkehrs durch Erbauung von Eisenbahnen, die Umgestaltung des Postwesens sowie die Trennung der Justiz von der Verwaltung bedingen die Schaffung einer neuen Beamtengruppe, deren Laufbahn sich in bestimmten Grenzen bewegt und von welcher ein Befähigungsnachweis gefordert wird.

Die „Einigung“ Deutschlands, der ungeahnte Aufschwung der Industrie, der Technik, des Handels, der gesamten Volkswirtschaft überhaupt, die Organisation der Reichsbehörden, die Justiz- und sozialpolitische Gesetzgebung machen ein Heer neuer Beamten notwendig, und die Klasse der mittleren Beamten wird für den ganzen Staatsbetrieb von großer Bedeutung. Zwischen die höheren Beamten, bei denen eine wissenschaftliche Vorbildung vorausgesetzt wird, und die Unterbeamten drängt sich ein neues Element, der Subalternbeamtenstand, der eine geschäftliche Vorbildung nachzuweisen hat. Die Einteilung der Gesamtbeamtenschaft in obere, mit akademischer Bildung, mittlere, mit Mittelschulbildung und untere, mit Volksschulbildung ausgestatteten Beamten ist bereits derart durchgeführt und reglementiert, daß ein Aufsteigen von der einen zur anderen Klasse, von Ausnahmen zugunsten der Militäranwärter abgesehen, völlig ausgeschlossen ist. Zu Beginn der ziemlich langen Entwicklungsperiode, die der „mittlere Beamtentumstand“ durchgemacht hat, rekrutierte sich diese Kategorie größtenteils, wie die untere Beamtenschaft heute noch, aus Elementen rein proletarischer Herkunft. Die in der Zwischenzeit bedeutend erhöhten Anforderungen aller Art (wie zum Beispiel die mehrjährige unentgeltliche Dienstleistung während der Vorbereitungszeit) und die erhebliche materielle Verbesserung hat hierin eine Änderung bewirkt, hauptsächlich zum Vorteil der Kleinbürgerlichen Schichten. Während nun einerseits der höhere Beamte sich häufig von Berufs wegen mit sozialen Problemen zu befassen hat und hierdurch Gelegenheit erhält, die Schäden der heutigen Wirtschaftsordnung etwas eingehender kennen zu lernen und andererseits der untere Beamte sich kaum über das Niveau des gewöhnlichen Lohnarbeiters erhebt — beide also genügende Veranlassung haben, den Befreiungskampf des Proletariats nicht als gleichgültige Sache zu behandeln — ist bei dem größten Teil der mittleren Beamten schon seit Jahren eine große Verständnislosigkeit für unsere Bewegung zu konstatieren. So bedauerlich diese Tatsache ist, da es sich um Hunderttausende von Personen handelt, so erklärlich ist sie für den Kenner der Verhältnisse. Wie schon betont, ist die Zusammenfassung des mittleren Beamtentums eine andere geworden. Es hat eine Verschiebung auf Kosten der unteren Klassen stattgefunden, wie auch bei dem großen Andrang zum höheren Staatsdienste nur noch der Wohlhabende Berücksichtigung finden kann. Dann aber ist nichts natürlicher, als daß dem dem wirtschaftlichen Kampfe völlig fernstehenden mittleren Beamten — im Gegensatz zu dem im Erwerbleben tätigen Arbeiter, Werkmeister, Techniker, Betriebsbeamten, Handlungsgehilfen usw. — die Bildung eines eigenen Urteils erschwert ist, wenn er sich nicht von Berufswegen mit die Öffentlichkeit berührenden Fragen zu beschäftigen hat. Gerade die Tätigkeit der mittleren Beamten jedoch ist, mit geringen Ausnahmen, nicht geeignet, die Einsicht in unsere wirtschaftlichen, sozialen und politischen Verhältnisse zu fördern. Hierzu kommen die dienstlichen Verhältnisse, namentlich die große Abhängigkeit der mittleren Beamten, die in Fleisch und Blut übergegangene „Disziplin“, die es als geradezu verbrecherisch erscheinen läßt, sich überhaupt mit sozialistischer Literatur zu beschäftigen. Die vielgerühmte Beamtendisziplin hat im Subalternbeamtentum Formen angenommen, die dem Persönlichkeitsgedanken ins Gesicht schlagen. So z. B. schreibt die „Monatsschrift für deutsche Beamte“ in einem mit „Gehorsam — Untertänigkeit“ betitelten Aufsatz: „Mehr noch als in der Form des Anordnens wird hinsichtlich des Inhaltes der verlangten Unterordnung gefordert. Die Schuld hieran tragen weniger die Vorgesetzten als die Untergebenen, die die Subordination aus selbstthätigen Zwecken vielfach bis zur entwürdigenden Devotion treiben. Dadurch wird bei den Vorgesetzten eine Bewöhrung erzielt, die schließlich zu einer Verwechselung von Subordination und Devotion führt. Jeden anständigen Mann wird ein freudiger und andringlich liebdienerlicher Untergebener abhosen, aber das geknechtete, biegsame schon in den äußeren Formen die Unterordnung betonende Wesen eines Untergebenen unheimlich angenehm die Sinne auch des vornehm denkenden Mannes, leicht und willig läßt er sich durch die Form über die Qualität täuschen und zieht den geknechteten Untergebenen dem zwar lächerlicheren, aber nicht über ein gleiches Maß Untertänigkeit verfügenden Untergebenen vor. Welche Mägden, die gar nichts mit der Sache zu tun haben, kann man im Verkehr zwischen Vorgesetzten und Untergebenen beobachten. Do sieht man, wie der Untergebene, wenn er einen höheren Vorgesetzten in den Bureauräumen, auf breiter Treppe oder breitem Gausflur begegnet, wo reichlich zwei Menschen nebeneinander Platz haben, sich unterwürdig an die Wand drückt und diese mit dem Kermel streifend an dem Vorgesetzten vorbeischiebt. Man wird sagen, das sei outriert, dies und ähnliches seien die Ausnahme, aber man braucht nur für diese Dinge den Blick zu heben und man wird manches bei allen Beamtentategorien sehen, was einem unwürdig erscheint. Damit wäre schon viel gewonnen. Heute erweckt der, welcher sich willig und würdig unterordnet, dem aber alle Untertänigkeitsmäßigkeiten „wider die Natur“ sind, bei vielen noch leicht den Eindruck der Unabwägbarkeit.“ In dieser Atmosphäre kann sich keine freihheitliche Bestimmung entwickeln, sie wird im Keime erstickt. Ferner ist zu bedenken, daß das Studium des wissenschaftlichen Sozialismus ernstes Streben voraussetzt und andere Anforderungen stellt als die Lektüre des amtlichen Kreisblattes. Jeder Mensch ist das Produkt seines Milieus. Dieser Satz gilt auch für die mittleren Staatsbeamten.

## Eine Strafgesetznovelle?

In der Ablogerungsstätte für reaktionäre Wünsche, dem „Berliner Lokal-Anzeiger“, wird behauptet, dem Bundesrat werde in den nächsten Tagen eine neue Justiznovelle zugehen. Der Inhalt dieser Strafgesetznovelle soll darin bestehen, daß der sogenannte kleinere Diebstahl (gemeint ist wohl dem Rundraub gleichzusetzende Entwendungen von Gebrauchsgegenständen und Sachen von geringerer Werte), der Hausfriedensbruch und die Erpressung milder bestraft werden sollen. Dagegen soll der Begriff der Verleumdungen erweitert, die Strafen für Verleumdungen erhöht und die Bestimmungen über Verwahrlosung von Kindern und Tierquälerei verschärft werden. Endlich heißt es in der Mitteilung des „Lokal-Anzeigers“: „Auch soll der Wahrheitsbeweis eingeschränkt werden, um ein unnützes Einbringen in das Privatleben zu verhindern. Die Befugnis zum Ausschluß der Öffentlichkeit soll erweitert werden.“ Die Meldung steht im Gegensatz zu der von der Regierung im Reichstag wiederholt betonten Notwendigkeit, nicht stückweise vorzugehen, sondern das Strafgesetzbuch in seiner Gesamtheit einer Revision zu unterwerfen. Diese Unstimmigkeit würde freilich bei den von Tag zu Tag wechselnden Ansichten der Regierung nicht schwer ins Gewicht fallen. Die geplante Novelle würde, wenn sie in der Tat den vom „Lokal-Anzeiger“ wiedergegebenen Inhalt haben sollte, ein reaktionäres Gebilde allerersten Ranges darstellen. Niemand, dem nicht der Rest sozialen Empfindens abhanden gekommen ist, kann darüber im Zweifel sein, daß die drakonischen Strafen wegen sogenannter kleinerer Diebstähle der Gerechtigkeit ins Gesicht schlagen. Hier kann es sich nicht um eine Milde rung handeln, sondern mit dem Unfug muß aufgeräumt werden, daß bei der Fortnahme von Lappalien das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit, das der Täter nicht hatte, von weltrennen Richtern konstruiert wird. Es widerspricht jedem gerechten Empfinden, wegen Entwendung einiger Kostenvstücke, die eine Mutter oder ein Familienvater fortnimmt, um die Söhne vor dem Erstickern zu bewahren, eine Gefängnisstrafe auszusprechen, wie es jetzt so häufig geschieht oder überhaupt zu bestrafen. Richter mit sozialem Empfinden, wie der bekannte französische Richter Magnaud, nehmen mit Recht in solchen Fällen Notwehr an, sprechen zu Unrecht Angeklagte frei und stellen die Leute an den öffentlichen Platz, welche die Herzensknecht haben, in solchen Fällen Straf anzeigen zu erstatten. Bei der Erpressung ist in Fällen wirklicher Erpressung hohe Bestrafung durchaus angebracht. Das Gesetz gewährt einen außerordentlich weiten Spielraum bei der Abmessung der Strafe. Ganz anders liegt es aber mit den Tatsachen, die in der Tat keine Erpressung sind, aber von einer Klassenjustiz dem Gesetz und Recht entgegen zur Erpressung umgestempelt worden sind. Wir erinnern an die Taschenspielerkunststücke, die unter Billigung des Reichsgerichts zunächst das Landgericht Leipzig im Jahre 1888, seitdem eine Reihe anderer Gerichte mit dem Begriff „rechtswidriger Vermögensvorteil“ vorgenommen haben, wodurch eheliche Arbeiter, die einen Streik verhindern wollten oder ihn ansetzten, wegen Erpressung bestraft wurden. Da hat man erklärt, „rechtswidrig“ sei, worauf man kein Recht habe, also sei rechtswidrig die Forderung, statt 200 M. 800 M. Lohn zu erhalten, andernfalls aber den Streik zu erklären. Nicht die so Verurteilten sind infamiert worden, sondern die Justiz, die zur Verurteilung kam, hat sich selbst dadurch infamiert. Würden nicht gelehrte Richter, sondern Richter, die aus allen Teilen der Gesellschaft des Volkes von diesem selbst gewählt sind, zu Recht sitzen, so würden solche Urteile unmöglich sein. Die Novelle hat aber offenbar solche Fälle gar nicht im Auge. Sonst könnte sie nicht von einer Mildere rung der Strafe für Erpresser reden, sondern müßte von einer Beseitigung der geschändeten Ungeheuerlichkeit, die eine Schmach für die deutsche Justiz ist, sprechen. Anträge nach dieser Richtung hin sind seit dem Jahre 1890 wiederholt von der sozialdemokratischen Fraktion gestellt und auch von anderen Parteien unterstützt worden. Spricht die Ankündigung der Novelle von einer Milderung für Erpresser, so meint sie offensichtlich Milderung für jene Lumpen, die wirklich Erpresser sind und denen gegenüber gerecht Empfindende einen Ruf nach milderer Beurteilung noch nicht erhoben haben. Unerhört, aber durchaus in den Plan eines reaktionären, bezlogenen Gesindels hinein paßt die Forderung, daß der Wahrheitsbeweis noch mehr wie heute eingeschränkt werden soll. Die herrschende Klasse fürchtet die Wahrheit und wünscht, daß noch mehr wie heute Verstrafungen eintreten, weil die Wahrheit, die allein dem Gemeinwohl dienliche Wahrheit, rückwärts gefahrt wird. Was in die dunkelsten Winkel hinein muß die Öffentlichkeit leuchten — so ähnlich äußerte sich einmal selbst Bismarck. Dem heutigen verlotterten berumpften Klüngel paßt die Öffentlichkeit nicht. Sie wünscht, daß der Allgemeinheit, daß dem Volk, daß der Arbeiterklasse die Fülle von Täunissen verhäßt werde, die der herrschenden Klasse eigen. Das Leben der herrschenden Klasse, das öffentliche nicht minder wie das private, hat offensichtlich das Licht der Öffentlichkeit zu scheuen und deshalb wünscht man den Ausschluß der Öffentlichkeit in noch weiterer Höhe, als dies bisher der Fall war. Wenn dadurch eine der wenigen Rechtsgarantien für den Angeklagten genommen wird, was tut der herrschenden Klasse, solange die Mitglieder dieser Klasse selbst nicht auf dem Amboss der Justizpflege liegen, sondern durch ihre Mittel den Hammer des

Zustufung gegen die Arbeiterklasse und diejenigen, die ähnlich sind, schwingen lassen?

Der angeführte Inhalt der Novelle ist ein so ungeheurer, daß erwartet werden muß, daß schnell und rüchlos offiziell mitgeteilt wird, ob das in den „Sozial-Anzeiger“ gelegte realistische Ei nur von einem besonders reaktionären Veranlagten Streiber, der die Öffentlichkeit in besonderer Weise zu schrecken hat, ausgebrütet oder ob es Gesamtarbeit der Leute im preussischen Justizministerium und dem Reichsjustizsekretariat ist!

## Die russische Sozialdemokratie und der Panlawismus.

In der Debatte, die die russische Duma der Rede Tschowkowski folgen ließ, hat die sozialdemokratische Fraktion den Fetisch des Panlawismus, um den sich jetzt die bürgerlichen Parteien Rußlands bis zu den Knechten scharen, erbarmungslos zerlegt. Der Sprecher der Sozialdemokraten, Genosse Pokrowski, den die wütenden „Patrioten“ bekanntlich nicht ausreden ließen, ging der Länge, daß das Rußland des Zaren allezeit der Säugling der slavischen Völker gewesen sei und sein werde, eine Lüge, die bei der gespannten Lage auf dem Balkan dem Frieden gefährlich ist, mit verächtlichen Tönen zu Leibe. Er entwarf in knappen Zügen ein Bild der traditionellen Slawenpolitik der russischen Regierung, die stets als „Dekmantel der rohen räuberischen Invasions- und Herrscherpolitik“ Rußlands gedient hat. Er verfolgte die gesamte Orientpolitik Rußlands im 19. Jahrhundert und wies an der Hand von Beispielen aus der Regierungszeit von Alexander I. und Nikolaus I., Alexander II. und Alexander III. nach, daß die Thrasen über die Blutverwandtschaft und Religionsgemeinschaft der Russen und Balkan-Slawen das offizielle Rußland niemals daran gehindert hätten, das Leben und die Interessen der Slawenstämme den jeweiligen machiavellistischen Plänen der russischen Regierung zum Opfer zu bringen. Unter der atemlosen Spannung des ganzen Hauses und der zunehmenden Erregung des Präsidiums und der Minister verlas er eine Reihe von Dokumenten aus dem 1893 in Berlin erschienenen Werke von Leonow: „Geheimdokumente der russischen Orientpolitik, 1881 bis 1890“, aus denen hervorgeht, daß die Agenten der russischen Regierung in ihrem direkten Auftrage Dynamitattentate usw. gegen den damaligen Fürsten von Bulgarien inszenierten, der der russischen Regierung ungenug geworden war.

Die Wut der russischen Regierungspresse über diese Enthüllungen ist unbeschreiblich. Die Offiziellen wetteifern miteinander, um das Werk von Leonow als eine Fälschung hinzustellen, die angeblich schon längst aufgedeckt sei. Auf diese Behauptungen sind auch schon die Korrespondenten einiger deutscher Blätter, so auch der des „Berliner Tageblattes“, hereingefallen. In Wirklichkeit verhält es sich mit diesem Werk wie folgt: Das in Berlin 1893 erschienene Buch ist die Uebersetzung eines Werkes, das von der bulgarischen Regierung als letztes Mittel im Kampfe gegen die russische Regierung herausgegeben wurde. Sein wirklicher Herausgeber war der damalige bulgarische Ministerpräsident Stambulow, der in der Folge für diese Tat sein Leben einbüßen mußte, nachdem der am 15. September 1890 mit „Allerhöchster Genehmigung“ unternommene Versuch, ihn durch die Hand des Kapitäns Metetelow ermorden zu lassen, mißlungen war. Die Einleitung zu diesem Buche war vom bulgarischen Kammerpräsidenten Petkoff — einem Anhänger Stambulows — geschrieben.

Das Werk enthält 241 Depeschen, Geheimzirkulare und die geheime Korrespondenz der russischen Konsulin, Agenten usw. in Bulgarien und Rumänien mit der russischen Regierung. Die Mehrzahl dieser Dokumente — und hierbei die wichtigsten — stammen aus der Feder des damaligen russischen Gesandten in Bukarest, Chitrow. Nach diesen Enthüllungen war sein Aufenthalt in den Balkanländern unmöglich geworden: er wurde als Gesandter nach Lissabon geschickt.

Die bulgarische Regierung erhielt diese Dokumente vom Dragoman der russischen Gesandtschaft in Bukarest, Jakob Johann, zur Zeit da dieser nach der Entfernung aller russischer Konsulen aus Bulgarien im November 1886 bis 1889 das Geheimarchiv der russischen Konsulate aufbewahrte. Im Jahre 1891 strengte die russische Regierung gegen Jakob Johann, der jetzt von der offiziellen Presse der Fälschung angeschuldigt wird, einen Prozeß an — wegen Herausgabe offizieller Dokumente! Die bulgarische Regierung weigerte sich, Jakob Johann auszuliefern, und diesem gelang es, nach Australien zu entkommen.

Nach den Angaben Petkoffs und Stambulows kann die Authentizität dieser Dokumente nicht angezweifelt werden. Einige von ihnen wurden bereits im Jahre 1893 im offiziellen Organ der bulgarischen Regierung „Swoboda“ und desgleichen in der „Nölnischen Zig.“ und der „Neuen Freien Presse“ veröffentlicht.

Im Jahre 1904 erschien eine Reihe von Artikeln im „Vorwärts“, in welchen das Wesentlichste aus dem Werke von Leonow wiedergegeben wurde.

Während die russische Sozialdemokratie so durch ihren Feldzug gegen die verbrecherische Auslandspolitik des Zaren und gegen den friedengefährdenden Panlawismus der Bourgeoisie dem Frieden dient, getreu den Pflichten, die ihr als Glied der internationalen Sozialdemokratie obliegen, steht der russische Liberalismus völlig im Lager des blödesten Chauvinismus. Der Redner der Knechten, Miskow, dieser einstmaligen revolutionären Partei, blieb in der Duma-Debatte dieselbe panlawistisch-imperialistische Fanfare wie die Oktoberisten und übte nur an der russischen Politik in Persien eine leise Kritik. Im übrigen lobte er Herrn Tschowkowski über alle Maßen und erklärte im Namen seiner Fraktion, daß er sich dem Vertrauensvotum der reaktionären Parteien anschließen würde.

Es paßt zu dieser jämmerlichen Haltung, daß die Knechten ohne jede Scham für die Ausschließung des sozialdemokratischen Redners, des Genossen Pokrowski, eintraten. Der russische Liberalismus ist nicht besser als der deutsche.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 29. Dezember 1903.

### Der Feldzugsplan gegen die Buren.

Frankfurt a. M., 29. Dezember. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Der „Volksstimme“ ist ein Schriftstück auf den Tisch geflogen, das eine neue Erklärung gibt zu dem Feldzugsplan Wilhelm II. gegen die Buren. In dem Artikel des

„Daily Telegraph“ war etwas Ähnliches gesagt, aber noch nicht das Richtige, und Reichsanwalt Bülow hat zwar im Reichstage erklärt, es handle sich nicht um einen richtigen Feldzugsplan, sondern es seien nur Aphorismen. Dazu sagt nun die Zeitschrift, die der „Volksstimme“ zugegangen ist: Herr Bülow hat da nichts Falsches gesagt, aber doch das Richtige verschwiegen. Es wird dann darauf hingewiesen, daß in den Kasinos der deutschen Offiziere in den verschiedenen Garnisonen sogenannte Kriegsspiele veranstaltet werden, bei denen die Truppenteile, die Batterien usw. mit bunten Steinen bezeichnen werden. Die beste Lösung bei einem solchen Spiel wird als Patentlösung bezeichnet. Eine solche Patentlösung war es nun auch, und zwar eine Patentlösung des Großen Generalstabes, die Wilhelm II. als Feldzugsplan mit eigenhändigen Randbemerkungen versehen oder wie Bülow gesagt hat, mit „Aphorismen“, nach England geschickt hat. Der Große Generalstab also hat zur Zeit des Burenkrieges ein Kriegsspiel veranstaltet und die beste damalige Lösung ist der Feldzugsplan, den Wilhelm II. seiner Großmutter geschickt hat.

### Ein Zentralverband der deutschen Richter.

Die Richter und Staatsanwälte waren in Deutschland bisher nur in Landesvereinen organisiert. Jetzt haben sie sich eine Zentralorganisation geschaffen, die unter dem Namen Deutscher Richterbund am 1. Januar l. J. ins Leben treten wird. Dieser neuen gewerkschaftlichen Organisation gehören bis jetzt etwa 3000 Richter und Staatsanwälte an. Sie erstreben in ihrem Verband: Förderung der Rechtspflege und der Berufsanforderungen; zu den letzteren gehören natürlich auch Fragen materieller Natur. — Allerdings dürfte ein Streik der Richter oder der Staatsanwälte, der dann von der Organisation zu unterstützen wäre, kaum zu befürchten sein. Ob aber wenigstens künftig organisierte Richter und Staatsanwälte einen organisierten Arbeiter, der als Angehöriger von ihnen steht — vielleicht wegen Berufserklärung — mit anderen Augen ansehen werden, als sie das bisher gewohnt waren? —

### Die Herren des Staates.

In der „Deutschen Tageszeitung“ regt sich ein Agrarier über mangelhaftes Entgegenkommen der preussischen Eisenbahnverwaltung auf. Er beklagt sich nämlich bei der Eisenbahndirektion darüber, daß die Eisenbahnmeisterei Kinder „seiner Ortsarmen“, denen er Wohnung usw. gewähre, wider seinen Willen als Arbeiter bei der Bahn beschäffte. — Er führte der Direktion gegenüber aus, er sei gegen dieses Verfahren zunächst bei der Eisenbahnmeisterei vorstellig geworden, habe aber die Antwort erhalten, die Eisenbahnmeisterei habe so viel Arbeiten zu leisten, daß sie die Arbeiter nehmen müsse, gleichviel, wo sie sie finde. Die Eisenbahndirektion beantwortete die Beschwerde hierüber mit der Erklärung:

„Der Eintritt in den Eisenbahndienst kann den Leuten ohne Befreiung der Freizügigkeit nicht verweigert werden, zumal wenn sie zur Aufrechterhaltung eines ordnungsmäßigen Betriebes erforderlich sind.“

Diese verständige und korrekte Antwort findet das Agrarierblatt nicht rücksichtsvoll genug. Sie ruft deshalb den Eisenbahnminister an, daß er die heiligen Interessen des Agrarismus besser berücksichtige. —

### Holle Nachfolger?

Da die Rückkehr des Kultusministers Dr. Holle in sein Amt als ausgeschlossen gelten kann, beginnen spekulative Köpfe sich mit der Frage zu beschäftigen, wer sein Nachfolger werden dürfte, obgleich es hierüber ganz nebensächlich ist, ob der zukünftige Minister Schwarzkopf, Müller oder Meier heißen wird; denn unter allen Umständen wird er im bisherigen Geleise weiterzufahren. Nach der „Berl. Universal-Zeit.“ soll der Handelsminister Delbrück den eigenartigen Ehrgeiz besitzen, Kultusminister werden zu wollen; denn in einem Ziele politischer Freunde habe er erst kürzlich die Versicherung fallen lassen, er sei sich der Schwierigkeiten bewußt, die die Uebernahme des Kultusministeriums mit sich bringe, doch würde er keinen Moment zögern, das Kultusministerium zu übernehmen, falls die Wahl ihn trafe.

Esch entwehrt hat Herr Delbrück nicht diesen sonderbaren Ehrgeiz, oder er will ihn vorläufig noch nicht eingestehen; denn im „Berl. Tagbl.“ läßt er erklären, daß die Weidung der genannten Korrespondenz von Anfang bis zum Ende erfunden sei. Die ihm zugeschriebene Versicherung habe er nicht getan, an die Uebernahme des Kultusministeriums noch keinen Augenblick gedacht und überhaupt keinen herzlicheren Wunsch, als sein Ressort zu behalten.

### Zur Wahlrechtsreform in Oldenburg.

Nachdem der Landtag die Aenderung des Staatsgrundgesetzes in erster und zweiter Lesung beschlossen hat, wonach anstatt der indirekten die direkte Wahl eingeführt werden soll, ist dieser Beschluß nur noch abhängig von der Annahme des Wahlgesetzes, dessen Beratung nach Neujahr bevorsteht. Besondere Verurteilung der Agrarier, das direkte Wahlrecht mit dem Mehrstimmrecht zu verbinden, um so ein dauerndes Uebergewicht des Besitzes, eines höheren Einkommens und der schätzbarsten Bevölkerung gegenüber der industriellen Bevölkerung mehr nach zu erzielen, als es tatsächlich schon durch die Klausel der dreijährigen Wartegzeit geschehen wird. Inzwischen ist nun der Reichstagsbericht des Verwaltungsausschusses, der sich gegen die Pluralwahlrechtsanträge ausspricht, fertiggestellt. Dieser Bericht behandelt im übrigen die gesamten, im Ausschusse zum Wahlgesetz gestellten Anträge und gibt deshalb einen interessanten Einblick in den Stand der Wahlrechtsreform. Obwohl der Landtag in seiner letzten Sitzung vor Weihnachten beschlossen hat, von einer Vertagung des Berichtes bis zur Fertigstellung des Minderheitsberichts abzusehen, sind wir dennoch in der Lage, das Wesentliche aus dem Berichte über das Wahlgesetz der Öffentlichkeit zu unterbreiten.

Das eine kann dabei vorweg mit Sicherheit gesagt werden: Die Aussichten auf eine wirklich demokratische Gestaltung des Landtagswahlrechtes in Oldenburg sind schlechter als je zuvor. Es sind drei Konstellationen vorhanden: Den Agrariern und Zentrumsabgeordneten ist der Regierungsentwurf bereits viel zu radikal. Sie wollen die Wirkung der direkten Wahl möglichst unterbinden durch größere Uebervertretung von Besitz und Einkommen und das Wahlgesetz zu einem Ausnahmengesetz gegen die Sozialdemokratie gestalten. Den Sozialdemokraten geht der Regierungsentwurf nicht weit genug. Die im Wahlgesetzentwurf vorgesehene Wahlkreisgeometrie (Zweimännerwahlkreise) wird für sie unannehmbar sein. Sie hat deshalb in 2. Lesung bereits gegen die Aenderung des Staatsgrundgesetzes, das neben der direkten Wahl die dreijährige Wartegzeit und fünfjährige Legislatur vorgesehene hat, gestimmt, um sich nicht den Weg für eine freiere Bestimmung des Wahlgesetzes zu verbarrikadieren. Die Liberalen schließlich, die zunächst auch mit dem Entwurfe in mancherlei Richtung nicht zufrieden sind, werden in letzter Linie, d. h. in zweiter Lesung, falls die Regierung den Aenderungsanträgen gegenüber sich ablehnend verhält, mit dem Regierungsentwurfe stehen und fallen. Die zweite Lesung wird dann den entscheidenden Kampf bringen: Entweder die Pluralwahlrechtsfreunde — fast die Hälfte des Landtages beharren auf ihren Anträgen und stimmen gegen das ganze Gesetz, dann fällt damit die Wahlrechtsreform überhaupt, oder die Pluralwahlrechtsanträge finden bis zu einem Teile das Ohr der Regierung, und das direkte Wahlrecht wird zu einem Plural- und Geldwahl-

recht, oder aber es entsteht die dritte Möglichkeit, die die meiste Wahrscheinlichkeit für sich hat: Der Regierungsentwurf mit seinen Zweimännerwahlkreisen und einer ganz ungerechten Wahlkreisgeometrie bereinigt eine Mehrheit auf sich. Zwar ist nicht ganz die Möglichkeit ausgeschlossen, daß die Regierung dem Antrage auf Einzelwahlkreise entspricht, da sie im Ausschusse keine direkt ablehnende Haltung eingenommen hat. Bei der vom Ausschusse vorgeschlagenen Einzelwahlkreisgeometrie würde die Sozialdemokratie, da industrielle Bezirke nicht mit ländlichen allzu sehr verquirlt worden sind, nicht allzu schlecht abschneiden. Auch der Beibehaltung der bisherigen Gruppenwahl und Verhältniswahl, wie sie der sozialdemokratische Abgeordnete Schulz mit noch fünf anderen Ausschussmitgliedern beantragt hat, fehlt die Regierung nicht völlig ablehnend gegenüber. Dieses System wäre aber zweifellos speziell für die oldenburgischen Verhältnisse mit seinen durcheinander laufenden städtischen und ländlichen Interessen das allgerühmteste. Jedoch ist bis zur 2. Lesung ein langer Weg, und die reaktionäre Haltung der Agrarier und Zentrumsabgeordneten auf der einen und die Rückgratlosigkeit der Liberalen auf der anderen Seite wird leider dafür sorgen, daß bei der ganzen Wahlrechtsdebatte keine anständige Reform des staatsbürgerlichen Rechtes herauskommen wird. Ein Blick in den Ausschussbericht läßt das ohne weiteres ahnen. Zwar will die Mehrheit nach dem Berichte an dem gleichen Wahlrecht festhalten. Sie versteht aber darunter ausschließlich das Wahlrecht für die Männer. Für die Forderung, auch den Frauen das Wahlrecht zu geben, tritt bloß der sozialdemokratische Abgeordnete Schulz ein. Er fand damit bei den Liberalen keine Unterstützung; ebensowenig für die Herabsetzung der Wahlrechtsuntergrenze von 25 auf 21 Jahre und für die Herabsetzung der Wartegzeit von drei Jahre auf ein Jahr. Es bleibt auch beim Verlusse des Wahlrechtes für Personen, die sich im Konkurse befinden oder Armenunterstützung beziehen. Das Schicksal dieser Anträge im Plenum steht sonach fest. Für die Verhältniswahl erklärten sich außer den Sozialdemokraten bloß 5 liberale Abgeordnete. Der Abgeordnete Schulz (Soz.) beantragte, alle 20 Jahre eine Neueinteilung der Wahlkreise vorzunehmen, drang aber damit nicht durch. Von bürgerlicher Seite war die Abschaffung der Auserwahlung beantragt worden, diesem Antrag gegenüber stand ein Antrag des Sozialdemokraten, zur größeren Sicherung des Wohlgeheimnisses einheitliche Wahlurnen zu beschaffen. Beide Anträge fanden keine Mehrheit; ebenso nicht der sozialdemokratische Antrag auf Vornahme der Wahlen an einem Ruhetage. — Das sind die wichtigsten Anträge aus dem Bericht über das Wahlgesetz.

### Steuervertweigende Agrarier.

Eine Massenklage gegen das Oldenburgische Staatsministerium haben 20 Grundbesitzer im Fürstentum Lüneburg angestrengt. Sie wollen sich beim Bundesrat wegen Verletzung des Art. 77 der Reichsverfassung durch die Oldenburgische Staatsregierung (Justizverweigerung und Justizhemmung) beschweren. Die Klägerschreiber gehören einem Landstrich an, der von Preußen seinerzeit an Oldenburg abgetreten wurde, und der Grund des Streites liegt darin, daß von ihnen noch alte Steuern nach dänischem Recht erhoben werden, die in Preußen längst abgeschafft sind. Eine Versammlung der Grundbesitzer beschloß einstimmig, die zu Neujahr fälligen, alten dänischen Abgaben nicht weiter zu bezahlen.

### Zu spät!

Der Reichstags-Abgeordnete Held hat sein Mandat für den Wahlkreis 6 Hannover niedergelegt.

Es hat sehr lange gedauert, bis Held sein Mandat niedergelegt hat. Bereits im Oktober 1901 wurde ihm vom Gericht bescheinigt, daß er sich unaufricher Geschäftsmanipulationen und eines Erpressungsversuchs schuldig gemacht habe. Erst jetzt, nachdem ihm seine ehrenrührigen Handlungen erneut gerichtlich festgestellt worden sind, teilt er Bericht auf das längst verlorene Mandat. —

Es wird nun zu einer Neuwahl in seinem Wahlkreis, dem sechsten hannoverschen (Verden-Hoya-Sylve-Nahum) zu schreiten sein.

Dieser Kreis ist lange Jahre (von 1881 bis 1892) durch den Welfen Baron v. Arnswaldt, der sich dem Zentrum anschloß, vertreten gewesen. Das Welfentum ist nun in dem Kreise stark zurückgegangen. Dagegen ist die Sozialdemokratie langsam aber stetig gewachsen. Sie hat bei der Stichwahl 1903 mit den Welfen gemeinschaftliche Sache gemacht, ohne jedoch einen Erfolg zu erzielen. Bei der Hottentottenwahl wurde der nationalliberale Abgeordnete glatt mit anschließender Majorität gewählt.

### Bedingte Begnadigung in Bayern.

Das bayerische Justizministerium hat in einem Erlasse Anweisungen darüber gegeben, in welchen Fällen die Gerichte auf bedingte Begnadigung erkennen können. Die Stellung eines Antragstellers auf Bewilligung einer Bewährungsfrist ist nach diesem Erlasse dann in Erwägung zu ziehen: 1. wenn der Verurteilte zur Zeit der Tat das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet hatte, oder 2. wenn aus besonderen Gründen dem Ausposten zu guter Führung der Verurteilten vor der Strafvollstreckung zu geben ist, so insbesondere, wenn die Tat nach ihren Umständen eine mildere Beurteilung zuläßt, zum Beispiel wenn sie weniger aus verbrecherischer Reizung als aus Leidenschaft, Unbesonnenheit, Mangel an Erfahrung, Not oder infolge von Verführung begangen worden ist, wenn der Verurteilte früher keine oder nur geringe Verurteilungen erlitten hat, wenn er ein Geständnis abgelegt oder den verursachten Schaden wieder gutzumachen suchte, oder wenn die Vollstreckung der Strafe die wirtschaftliche Existenz des Verurteilten oder seiner Familie gefährden oder die Möglichkeit seines späteren Einkommens in Frage stellen würde.

### Es wird weiter gemahngelt.

Der badische Oberschulrat erhebt nun im Karlsruhe Regierungsbereich seine drohende Stimme auch gegen den Vorstand des Badischen Lehrervereins. Letzterer konnte bekanntlich in der Dortmunder Rede seines zweiten Obmannes Hädel keine Verletzung der Standespflichten erkennen und sprach deshalb wegen der Disziplinierung das tiefe Bedauern und dem Vorläufer das unerschütterliche Vertrauen aus.

Darauf der Oberschulrat: Der Vorstand des Lehrervereins wird gerügt, weil er das dienstpolizeiliche Erkenntnis kritisiert und sich durch Einmischung in ein noch nicht abgeschlossenes Disziplinarverfahren einer unerlaubten Demagogik und einer bedenklichen Entschärfung schuldig macht.

Also: magister tacet in re publica, der Lehrer Wobens darf an einem Oberschulratsbescheide keine Kritik üben, nicht einmal dann, wenn die privat- und staatsrechtlichen Interessen seines ganzen Standes dabei in Betracht kommen! Das ist die konsequente Ausdeutung des Grundsatzes, den auch der Minister mit Bezug auf die politische Bestimmung der badischen Staatsbeamten proklamirte, die eine ihm verhasste Bestimmung wohl haben, aber nicht äußern dürfen! Jeder badische Staatsbeamte müßte fruchtlos alle Regierungsmassnahmen mit Stillschweigen behandeln, wenn er sich nicht durch eine Kritik in Gefahr bringen will. — Zur Verhöhnung der Diener des Staates ging jetzt ein großer Ordensstreik hervor, auch eines Demoskatenführers Knoppschloß ist davon betroffen.

### Rückgang der Sparkasseneinlagen.

Wie die Ergebnisse der preussischen Sparkassensatzung 1907 zeigen, waren sie nicht nur unglücklicher als die des Vorjahres, sondern auch die unglücklichsten der letzten Jahre überhaupt. Während die Neueinlagen im Jahre 1906 2364,99 Millionen Mark ausmachten, die Rückzahlungen aber nur 2021,16 Millionen betragen, sind im Jahre 1907 die Neueinlagen zwar auf 2347,10 Millionen gestiegen, aber auch die Rückzahlungen haben eine erhöhte Summe, nämlich

2279,07 Millionen Mark ergeben. Der Ueberschuß der Reueinlagen über die Rückzahlungen ist also erheblich — von 248,88 auf 67,18 Millionen — zurückgegangen. Da jedoch an Zinsen 284,54 gegen nur 249,60 Millionen im Vorjahre dem Kapitalbestande zugerechnet werden konnten, stellte sich der Zuwachs des Gesamtbestandes immerhin noch auf 331,67 gegen 493,92 Millionen im Vorjahre. Es bleibt also ein Minus von 161,85 Millionen.

### Erhöhtes Kaffeegeld.

Nach einem Kabeltelegramm wurde in Santos (Brasilien) ein Offizier des Kreuzers „Bremen“ bei einem Ausflug von der Bevölkerung überfallen und verwundet. Der Zwischenfall ist jedoch schon beigelegt, da der Täter verhaftet wurde und die Regierung dem Deutschen Geschäftsträger das Bedauern über diesen Vorfall ausdrückte.

Ein weiterer Zusammenstoß zwischen Deutschen im Auslande und in diesem Falle englischen Soldaten ereignete sich in Kairo. In der Vetsunfendheit beteiligten englische Soldaten die Wände eines deutschen Restaurants, worauf es zu einem Handgemenge kam, in dem ein englischer Soldat stark verletzt wurde.

### Ultramontane Selbstverpötlung.

In seiner Nr. 204 veröffentlicht der „Freie Wote“ folgende, ihm aus Niederbayern zugegangene Notiz:

„Kommt da vor einiger Zeit ein junger Bursche vom Lande in die Kreisshauptstadt, um in verschiedenen Geschäften Einkäufe zu besorgen. Vorhitzhalber hatte er sich, um ja nichts zu verpassen, verschiedene Notizen gemacht. Auf dem Zettel waren unter anderem folgende drei geheimnisvolle Worte geschrieben: „Bogelmaide“, „gugen“ und „hadrugl“. Was das wohl bedeuten mag? Ihre Leser werden staunen, wenn sie erfahren, daß der Bursche aus der Stadt ein Paket Maille (Paket Maille) und eine Kuchente (Kuchente) mitbrachte, sowie mit einem Gutsmachergehilfen (Gutsmachergehilfen) Rücksprache nehmen sollte. Das hätten die Esperantisten wohl kaum herausgebracht.“

Zum Spott, bemerkt dazu treffend ein Parteiblatt, eignet sich diese Sache doch wirklich nicht. Versteht die Mitteilung auf Lausache, dann ist sie ein trauriger Beweis für den Tiefstand der Volksschulbildung. Freilich, in Bayern wird in der Volksschule viel mehr Wert darauf gelegt, daß die Kinder mit den Namen der jüdischen Legendenfiguren, als mit der deutschen Schriftsprache vertraut sind. Das paßt dem Zentrum, denn diese Sorte Wähler ist ihm unter allen Umständen feiger.

### Aus Südwestafrika.

Dem Reuterbureau wird aus Südwestafrika von einem neuen Ueberfall einiger Farmen durch Hottentotten gemeldet. Es sind dabei zwei Europäer ermordet worden. Die deutschen Behörden wurden benachrichtigt und sieben Soldaten und Zivilisten zur Verfolgung der Räuber abgeschickt. Die Verfolger der Hottentotten sollen von diesen sämtlich niedergeschossen worden sein. Es ist möglich, daß sich diese Reutermeldung auf die schon früher gemeldeten Zusammenstöße mit den Hottentotten bezieht.

Die „Frankfurter Zeitung“ meldet, daß die letzten Einfälle kleinerer Hottentotten in das südafrikanische Schutzgebiet zu einer gemeinsamen Aktion der englischen und deutschen Behörden in den Grenzgebieten führen soll. Man rechnet in dem Kolonialamt auf die Mitwirkung der englischen Grenzpolizei. Zusicherungen in dieser Richtung sollen dem Kolonialminister Staatssekretär Dernburg bereits von amtlicher englischer Seite gemacht worden sein.

In der Straffache gegen den Redakteur Johann Hermann Adolfs Heber aus Berlin, zurzeit im Strafgefängnis in Tegel in Straffache, geboren am 8. Juni 1874 zu Berlin, Dissident, wegen Beleidigung, hat die 4. Strafkammer des königl. Landgerichts I in Berlin am 23. Juni 1906 für Recht erkannt:

Der Angeklagte wird wegen öffentlicher Beleidigung zu einer Gefängnisstrafe von einem Monat und in die Kosten des Verfahrens verurteilt.

Dem Bürgermeister von Hamborn wird die Befugnis zugesprochen, die Verurteilung des Angeklagten wegen öffentlicher Beleidigung des Bürgermeisters und der übrigen Polizeibeamten der Gemeinde Hamborn durch einmalige Einrückung der Urteilsformel in den „Vorwärts“ und in die „Luisburg-Hamborger Zeitung“ binnen vier Wochen nach Zustellung des rechtskräftigen Urteils auf Kosten des Angeklagten öffentlich bekanntzumachen.

### Die Balkankrise.

#### Eine österreichische Note.

Die österreichische Regierung hat am 23. Dezember den Mächten eine Note mit Vorschlägen übermittelt, die den Schriftwechsel zwischen Oesterreich und Rußland über die Konferenzfrage enthalten. Es geht daraus hervor, daß die zwischen den Ministern von Wien und Petersburg über das Balkankonferenzprogramm geführten Verhandlungen vor kurzem zu einem vorläufigen Abschluß gelangt sind. Der russische Minister des Auswärtigen Jewolowski hat dem Standpunkte Oesterreich-Ungarns zugestimmt, daß dem Zusammentritt der Konferenz Verhandlungen zwischen den Mächten voranzugehen hätten, durch die die Tätigkeit der Konferenz nach allgemeiner Uebereinstimmung präzisiert wird.

In Verfolg des Schriftwechsels hat die russische Regierung schließlich eingewilligt, in den vorher betrauteten österreichisch-ungarischen Vorschlag den Gedankenaustausch unter den Mächten auch auf das Wesen der Programmpunkte auszudehnen und auf diese Weise zu Formeln zu gelangen, die die Diskussion der Konferenz in genau umschriebenen Grenzen halten. Oesterreich will dadurch erreichen, daß auf der Konferenz die Annexion Bosniens nicht mehr in Frage gestellt werden kann.

### Italien.

#### Rollage in Apulien.

Rom, 26. Dezember. (Sig. Ver.) Genosse Trematore teilt im „Avanti“ mit, daß die durch die Arbeitslosigkeit unter dem Landvolke verursachte Rollage in Apulien zu den allerhöchsten Bedrückungen Anlaß gäbe. Die Partei- und Gewerkschaftsorganisation müsse jede Verantwortung für die weiteren Ereignisse ablehnen; der Hunger hat die Arbeitslosen zum äußersten gebracht, so daß die Organisation kaum noch irgend etwas über die Verzweiflungsbilder vermöge. Von Seiten der Regierung sei alles geschehen, um die sofortige Inangriffnahme großer öffentlicher Arbeiten zu ermöglichen, aber die Submissionsunternehmer begannen trotzdem die Arbeiten noch nicht, weil sie im Winter bei schlechtem Wetter und schlechten Wegen teurer sind als im Frühjahr. Um Verzweiflungsausbrüche von unermeßlicher Tragweite zu verhüten, müsse die Regierung nicht neues Militär nach Apulien senden, sondern ausreichende Geldunterstützungen. In der Folge müsse man nach Mitteln suchen, um die Unternehmer zum Beginn der Arbeiten zu zwingen.

### Schweiz.

#### Der Schluß der Bundesversammlung.

Bern, 26. Dezember. (Eigener Bericht.) Die Bundesversammlung ist nach vierzehntägiger Sessionsdauer wieder in die Ferien gegangen, um am 15. März zur Frühjahrsession zusammenzukommen. Die Hauptgeschäfte der letzten Sessionswoche waren das Bundesbudget pro 1909 und der Wehkonflikt mit Deutschland. Das Bundesbudget sieht bei 140 Millionen Franken Einnahmen und 154,4 Millionen Franken Ausgaben ein Defizit von 14,4 Millionen vor. Von den Ausgaben entfallen 40,19 Millionen

auf die Militärverwaltung gegenüber 39,6 Millionen im Budget für 1908. Die im November 1907 in der Volksabstimmung angenommene neue Militärorganisation hat eine Mehrausgabe von 1/4 Millionen im Jahre 1908 und eine solche von voraussichtlich 5 Millionen im Jahre 1909 zur Folge. Bemerkenswert ist im Militärbudget die lächerlich geringe Summe von 60 000 Franc zur Unterstützung der Familien von dienstuenden Wehrmännern, während im Kampfe um die Militärorganisation die Militäristen gerade diese Unterstützung in berechneter demagogischer Weise zum Hauptzugziel für die große Masse der proletarischen Stimmberechtigten gemacht hatten. Die Bundesversammlung erhöhte den Posten auf 100 000 Franc. Kennzeichnend für das Uebermühen der Agrarpolitik im politischen Leben der Schweiz ist der Antrag des Bundesrates an die Bundesversammlung, nämlich der Finanztrifft und der Defizitwirtschaft des Bundes der Ruderfabrik Aarberg, Aktiengesellschaft, eine Subvention von 1/2 Millionen Franc zu schenken, um das Unternehmen zu sichern und den Großbauern den rentablen Zuckerrübenbau zu erhalten. Wenn der Bundesrat ferner darauf hinweist, daß durch den Zuckerrübenbau der Preis für den Zentner Karzoffeln von 2,50 Franc bis 3 Franc auf 4 bis 5 Franc erhöht worden sei in jener Gegend, so erscheint er geradezu als Lebensmittelwucherer zum Schaden der unbemittelten Bevölkerung, die hauptsächlich Karzoffeln konsumiert. Und während man aus den Mitteln des gesamten Volkes den Industrie- und Agrarkapitalisten eine halbe Million schenken will, verweigert derselbe Bundesrat einige tausend Franc zur Unterstützung der Arbeitslosen mit dem Hinweis auf die „prekäre finanzielle Lage des Bundes“. Und das soll dann keine kapitalistische Massenherbst sein! Erwähnt sei noch, daß die genannte Ruderfabrik so miserable Löhne zahlt, daß sie polnische Arbeiter und Arbeiterinnen importieren muß, weil die einheimischen Arbeiter dafür nicht arbeiten.

Der Wehkonflikt der Schweiz mit Deutschland ist im „Vorwärts“ bereits an anderer Stelle erwähnt worden, so daß wir über die Interpellationsverhandlungen im Nationalrat hinweggehen können. Nur zu dem den schweizerischen Mächtigkeiten wie anscheinend auch dem Bundesrat als einziger Ausweg erscheinendes Getreide- und Wehkonflikt sei bemerkt, daß die Konsumenten mit der durch die Wehkonflikt aus Deutschland geschaffenen Situation keineswegs unzufrieden sind und daß sie daher nicht für ein Monopol zu dem Zwecke stimmen werden, sich mit klarem Bewußtsein das tägliche Brot zu verteuern.

Eine neue harte Nuß zum Knacken erhält die Schweiz nun auch in der Frage der Verstaatlichung der Gotthardbahn, indem, wie Bundesrat Forrer im Ständerat mitteilte, Italien und Deutschland die seinerzeit gewährte Subvention von 85 Millionen Franc zurückfordern. „Die Aktionäre, die seinerzeit ihre Papiere zu 600 Franc kauften, verlangen jetzt mit moralischer Entrüstung 1000 Franc. Wir sollen also den Wert der Bahn doppelt bezahlen, den Subventionen, den Aktionären und dann noch ein drittesmal den Gotthardbahnern. Das ist der Segen der unterjohannischen 85 Millionen, wozu noch 28 Millionen schweizerische Subventionen, zusammen 113 Millionen, kommen. Man hat unsere Gutmütigkeit überschätzt, wir gedanken die Gotthardbahn nur einmal, nicht dreimal zu kaufen.“ Die Gotthardbahn wird aber doch wieder wie die anderen Bahnen viel zu teuer gekauft und dann dafür das Personal um so schlechter gestellt werden. Das ist sehr einfach und alltäglich und von überlegener Raatkamätscherei“ entdeckt man darin keine Spur.

### Rußland.

#### Der Wüthende Straßenkampf in Moskau.

Die russische Polizei will in den Revolutionären, die ihr auf der Insel Rossino den horriden Widerstand geleistet haben, Mitglieder einer gefährlichen Organisation entdeckt haben, deren Zweck es war, die Moskauer Banken und Handelskassen zu berauben. Der Chef des Polizeidepartements ist aus Petersburg mit einem großen Aufgebot von Detektiven nach Moskau abgereist, um die Sache zu untersuchen.

### A la Reinboth.

Der Generalgouverneur des Terekgebietes, Koljubalin, wurde wegen Unterstellungen verabschiedet. Es stellt sich heraus, daß der ihm unterstellte Chef eines großen Streifens, Oberst Koltzarewitsch, mit kaukasischen Räubern Halbpattgeschäfte machte. Die Sache kam ans Licht, als Koltzarewitsch einen von den Räubern erhaltenen Hunderrubelchein wechseln ließ. Der Schein, dessen Nummer notiert war, hatte sich unter den Geldnoten befunden, die den Räubern tags zuvor als Lösegeld für einen von ihnen entführten reichen Mann übergeben worden waren. („Voss. Zig.“)

### Finnland.

#### Judenvertreibungen.

Dem Hilfsverein der deutschen Juden zu Berlin ist das nachstehende Telegramm zugegangen:

Petersburg, 28. Dezember.

Nachdem kürzlich 20 jüdische Familien von der finnischen Regierung des Landes verwiesen worden sind, haben am letzten Dienstag abermals zehn Familien die Aufforderung erhalten, binnen sieben Tagen das Land zu verlassen. Diese Ausweisung mitten im strengsten Winter ist eine ganz besondere Härte. Die finnländische Regierung läßt zwar beschreiben, daß sie zu Milderungen geneigt sei. Wäher entspricht diese Behauptung in keiner Weise den Tatsachen.

In einem Schreiben, das aus den Kreisen der betroffenen Familien kommt, wird mitgeteilt, daß selbst die Witwen um einen Aufschub der Ausweisung von den Behörden abgesehen worden sind. Der Gouverneur gab die Antwort, daß nur die Familien, deren Kinder an epidemischen Krankheiten im Krankenhaus sich befinden, eine kleine Fristverlängerung bekommen werden.

Das ereignet sich in dem Lande, das das fortschrittliche Wahlrecht in Europa besitzt, in einem Volke, das seine Unabhängigkeit und all die freibeitlichen Erzeugnisse seiner neuen Vera durch die zarische Reaktion aufs schwerste bedroht sieht! Die finnische Regierung und die Bourgeoisie des Landes verstehen unter Freiheit eben ihre Herrschaft.

### Persien.

#### Die Lage.

Ueber die Lage in Teheran berichtet ein englisches Telegramm: Die Basare sind zum Teil geschlossen. Die Patrouillen in den Straßen sind außerordentlich verstärkt. Die Nachrichten aus der Provinz lauten ebenfalls unangünstig. Die nationalistische Bewegung gewinnt in Azerbad immer mehr an Boden, in welche ist sie von neuem aufgestanden, und in Reisch haben über 100 Kaufleute im türkischen Konsulat Zuflucht gefunden. Der Gouverneur dort droht, sie mit Gewalt verhaften zu lassen. Alles in allem ist die Lage ziemlich ernst.

### Aus der Partei.

#### Ein Jubilar.

Das Jubiläum seines 25jährigen Bestehens begeht mit dem Beginn des Jahres 1909 „Der Wahre Jacob“, die politische-satirische Zeitschrift der Partei. Im Januar 1884 erschien in Stuttgart die erste Nummer unseres Blattes, wenn man von einigen Nummern abseht, die schon vorher in Hamburg erschienen sind, wo das Blatt aber gleich wieder unterdrückt wurde. Um nun auch der jetzigen Generation eine Vorstellung von dem damaligen Aussehen des Blattes zu geben, werden in der Neujahrsnummer des „Wahren Jacob“, die in den nächsten Tagen erscheint, die erste und letzte Seite der ersten Nummer wieder abgebildet werden, die zugleich ein zeitgeschichtliches Dokument für die Entwicklung der politischen Satire in Deutschland bilden. Außer durch diese Wieder-

gabe wird das Jubiläum durch ein Gedicht „Jacob, der Silberkreuz“ gefeiert, dessen Schluß wir folgendes Programm, das sich der „Wahre Jacob“ gestellt hat, entnehmen:

Sein Ziel ist, heit're Wahrheit auch zu finden,  
Furchtlos, in Spruch und Scherz, in Bild und Reim,  
Des frohsinnigen Leuchte lachend zu entzünden  
Im freudearmen Proletarierheim.

So grüßt er heut die tapfere Gemeinde,  
Die sich um unser rotes Banner schart,  
Und bittet euch, Genossen ihr und Freunde:  
Wleibt ihm so treu, wie ihr's bisher ihm war't!

Er aber hält in Leiden und Gefahren,  
In Kampf und Sieg auch ferner mit euch Schritt,  
Bis er nach weiter'n neunfundwanzig Jahren  
Als Jubelkreuz auf sein Vor euch tritt!

Die Jubiläumnummer enthält dann noch die farbigen Bilder „Der Säcken Europas“ und „Silberglöden“, sowie die weiteren Illustrationen „Die Vorgänge deutscher Reichstagsparlamentarier“, „Ein Orakel der Vichischen“, „Konterbait“, „Männerstolz vor Königsthronen“, „Rückblick auf das Jahr 1908“, „Unerhört“, „Aus Schorfnis Skizzenbuch“, „Nach der Katastrophe“, „Erlaubt“ und „Sonntagadmittagsbetrachtung eines Rekruten“. Der textliche Teil bringt noch die Gebichte „Das neue Jahr“ von Rosa Müller + „Unbeirrt“, „Die Verfassungskommission“, „Silbergedanken“, „Halleluja!“, „Wohredakteurs Klage und Trostlied“, „Freisinniges Danklied an Schädling“, „Wem Aufstehen“, „Die geniale Familie“, „Parasiten“, „Der Staatsanwalt“, und außer zahlreichen kleineren Beiträgen noch die größeren satirischen Feuilletons „Prophezeiungen für das Jahr 1909“, „Die zehn Gebote des Liberalismus“ und „Gefinnungstichtige Nummergenusslied“. Der Preis der 16 Seiten starken Nummer ist 10 Pf.

### Die argentinischen Sozialisten gegen Curico Ferri.

Rom, 26. Dezember.

Da der argentinische Parteivorstand bei dem internationalen Bureau zu Brüssel gegen Ferri's Verhalten in Argentinien vorstellig geworden ist, seien hier kurz die Vorwürfe wiedergegeben, die man gegen Genossen Ferri erhebt. Der Parteivorstand spricht in recht scharfer Form sein Bedauern darüber aus, daß Ferri in einigen seiner vor bürgerlichem Publikum gehaltenen Vorträge der sozialistischen Partei in Argentinien jede Kritikberechtigung abgesprochen hätte. Dieses Urteil hätte Ferri nur auf Grund völliger Unkenntnis argentinischer Verhältnisse fällen können. Abgesehen von dieser objektiven Unrichtigkeit sei das Urteil, besonders aus dem Grunde eines Parteigenossen und in einer Periode des aktiven Kampfes zwischen Bourgeoisie und Proletariat, wie sie Argentinien jetzt durchmacht, als sehr unopportun zu beklagen. Weiter wird das Schreiben dem Genossen Ferri vor, von den argentinischen Behörden Uebereignungen angenommen und auch Vertretern der italienischen Regierung Besuche gemacht zu haben. Das Schreiben des argentinischen Parteivorstandes wurde auch dem italienischen Parteivorstand übersandt.

### Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Vom Leipziger „Feierabend“-Meyer. Wie manches andere Parteiblatt, war auch die „Medienburger Volkszeitung“ von Bernhard Meyer in Leipzig wegen „Feierabend“-Beleidigung verklagt worden. Am 8. August 1906 ging dem Genossen Röhre die Anklageschrift zu. Einige Tage darauf mußte R. eine zweimonatliche Gefängnisstrafe antreten; er schrieb deshalb dem Gericht, es möchte den Termin, der am 23. August 1906 stattfinden sollte, auf spätere Zeit verlegen. Zugleich teilte er dem Gericht mit, daß er Herrn Meyer gar nicht „beleidigt“ habe, da die Kritik an Meyers „Feierabend“-Verfälschung durchaus sachlich und zutreffend gewesen sei; den Beweis dafür würde er erbringen und er bitte das Gericht, inzwischen die gegen alle gute Sitte verstoßenden Meyerschen Verfälschungsbedingungen sowie mehrere bereits erledigte Privatklagen in Sachen Meyer von anderen Gerichten einzufordern. Das Moskoder Gericht verlagte denn auch den Termin und bemühte sich vergeblich, die Verfälschungsbedingungen bei B. Meyer in Leipzig und bei zwei anderen Stellen die Projektionen zu erhalten. Die Sache ist jetzt zur Verjährung gekommen, da mehr als sechs Monate hingegangen sind, daß das Gericht etwas mit der Meyerschen Privatklagen anfangen konnte; denn Herr Meyer ließ nicht das geringste von sich hören! Wer ihm die Sache zu faul geworden, nachdem ihm das Gericht aufgegeben hatte, die herkömmlichen Verfälschungsbedingungen einzureichen? — Die „Feierabend“-Bommenten können der sozialdemokratischen Presse immerhin dankbar sein, daß Klarheit über diese Art „Verfälschungsfrage“ geschaffen ist, deren Treiben das Licht der Öffentlichkeit zu scheuen hat.

### Soziales.

#### Von der Weidenschen Binnen-schiffahrt.

Der Bericht dieser Berufsgenossenschaft erwähnt als wichtigstes Ereignis des abgelaufenen Geschäftsjahres: den Abschluß eines Vertrages zwischen Deutschland und den Niederlanden über Unfallversicherung. Der am 1. Januar 1908 in Kraft getretene Vertrag bestimmt, daß ihre Mitglieder in den Niederlanden haben, deren Betriebsfähigkeit jedoch nach Deutschland übergreift und umgekehrt, Mitglied der zuständigen Berufsgenossenschaft werden müssen. Das ist gewiß ein Fortschritt, auf den man aber bei dem Kurs in Deutschland mehr als zwei Jahrzehnte warten mußte.

Weitere Verhandlungen finden jetzt auch mit Belgien und Ungarn statt.

Klagen wurden auch über mangelhafte Betriebs-einrichtungen des Winterhafens in Ludwigshafen eingeleitet. Die Lohnbilder sind nunmehr an alle Betriebe ausgegeben. Der Bericht bemerkt jedoch: „Es ist nicht zu verkennen, daß man in den Kreisen der kleinen Betriebsunternehmer der sorgfältigen und regelmäßigen Führung der Lohnbücher sehr abgeneigt ist.“ Und die „Großen“ machen dasselbe!

Die Zahl der versicherten Betriebe ist von 3327 auf 3833 gestiegen, die Zahl der Vollarbeiter von 17 726 auf 18 051. Der Durchschnittslohn eines Vollarbeiters betrug im Jahre 1908: 1088 M., im Jahre 1907: 1161 M. Unfälle wurden 1117 gemeldet, gegen 1131 im Vorjahre. Entschädigt wurden 278 Unfälle, darunter allein: 89 Todesfälle. Der Bericht führt ein namentliches Verzeichnis der Verletzten, die Art der Beschäftigung, Ort und Ort des Unfalls, Art der Verletzung, sowie Ursache des Unfalls. Den „Genossenschaftlern“ wird diese Aufstellung zur „genauen Durchsicht“ empfohlen. Das wird aber seiner Zeit!

Der technische Aufsichtsbeamte der Berufsgenossenschaft hatte 633 Betriebe, resp. Schiffe beaufsichtigt und dabei 287 Mängel vorgefunden. Der Beamte klagt, daß es die Unternehmer oft an der nötigen Vorsicht fehlen lassen.

### „Reizende“

Vom Kampf um die Rente, den die im Dienste des Kapitals Vermöglichen, die das Augenlicht oder Gliedmaßen in Verfall oder Ruin verloren haben oder sonst durch Unfall Verwundete, oder die Hinterbliebenen durch Unfall Verstorbener führen müssen, haben höchstens die Leser von Arbeiterzeitungen Kenntnis. Es mangelt durchaus nicht an Fällen, die den tatsächlichen Kampf um die Rente illustrieren. Die bürgerliche Presse befaßt sich nicht mit der Wiedergabe von solchen, die Handlungswelt der Berufs-genossenschaften kennzeichnenden Berichten über Schiedsgerichts-verhandlungen. Sie bringt nur die großen Riffern, die von der Anzahlung der Renten in einem oder in zehn Jahren oder seit Einführung der verschiedenen Versicherungszweige erzählen, um den Anschein zu erwecken, als wenn viel oder gar zu viel in Bezug auf soziale Fürsorge für die Arbeiter getan würde. Jedenfalls ist diese Auffassung in weiten Kreisen vertreten.

Wie schwer es aber mitunter — und diese Fälle sind durchaus nicht selten — ist, daß Unfallverletzte oder Hinterbliebene von durch Unfall ums Leben gekommenen zu ihrem Rechte gelangen wird, treffend durch folgende zwei Fälle illustriert, die vor dem Schiedsgericht für Arbeiterversicherung in Chemnitz spielten.

1. Beim Weiterleben hatte sich ein Monier im Mai und Juni 1907 in zwei Verletzungen ausgezogen. Diese äußerten sich durch Blutspucken und bedingten in der Folgezeit völlige Erwerbsunfähigkeit des Verletzten. Die Vangemeinschaften des Verletzten weigerte sich, Rente zu gewähren. Sie bestritt, daß Unfallfolgen vorlagen und wurde darin unterstützt durch von ihr beigezogene ärztliche Gutachten, in denen der Renteanwärter als hysterischer, Simulant und Mentereifender (!) bezeichnet wurde. Zum Schaden an seiner Gesundheit wurde also von den ärztlichen Sachverständigen auch noch Hohn und Verleumdung gefügt. Durch ein vom Schiedsgericht eingeholtes Gutachten wurde dem Unfallverletzten Ende 1908 sein Recht. Die Vangemeinschaft wurde verurteilt, dem Renteanwärter von der 14. Woche an die Vollrente, und vom 1. Februar 1908 an noch bis 14. März eine 10 prozentige Teilrente zu gewähren.

2. Gegen dieselbe Vangemeinschaft klagte die Witwe eines Arbeiters, der an Blutergussung gestorben war, die er sich durch Reiben an einem verrosteten Nagel bei der Arbeit zugezogen hatte. Hier wurde von der Vangemeinschaft der Unfall überhaupt und der Zusammenhang mit dem Tod bestritten und abgelehnt. Sterbegeld und Hinterbliebenenrente zu bezahlen. Auf Grund eines vom Schiedsgericht beigezogenen Obergutachtens wurde schließlich auch hier die Vangemeinschaft verurteilt, die sich in beiden Fällen das Material zur Abweisung der erhobenen Rentenanprüche hatte so viel kosten lassen.

#### Ein gemüthlicher Arbeitgeber.

Der Klempnermeister Karl Schäfer, Bahngasse 84, erfuhr und im Festhalten, daß er mit dem Vorklagen, dessen Verhalten unser Gewerkegerichtsbereich in Nr. 302 schildert, nicht identisch ist. Wir kommen diesem berechtigten Wunsche gern nach.

## Gewerkschaftliches.

### Ein Jubiläum des Holzarbeiter-Verbandes.

Die letzte Nummer der „Holzarbeiter-Zeitung“ erschien als Festnummer. Am 27. Dezember waren es nämlich 20 Jahre, daß der Deutsche Tischler-Verband gegründet wurde, der im Jahre 1883 in den Deutschen Holzarbeiterverband ausging.

Die Gründung des Deutschen Tischlerverbandes fällt in die erste Hälfte der Geltungsdauer des Sozialistengesetzes. Das im Jahre 1878 eingeführte Sozialistengesetz hatte nicht nur die politischen Organisationen der Arbeiter, sondern auch die Gewerkschaften hinweggefegt. Zu den Opfern des Ausnahmegesetzes gehörte auch die Organisation der Tischler, der Tischlerbund. Es war ein gewisses Wagnis, als der Tischlerkongress in Mainz zu Weihnachten 1883 die Gründung einer Zentralorganisation beschloß.

Die Anregung zur Schaffung der Organisation ging von Stuttgart aus. Die dortigen Möbelfabrikanten hatten im Sommer des Jahres 1883 ihre Arbeiter ausgesperrt. Dieser Gewalttat übte eine von den Herren nicht erwartete Wirkung aus. Das Solidaritätsgefühl der Kollegenchaft in den verschiedensten Teilen des Reiches wurde mächtig angeregt; die veranstalteten Sammlungen zur Unterstützung der Ausgesperrten lieferten ein so reiches Ergebnis, daß es den Ausgesperrten möglich wurde, als Sieger aus dem Kampfe hervorzugehen. Das brutale Vorgehen der Stuttgarter Unternehmer hatte aber noch weitere Folgen. Man sagte sich, daß in die gleiche Lage wie die Stuttgarter Schreiner sehr leicht auch die Kollegen in anderen Orten geraten können; welcher Vorteil, wenn eine engere Verbindung unter den Fachvereinen, die jetzt für den augenblicklichen Zweck erst geschaffen werden mußte, dann bereits vorhanden war. Diesem in weiteren Kreisen vorhandenen Wunsch nach Schaffung einer Zentralorganisation der Tischler gab der damalige Vorsitzende des Stuttgarter Schreinerfachvereins Karl A. Hoff den richtigen Ausdruck. Er verließ auf den 8. Oktober 1883 eine Konferenz von Vertrauensmännern der Tischler nach Frankfurt a. M. Hier kam man überein, einen deutschen Tischlerkongress abzuhalten, der am 27. Dezember 1883 in Mainz zusammentrat. Der Kongress beschloß, eine Zentralorganisation zu schaffen, welche unter dem Namen „Zentralverband der Vereine der Tischler (Schreiner) und verwandten Berufsangehörigen Deutschlands“ sofort ins Leben trat. Zum befohlenen Vorsitzenden der Organisation mit einem Monatsgehalt von 120 M. wurde Hoff gewählt.

Am Schluß des ersten Geschäftsjahres gehörten der Organisation 62 Vereine mit 4162 Mitgliedern an. In den folgenden Jahren hatte der Verband mit mancherlei Schwierigkeiten zu kämpfen die seinen Fortschritt hemmten. Eine Besserung trat erst ein, als im Jahre 1888 auf dem Verbandstag zu Gotha eine stärkere Zentralisation geschaffen wurde; aus dem Verband von Vereinen wurde der „Deutsche Tischlerverband“. Am Schluß des Jahres 1887 zählte der Verband bereits 88 Zahlstellen mit 6013 Mitgliedern und in den folgenden Jahren war eine ständige Zunahme sowohl der Zahlstellen als auch der Mitglieder zu verzeichnen. Ende 1889 war der Verband auf 10 480 Mitglieder in 127 Zahlstellen angewachsen.

Als der Verbandstag in Hannover am 30. Dezember 1890 zusammentrat, war kurz zuvor das Sozialistengesetz aufgehoben worden. Es herrschte ein reges gewerkschaftliches Leben und die Organisationsfragen wurden lebhaft diskutiert. Auf dem Verbandstag und dem ihm vorausgehenden Tischlerkongress wurde der Zusammenschluß der verschiedenen Verbände in der Holzindustrie angeregt und der Vorstand beauftragt, die hierzu erforderlichen Vorbereitungen zu treffen. Eine Folge dieser Verhandlungen war die Einberufung des Holzarbeiterkongresses, der am 2. April 1893 in Kassel zusammentrat und die Gründung des Deutschen Holzarbeiterverbandes beschloß. Die neue Organisation nahm am 1. Juli 1893 ihre Tätigkeit mit 22 745 Mitgliedern auf, darunter 19 400, die ihr der Tischlerverband zugeführt hatte. Was für eine glückliche Entwicklung der Holzarbeiterverband seither genommen hat, ist der Arbeiterschaft bekannt.

### Berlin und Umgegend.

#### Mißstände in der Berliner Konfektion.

Wohl noch nie hatte die Berliner Herrenkonfektion so schlecht zu tun als in diesem Jahre. Diese Umstände hatten nun manchem Unternehmer Veranlassung gegeben, den ungünstigen Geschäftsgang in der Weise auszuweichen, daß der Konsument sowohl als der Arbeiter hierbei der leidtragende Teil sind.

Es ist eine auffallende Erscheinung, daß in den großen Konfektionshäusern die für bedeutende Firmen am höchsten Preise arbeiten, fast gar keine Arbeiten mehr in der Preislage der besseren Serien herstellt werden. Zwei große Konfektionsfirmen, eine am Rottenmarkt, welche mit einem ganz exklusiven Hause am Werderschen Markt und eine bedeutende Firma in der Wallstraße, welche mit einem vornehmen Hause in der Breite Straße in Verbindung stehen, haben in der letzten Zeit wiederholt die Arbeiter in dieser Hinsicht in Verwirrung versetzt. In diesen Häusern machte sich

der angeblich sehr geringe Absatz in besseren Preislagen in besonders scharfer Weise bemerkbar. An und für sich würden die Arbeiter sich noch einreden lassen, daß der Umsatz in besseren Artikeln erheblich nachgelassen hat, wenn nicht in den billigeren Serien ganz besondere Anforderungen an die Arbeiter gestellt würden. So möchte man die Beobachtung, daß mit dem angeblichen Sinken des Absatzes in den besseren Preislagen für die billigeren Serien besondere Arbeiten verlangt wurden, welche man früher in diesen Serien nicht verlangte. Diese Tatsache, in Verbindung mit den Verdicten des „Confessionaire“, daß die Umstände in der besseren Konfektion zufriedenstellend seien, während die billige Konfektion durchweg geringe Abfälle erzielte, bestätigt die Ansicht, daß der Profitaufschlag durch die Verschiebung der besseren Sachen in niedrigere Serien wieder herein geholt werden soll.

Vielmehr befinden sich die Konsumenten in dem Glauben, wenn sie einen Anzug für 80—100 M. kaufen, daß sie dafür natürlich einen Maßanzug erhalten. Das ist aber nur insoweit richtig, als dem Kunden möglichst feierlich Maß genommen wird, während die Anfertigung nicht, wie der Kunde glaubt, vom Maßschneider, sondern in einem der großen Konfektionshäuser erfolgt. Dabei entstehen Unterschiede in den Löhnen für die Arbeiter in Höhe von 10—20 M. bei einem Anzug oder Paletot. Aber selbst bei diesen Arbeiten, bei denen schon so erheblich an Löhnen gespart wird, erfolgen in der Konfektion noch Verschiebungen in billigeren Serien. In solchen Fällen stellt sich das Lohnverhältnis bei einem Maßanzug folgendermaßen:

	Sacco	Beste	Hofe
Maßschneider	15,50 M.	4,50 M.	6 M.
Konfektionshändler	6,50—7	1,75	2
Differenz	8,50—9 M.	2,75 M.	8 M.
Zusammen	14,25—14,75 M.		

Nun entstehen aber noch weitere Differenzen, wenn besondere Nebenarbeiten verlangt werden, gewöhnlich in Höhe von 2,55 M. zu 14,75 M. ergibt 17,30 M.

Um diesen Preisen zu steuern, hat der Verband der Schneider seit Jahren die Forderung nach Betriebsüberstunden und Zeilöhnen erhoben. Bei einigen Firmen sind auch diese Forderungen zur Einführung gelangt, womit erwiesen ist, daß deren Durchföhrung durchaus möglich ist. Andere Firmen sträuben sich dagegen oder versuchen, diese Bedingungen zu umgehen. Die Firma H. Fabisch hatte vereinbart, mit Eröffnung der Werkstätte keine „billigen“ Sachen mehr außer dem Hause anfertigen zu lassen. Der Verband der Schneider konnte aber feststellen, daß bei H. Fabisch der Lohnsatz in sehr vielen Fällen keine Anwendung findet. Die Uebelstände, welche Störlöhen und namentlich die Hausindustrie in der Konfektion zur Folge haben, sind ja allgemein bekannt.

Es bleibt zu wünschen, daß der Verband der Schneider bei Bekämpfung dieser Mißstände recht erfolgreich sein möchte.

### Deutsches Reich.

Die im Deutschen Holzarbeiterverband organisierten Korzarbeiter halten, einer Einladung des Verbandsvorstandes folgend, ihre Vertreter zu einer Beratung über die speziellen Angelegenheiten ihrer Branche nach Berlin entsandt. Vertreten waren die Orte: Bielefeld, Braunschweig, Breslau, Delmenhorst, Frankfurt a. M., Hamburg, Hannover, Magdeburg und Paderborn.

Aus der Schilderung der Delegierten mag als besonders bemerkenswert hervorgehoben werden, daß in der Korindustrie gewaltige Veränderungen infolge der allgemeinen und speziellen technischen und maschinellen Entwicklung zu verzeichnen sind, wodurch natürlich auch die Lage der in diesem wenig bekannten Industriezweig beschäftigten Arbeiter stark beeinflusst worden ist. Während früher die Handarbeit vorherrschend war, ist diese jetzt nach verhältnismäßig kurzer Zeit zum großen Teil durch die Maschine verdrängt worden. Die moderne Maschinenteknik ist sogar soweit vorgeschritten, daß sie die den Korarbeitern in ihrem Kampfe zur Verbesserung ihrer Lage so sehr drückende Heimarbeit zu verdrängen droht. Doch unter diesen Umständen, wo selbst die billigen und willigen Heimarbeiter bei übermäßig langer Arbeitszeit den Unternehmern nicht mehr genügen, die in den Fabriken beschäftigten Arbeiter einen äußerst schweren Stand haben, ist einleuchtend.

Die Delegierten sprachen sich einmütig dahin aus, daß es trotz dieser ungünstigen Verhältnisse gelingen werde, die Lage der Korarbeiter mit Hilfe der Organisation zu verbessern.

Beschlossen wurde, um die speziellen Verhältnisse der Branche im Holzarbeiterverband besser berücksichtigen und die Agitation systematisch betreiben zu können, eine Zentralkommission der Korarbeiter, welche ihren Sitz in Hamburg haben soll, zu gründen. Dieser Kommission soll es auch obliegen, einen Zentralarbeitsnachweis der Korarbeiter zu unterhalten.

Seitens des Verbandsvorstandes konnte die Tatsache konstatiert werden, daß seit dem Uebertritt des früheren Korarbeiterverbandes zum Holzarbeiterverband sich die Zahl der organisierten Korarbeiter vervierfacht habe und somit die Gewähr gegeben sei, daß es den Korarbeitern bei eifriger Agitation auch gelingen werde, dem Verband immer mehr Mitglieder zuzuföhren und damit die sichere Grundlage zur Verbesserung der traurigen Lage der Korarbeiter zu schaffen; welche Ansicht übrigens auch bestätigt wird durch die von den Korarbeitern errungenen Verbesserungen in den Orten, wo ein Eingreifen seitens der Organisation bisher schon möglich gewesen ist.

Die Formner der Firma Erselius in Ludenwalde sind wegen Abzüge von 25—50 Proz. im Streit getreten. In der „Berliner Morgenpost“ werden Formner gesucht. Die sich meldenden Formner werden vom Arbeitsnachweis der Gelben in der Chausseestraße nach Ludenwalde für die Firma Erselius vermittelt. Es wird allerdings dabei vermerkt, daß Differenzen vorliegen. Von dem gelben Vermittler wird, wie uns von einem nach hier vermittelten Formner mitgeteilt wird, ein Preisverzeichnis vorgelegt, nach welchem die Formner bei Erselius entlohnt werden sollen. Die Preise sind erheblich höher, als die im Austausch befindlichen Formner bekommen sollten. So sollen nach der den Gelben übermittelten Aufschichte bei einzelnen Arbeiten 2 M. pro 100 Kilo mehr gezahlt werden, als die Formner bisher erhalten haben. Bei den übrigen Arbeiten sind die den Formnern gemachten Abzüge von 25—50 Proz. nicht verzeichnet. Es ist unverständlich, daß Herr Erselius bei der Verhandlung erklärte, die Abzüge nicht zuzunehmen zu können, und jetzt den Gelben noch höhere Preise anbietet, als seine alten Formner bekommen haben. Das Ganze kann nur als ein Manöver betrachtet werden, und eruchen wir die Kollegen, den Zugang von Ludenwalde fernzuhalten und nicht auf die Rekruten der Gelben zu gehen.

### Die Beendigung des Streiks im Strelitzwerft.

Mannheim, 20. Dezember. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Die Arbeiter nehmen die Arbeit wieder auf zu den Bedingungen, wie sie die Fabrik stellte. Es haben sich bis jetzt über hundert von ihnen zum Arbeitsantritt gemeldet.

### Die Krise in München.

München, 20. Dezember. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Die heute in München vorgenommene Arbeitslosen zählung ergab folgendes Resultat: Insgesamt wurden 8002 Arbeitslose festgestellt, darunter 690 weibliche. Verheiratet waren unter diesen Arbeitslosen 8889 mit zusammen 6712 Kindern, ledig waren 4373 und organisiert waren insgesamt 6883. Die Zählung erfolgte in 20 Lokalen. Der Münchener Magistrat hatte zu diesem Zweck die Schulräte zur Verfügung gestellt. Da jeder Arbeitslose eine Legitimation der Polizeibehörde beibringen mußte, bleibt die Zahl der festgestellten Arbeitslosen weit hinter den tatsächlich vorhandenen Arbeitslosen zurück. Die städtischen Kollegien werden nicht umhin können, in der nächsten Sitzung, die am Donnerstag stattfindet, einschneidende Maßnahmen zur Abhilfe der Arbeitslosigkeit zu treffen.

### Die Bewegung der Münchener Brauereiarbeiter.

Schleunigst fanden in München vor dem Gewerkegericht die Verhandlungen der Brauereiarbeiter mit dem Arbeitgeber statt. Am Anfang stellte der Syndikus der Arbeitgeber, Rechtsanwalt Meyer, den Antrag, die Verhandlungen unter Ausschluß der Presse mit Einschluß der Presse stattfinden zu lassen. Die Arbeiter stimmten diesem Antrag unter Protest zu, weil die Arbeitgeber erklärt hatten, daß die Verhandlungen nicht fortgesetzt werden könnten, sobald die Arbeiter diesem Antrag nicht zustimmten, da sie an einen Beschluß sämtlicher Arbeitgeber gebunden seien. Die Verhandlungen sind noch im Gange.

## Die Erdbebenkatastrophe in Süd-Italien.

Noch immer läßt sich die ganze Größe des entsetzlichen Unglücks, das in Italien tausende Menschenleben vernichtet hat, in ihren Einzelheiten nicht übersehen. Fortdauernd lauten aus den verschiedensten Städten des sonnigen Südens Nachrichten ein, die weitere Verheerungen melden. Mit jeder neuen Depesche vergrößert sich die Zahl der bei der Erdbebenkatastrophe ums Leben gekommenen. Von den nachträglich eingelaufenen Meldungen (s. auch den Artikel in der 2. Beilage) geben wir noch die folgenden:

Rom, 20. Dezember. Der Abgeordnete Deselice sandte aus Messina an den Ministerpräsidenten Giolitti eine Depesche folgenden Inhalts: Messina ist vollständig zerstört, die Opfer zählen nach Tausenden. Die Feuerbrunst vollendet das Werk der Zerstörung. Deselice schließt mit der Bitte um Hilfe bei diesem namenlosen Unglück.

Catania, 20. Dezember. Wie ein aus Messina hier eingetroffener verwundeter Soldat erzählt, sah man in Messina nach der Katastrophe überall in den Straßen kaum belleidete, schredlich verkrüppelte Leichen liegen, überall hörte man Stöhnen und Hilferufe.

Catania, 20. Dezember. Hier trafen noch weitere Bzüge mit Flüchtlingen und Verwundeten ein, die fast von allem entblößt und durch die Katastrophe vollkommen außer Fassung gebracht sind. Sie wiederholen immer die wenigen Worte: Messina ist zerstört. Es wird bestätigt, daß das Rathaus, die Kathedrale, die Kasernen eingestürzt sind. In der Kaserne der Hollwachen blieben von 200 Mann nur 41 unverletzt. Am Bahnhof wurde ein Appell abgehalten, bei dem sich von 280 Angestellten nur acht zur Stelle meldeten. Nachrichten aus der Provinz bestätigen, daß das Erdbeben alle Ortschaften verheert habe. In Riposto wurden 17 Personen getötet; in Ali stürzten mehrere Häuser ein, wobei zahlreiche Personen getötet oder verwundet wurden.

Palermo, 20. Dezember. Reisende, welche die Reizege durchfahren haben, berichten von schredlichen Szenen. Die Katastrophe spottete jeder Beschreibung. Reggio, San Giovanni, Scilla, Cannitello und andere Ortschaften seien nur noch Trümmerhaufen. Eine große Anzahl von Leichen befindet sich unter den Trümmern. Das Gerücht vom Tode des früheren Unterstaatssekretärs Fulci entbehrt der Begründung. Der englische Dampfer Ebro ist hier eingetroffen und hatte 16 Verwundete an Bord, unter denen sich der englische Konsul in Messina, Goston, befindet, dessen Frau tot ist, während seine Tochter unverletzt blieb. Der Konsul gibt erschreckende Schilderungen von der Katastrophe.

Catanzaro, 20. Dezember. Hier eingetroffene Flüchtlinge aus Reggio teilen mit, daß der untere Teil der Stadt verschwunden ist, die Kirchen, die Kaserne, das Gebäude der Polizeipräfektur sind eingestürzt. Von Reggio aus sieht man die Ruinen Messinas in Flammen stehen.

Catanzaro, 20. Dezember. Wie verlautet, liegt der Präfekt von Reggio tot unter den Trümmern. Wie ein Reisender erzählt, ist die Hälfte der Stadt Sagnara zerstört. In Palmi sind etwa 200 Personen umgekommen.

Rom, 20. Dezember. Der Bürgermeister der Gemeinde Seminara (Reggio di Calabria) hat der Regierung telegraphisch, daß der Ort vollständig zerstört ist und aus den Trümmern schon hundert Leichen geborgen wurden.

Palermo, 20. Dezember. Hier eingegangenen Nachrichten zufolge haben durch das Erdbeben die Reizege von Messina und die Küste Veränderungen erlitten.

### Die Hilfsaktion.

Palermo, 20. Dezember. Die hiesigen Kreuze haben ein Hilfskomitee gebildet und werden ein Hospital Schiff ausrüsten, um den Opfern in Messina Hilfe zu bringen. Eine Abteilung des Roten Kreuzes ist nach Messina abgegangen. Der Chef des Generalstabes der Division von Messina hat telegraphisch in Catania angefragt, ob Catania in der Lage sei, die Bevölkerung von Messina aufzunehmen, da dies vollständig zerstört sei.

Paris, 20. Dezember. Die französische Regierung wird zwei Panzerschiffe und drei Torpedojäger nach Messina entsenden.

Malta, 20. Dezember. Die englischen Kriegsschiffe Ermouth, Eryhalus, Minerva und Sulich sind zur Hilfeleistung nach Messina in See gegangen.

Rom, 20. Dezember. Der König hat für die Opfer des Erdbebens 200 000 Lire gespendet. Die Festlichkeiten, die am Hofe aus Anlaß des Jahreswechsels in Aussicht genommen waren, sind abgefragt worden.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Beilegerter Konflikt.

Frankfurt a. M., 20. Dezember. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Zwischen den deutschen Versicherungsgesellschaften und der Vertretung der deutschen Ärzte ist Frieden geschlossen worden. Es ist ein Vertrag vereinbart, der bis 1918 Gültigkeit haben soll und eine Erhöhung der ärztlichen Honorarsätze vorsieht.

### Vertenerte Ueberfahrt.

Berlin, 20. Dezember. (B. L. Z.) Die Hamburg-Amerika-Linie-Hamburg, der Norddeutsche Lloyd-Bremen, die Holland-Amerika-Linie-Rotterdam und die Red-Star-Linie-Antwerpen haben die Zwischenbedröten nach Nordamerika um durchschnittlich 30 M. erhöht.

### Die Rüste.

Karlsruhe, 20. Dezember. (B. L. Z.) Am 2. Weihnachtstages fand man zwischen Eggerten und Scheide bei Wolbach im Oberland den 19jährigen Fritz Grestin ertrunken auf.

Kiel, 20. Dezember. (B. L. Z.) Infolge des starken Frostes ist der Kaiser-Wilhelm-Kanal mit einer so harten Eisschicht überzogen, daß der Verkehr auf den meisten Strecken eingestellt werden mußte.

London, 20. Dezember. (Meldung des Reuterschen Bureau.) Die Krönge hält in ganz Großbritannien an. In London fällt seit dem frühen Morgen ununterbrochen Schnee. Aus allen Teilen des Landes laufen Nachrichten ein, daß Eisenbahnzüge im Schnee festgeblieben sind. Der Zug, der gestern abend von Aberdeen nach London abgehen sollte, konnte der Schneerückungen wegen nicht abgelassen werden. Eine Reihe anderer Städte in Schottland sind ebenso vom Verkehr abgeschnitten. Eine ganze Anzahl von Personen sind ertrunken.

Das Jugendheim-Problem.

Bericht durch die Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses und des Parteitagess, beschäftigt sich jetzt fast jede gewerkschaftliche Organisation mit ihrem jugendlichen Nachwuchs.

Relevante Zentralverbände verfügen schon jetzt über selbständige Jugendsektionen, die einige tausend Mitglieder zählen.

Infolge der Gründung der Jugendsektionen macht sich aber auch das Bedürfnis von Jugendheimen für die organisierte Jugend bemerkbar.

Das trifft besonders für die Städte mit starken Organisationen zu. Die Jugendheimfrage wird deshalb in kurzer Zeit in unseren Kreisen zur Tagesfrage werden.

Man große Schwierigkeiten wird ihre Lösung den gewerkschaftlichen Vereinen nicht bereiten, denn es fehlt uns in dieser Beziehung nicht an guten Vorbildern.

Dennoch nach dem Bericht der Berliner Gewerkschaftskommission waren im Jahre 1907 77 Gewerkschaften und Verbände mit 218 000 männlichen und 16 982 weiblichen Mitgliedern angeschlossen.

Davon waren jugendliche Mitglieder unter 18 Jahren circa 4000 weibliche und circa 3000 männliche (einschließlich des Lehrlingsvereins mit etwa 2000 männlichen Jugendlichen).

Über die Bedürfnisfrage braucht in Berlin aber gar nicht erst gesprochen zu werden. Und die Errichtung der Heime wäre hier ohne besonders große Opfer möglich.

Es brauchen sich die Berliner Gewerkschaftsvorstände nur zu der längst notwendigen Reform ihres Bibliothekwesens aufzuschwingen, indem sie ihre zerstreuten Gewerkschaftsbibliotheken unter eine Verwaltung bringen, sie zentralisieren.

Nachdem die Bedürfnisse der Berliner Gewerkschaften und Verbände mit 218 000 männlichen und 16 982 weiblichen Mitgliedern angeschlossen sind, so ist die Zahl der Bände schwankend bei den 15 Gewerkschaftsbibliotheken zwischen 300 und 10 000, dementsprechend ist auch die Größe der betreffenden Räumlichkeiten verschieden hoch.

Für alle Gewerkschaftsbibliotheken beträgt die monatliche Miete insgesamt circa 550-600 M. - Acht Angestellte haben mit der Bearbeitung der Bibliotheken zu tun; in einigen kleineren Bibliotheken werden außerdem an bestimmten Tagen- und Abendenstunden die Funktionen des Bibliothekars im Ehrenamt nebenher erledigt.

Wenn wir nun mit diesem Zustand und gründen wir unter Heranziehung der Wahlkreisorganisationen vorläufig 5 Stadtbibliothekstellen, die gleichzeitig als Jugendheim dienen, so würde die monatliche Miete für jeden dieser Räume, je nach der Stadteinteilung, 100-150 M. betragen.

Die Gesamtausgabe für Miete beträgt demnach circa 500 M. Ferner wären für diese 5 Bibliotheken 5 Bibliothekare nötig.

Im Vergleich zu den bestehenden Bibliothekverhältnissen vergrößern sich die Aufkosten durch diese Reformierung für die einzelnen Gewerkschaften nicht bedeutend, da zwar in der ersten Zeit hohe Anschaffungskosten zu tragen sind, aber andererseits nur fünf Angestellte, anstatt 8 wie jetzt, nötig sind.

Selbst wir von den unvermeidlichen Extrakosten ab, so haben wir aber auch folgende bedeutende Vorteile, die der gesamten Arbeiterbewegung zugute kommen, zu verzeichnen. 1. Bestehen wir Veranlassungsräume ohne Zwangsraum für die gewerkschaftlich organisierte Jugend.

2. Besetzung, die wochentags von allen jüngeren und älteren Arbeitern benutzt werden können. 3. Stadtbibliothekstellen, die von allen Gewerkschafts- und Parteimitgliedern in Anspruch genommen werden dürfen. 4. Findet eine Verbilligung und Vereinfachung der Wiedereinstufe statt. Nebenbei können den Beseren Anleitungen zum verständnisvollen richtigen Lesen und Raterteilung bei Anschaffung von Büchern gegeben werden.

Kleines feuilleton.

Der Hofbericht, erzählt Günther von Vielstogge im Lärm er, ist auf eine Anekdote des seinerzeitigen berühmten ehemaligen Hofkapellmeisters Louis Schneider zurückzuführen, der bei König Friedrich Wilhelm IV. das Amt eines Vorlesers versah.

Während er unter Kaiser Wilhelm I. noch verhältnismäßig knapp gehalten wurde, ist er unter Wilhelm II. dermaßen erwidert worden daß die „Untertanen“ Stunde für Stunde aufs genaueste verfolgen konnten, was der Herrscher und die anderen Mitglieder seines Hauses sprachen und unternahmen.

Erst nach den politischen härmlichen Tagen im letzten November ist die Bewertung des Hofberichts eine andere geworden. Man hatte mit ihm des Guten zuviel getan; und nun ging man davon, ihn einzuschränken.

Die Heftigkeit der Hofberichterstattung über den Besuch des Kaisers bei seinem Freunde, dem Fürsten von Fürstberg, in Donaueschingen hatten den Herren oben die Augen geöffnet.

Vielleicht wird sich dieser und jener dem Kopf darüber zerbrechen, wie es denn den in der Scherzpresse Angestellten gelingen kann, genaue Kenntnis von den intimsten Vorgängen zu erhalten, wie z. B. von dem überaus peinlichen von Eckartau aus geführten telephonischen Gespräch.

Nun, charakteristisch sind in dieser Hinsicht Begebenheiten die vor etlichen Jahren festgesetzt worden sind. Es war um die Zeit des Waisensultus, also um jene Zeit, in der nur etwas zu gelten schien, wer im Jahre 1896 bei Langenlarsa gegen Preußen im Feuer gestanden hat.

Eines Morgens brachte der „Berliner Lokalanzeiger“ einen Artikel „Der Kaiser in Hannover“. In der Abendausgabe vom Tage zuvor war die Absicht des Monarchen, sich nach Hannover zu begeben, mit keiner Silbe erwähnt worden.

Es wäre auch schlechterdings nicht möglich gewesen. Denn zu der Stunde, in der das Abendblatt bereits gedruckt wurde, hatte sich Wilhelm II. überhaupt erst zu der Reise entschlossen.

Ferner werden sich auch die Bibliothekare in kurzer Zeit in ihrem Spezialberuf zu entwickeln, daß sie dann in pädagogischer Beziehung, besonders bei den Anfängern, gutes leisten können. Und der Hauptzweck einer Arbeiterbibliothek soll doch der sein, dem Leser das Bücherentleihen bequem und die Auswahl der Bücher durch verständliche Rat schläge des Bibliothekars leicht zu machen. Rudolf Wacławski, Schloßstr. 24.

Die britische Arbeiterpartei und der Sozialismus.

London, 16. Dezember.

Die folgenden Zeilen sollen nicht nur eine Antwort auf Kolesows Artikel („Vorwärts“, 9. Dezember) sein, sondern sie sollen auch eine kurze Darstellung der Tätigkeit und des Wesens der britischen Arbeiterpartei geben.

Dem sowohl aus Kolesows Ausführungen wie aus den oft geäußerten Ansichten von Vertretern der internationalen sozialistischen Bewegung geht hervor, daß die britische Arbeiterpartei vielfach mit Mißverständnissen und Vorurteilen zu kämpfen hat.

Zergliedern wir ruhig und sachlich die Anlagen, die Kolesow gegen die britische Arbeiterpartei erhebt. Die Anlagen lassen sich auf folgende Behauptungen zurückführen:

1. Die Arbeiterpartei ist nicht selbständig; sie hat ein Einverständnis mit den Liberalen. Die Hälfte der Arbeiterfraktion ist auf Grund eines Kompromisses mit der liberalen Partei gewählt worden.

2. Durch ihre schwächliche Haltung, durch ihre tatsächliche Angliederung an die liberale Fraktion im Unterhause hat die Arbeiterpartei es erreicht, daß die allgemeine Enttäuschung und der Zorn der Massen gegen die liberale Regierung und gegen die liberale Partei auch auf sie ausgeübt wurden.

3. Die Arbeiterpartei hat als Oppositionspartei gegenüber der liberalen Regierung vollständig verlagert.

Das sind im wesentlichen die Behauptungen Kolesows. Tatsächliche Beweise für diese Anlagen hat Kolesow nicht erbringen können. Er hat nur auf Symptome hingewiesen, aus denen er auf die völlige Verleumdung der Arbeiterpartei geschlossen hat.

Diese Verleumdung genügt mir nicht. Ich kann mit tatsächlichen Beweisen für das Gegenteil dienen. Ehe ich auf diese Beweise eingehe, möchte ich mir eine kurze persönliche Bemerkung gestatten. Kolesow hat auch gegen mich zwei Anlagen erhoben. Ich werde sie im Laufe dieses Artikels beantworten. Zwischen uns beiden besteht ein tiefer Meinungsunterschied: er glaubt an Worte, ich nur an Taten.

Nun zur Sache. Unterlassen wir die erste Behauptung. Die Arbeiterpartei besteht — abgesehen von Graham, der hier nicht in Betracht kommt — aus 90 Mitgliedern. Davon wurden gegen konservative und liberale Kandidaten folgende Arbeiterabgeordnete gewählt: Barnes, Boverman, Curran, Hardie, Jowett, Snowden, Taylor.

Bei der Wahl dieser sieben Arbeitervertreter hatten die Liberalen ihre eigenen Kandidaten, so daß ein Kompromiß zwischen Arbeitern und Liberalen ausgeschlossen war; nur im Wahlkreis Bovermans waren die Liberalen geeilt. Dann wurden folgende fünf Sozialisten gewählt, die sich prinzipiell nur an die Arbeiter wandten: Clynes, D. Grady, Roberts, Thorne, Macpherson.

Wir haben also bereits zwölf unabhängige Arbeiterabgeordnete. Weiter wurden folgende zwölf Arbeiterabgeordnete in Wahlkreisen gewählt, wo die Liberalen absolut keine Aussicht auf Erfolg hatten, also keine Macht bildeten und deshalb nicht kandidiert waren: Crooks, Duncan, Glover, Henderson, Hodge, Jenkins, Kelley, Richards, Seddon, Scafeletton, Wolff, Wilson.

In den meisten dieser Wahlkreise galtten die Konservativen für so stark, daß die Liberalen bei den vorletzten Hauptwahlen keine Kandidaten mehr aufstellten. Die Liberalen bildeten da eine quantitative Minderzahl: sie zählten einfach nicht. Von den 90 Mitgliedern der Arbeiterfraktion haben wir also bereits vierundzwanzig, die mit proletarischen Stimmen gewählt wurden. Bleiben noch 6 Arbeiterabgeordnete. Diese standen in Wahlkreisen mit zwei Kandidaturen, d. h. wo jeder dieser Wahlkreise zwei Abgeordnete wählt und wo jeder Wähler zwei Stimmen hat. Hier können wohl Konsolidationen vorgekommen sein, womit nicht gesagt sein soll, daß sie wirklich vorgekommen sind.

Es wurden da gewählt: Hudson (in Newcastle), Macdonald (in Leicester), Parler (in Halifax), Wordie (in Stockport), Willie (in Dundee), Sommerbell (in Sunderland). Fünf von diesen Mandaten gehörten früher den Konservativen, so daß die Liberalen, wenn sie die Arbeiterkandidaten unterstützten — und es waren fast lauter liberale Arbeiter, die das taten —

keine Gegenleistung von der Arbeiterfraktion erwarten durften. Nur in Dundee traten die Liberalen ein sicheres Mandat an den Arbeiterkandidaten ab. Die Unterstützung, die die Liberalen in diesen sechs Wahlkreisen den Arbeiterkandidaten angedeihen ließen, galt dem Freihandel, dessen Aufrechterhaltung sie von der Arbeiterfraktion eher erwarten durften, als von den Konservativen. Ein wirkliches Einverständnis zwischen der liberalen und der Arbeiterpartei fand offenbar nur in Dundee statt.

Aus dem einen Arbeiterabgeordneten von Dundee, der auf Grund eines Kompromisses mit den Liberalen gewählt wurde, macht Kolesow fünfzehn! So sieht seine Behauptung aus, die ich unter Punkt 1 zusammenfasse.

Nun fragt es sich, warum hat der Parteivorstand im Laufe dieses Jahres in keine parlamentarische Radikalen eintreten wollen? Warum zeigte er eine solche „Revolütar“? Daran ist die Antwort sehr einfach: Nach seinen Informationen und Erfahrungen waren die Radikalen für die Arbeiterpartei ausfallslos. Wahlen sind in England kostspielig; und Wahlunterlagen wirken entmutigend. Die Arbeiterpartei beteiligte sich im Jahre 1907 und im Frühjahr 1908 an sechs Radikalen, aber nur eine einzige (in Jarrow) war — infolge einer starken und für englische Verhältnisse ungewöhnlichen Stimmengerverteilung — erfolgreich; in Jarrow hat der irische Kandidat über 2000 Stimmen dem Liberalen abgenommen und deshalb dem Arbeiterkandidaten Curran zum Siege verholfen.

Diejenigen Kritiker, die auf dem Standpunkte Kolesows stehen, könnten mir vielleicht entgegenhalten: Dieser Umstand beweist doch die Richtigkeit der Behauptung Kolesows, daß die schwächliche Haltung der Arbeiterpartei die Massen mit Enttäuschung und Zorn gegen die Arbeiterpartei erfüllte und deshalb gegen sie einnahm.

Ich wünschte, diese Auslegung wäre richtig. Leider ist sie es nicht. Wäre die Arbeiterpartei den Massen nicht energisch und eifrig fortgeschritten genug, so müßten sie doch sozialdemokratisch stimmen und den Kandidaten der sozialdemokratischen Partei zum Siege verhelfen. Was ist aber in diesem Punkte die Sprache der Tatsachen? Diese meist leider noch einer ganz anderen Richtung. Die sozialdemokratische Partei teilt den Standpunkt Kolesows und beteiligte sich deshalb im Laufe dieses Jahres an drei parlamentarischen Radikalen in Manchester, Haggerston, Newcastle. Und wie haben die angeblich enttäuschten und zornverfüllten Massen gestimmt? Haben sie ihre Stimmen den sozialrevolutionären Kandidaten gegeben? Keine Spur. Konservativ und schrupplernerisch haben sie gestimmt. Die Behauptung Kolesows, die ich unter Punkt 2 zusammenfasse, wird also durch die sozialdemokratischen Wahlergebnisse widerlegt.

Im Grunde genommen sind nur einige sozialistische Verhältnisse und Gespinnnen entwirrt. Der Sieg der Arbeiterpartei im Januar 1908 hat eine ganze Anzahl von sozialistischen Intellektuellen in die Bewegung gebracht oder sie mit neuen Hoffnungen befeuert. Diese Sozialisten sind noch halbe Utopisten oder „reine“ Sozialisten, die von der Rolle der Arbeiterklasse als gesellschaftsbildende Klasse keine Ahnung haben. Sie glauben, es seien die Sozialisten, die die Gesellschaft umwälzen. Sie seien berufen, den Sozialismus herbeizuführen. Nun ist in der Arbeiterpartei kein Raum für diese Intellektuellen da. Sie hat keine sozialistische Presse, in der diese Weltverwirrer ihre Talente glänzen lassen könnten. Sie ist eine politisch-gewerkschaftliche Partei, wo die Führung den Gewerkschaftsbeamten zufällt. Den Intellektuellen und den Pseudo-Organisten erscheint die Arbeiterpartei abstoßend profan. Sie wollen Feuerwerke sehen, wo nur Gasflammen brennen. Sie wollen dramatische Szenen auf der parlamentarischen Tribüne erleben, wo nur sachliche Fragen gestellt, kurze Reden — zuweilen ungrammatische — gehalten werden. Daraus die Enttäuschung und die Enttäuschung gegen den „Labourism“ (das Arbeiterparteiwesen) und stellen dem profanen Labourism den politischen Sozialismus entgegen. Indem die Enttäuschten und Enttäuschten sich mit einander unterhalten, reden sie sich in die Meinung hinein, die Massen seien enttäuscht und enttäuscht. In ihrer Subjektivität sehen sie die Wirklichkeit nicht. Welche Elemente sind es, die die Arbeiterpartei ausmachen. Es sind ungefähr 1 500 000 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter, die in ihrer überwiegenden Mehrheit noch vor wenigen Jahren entweder liberal oder konservativ stimmten. Ist es nach menschlichen Erfahrungen möglich, eine derartige Masse in wenigen Jahren zu Sozialisten zu machen? Ist es denn nicht ein gewaltiger Fortschritt, wenn diese Massen sich in eine besondere Partei der Arbeiterklasse organisieren und Abgeordnete ins Unterhaus wählen, die auf den Oppositionsbänken Platz nehmen und die blutigen Parteien zwingen, mit ihnen als mit einer politischen Macht zu rechnen? Was die politischen und sozialwirtschaftlichen Meinungen der Massen der Arbeiterpartei sind, läßt sich zahlenmäßig nicht angeben. Aber die Abstimmungen der Vergleiche über die Frage des Anschlusses an die Arbeiterpartei gestatten einen Einblick in die Zusammen-

des Scherzblattes Eingang gefunden hatte, was wiederum für äußerst kurze Fäden zwischen der alternativen Umgebung des Monarchen und der Redaktion des „Berliner Lokalanzeigers“ sprach. Zweifelslos wird diese auch in Eckartau und in Donaueschingen ein Angehefter des „Berliner Lokalblattes“ aufrecht erhalten haben.

Und wie er in Hannover die telegraphische Korrespondenz des Kaisers lesen durfte, so war es ihm wahrscheinlich in Eckartau vergönnt gewesen, als „Mauschen“ das nach dem Belvederepalais in Wien geführte telephonische Gespräch mitanzuhören.

Während nun aber der Hofbericht des „Berliner Lokalanzeiger“ wesentlich dazu beigetragen hatte, Dynastie und „Untertanen“ in sehr bedenklicher Weise einander zu entzweien, blieb nur übrig, ihn erheblich einzuschränken und so die im Grunde von vornherein sehr verdächtige und morsche Säule des Thrones beiseite zu schieben. Und nicht unwahrscheinlich, daß das Haupt der Scherzpresse jetzt dort, wo es noch unlangst mit Ehrungen und Auszeichnungen überschüttet worden war, mit Louis Schneider, dem verstorbenen Lektor Friedrich Wilhelms IV., dessen Spuren es gar zu tief ausgekreuzt hat, für einen schlechten Patrioten gilt. Es fragt sich nur, wie lange.

Die öffentlichen Warmbadeanstalten in Deutschland. Von Professor Silbergleit, dem Direktor des Städtischen Amtes der Stadt Berlin, ist eine Erhebung über den gegenwärtigen Stand des öffentlichen Badeswesens in Deutschland veranlaßt worden. Demnach waren 1905 in Deutschland bei 60 641 278 Einwohnern 2847 öffentliche Warmbadeanstalten mit 22 Schwimmabteilungen, 18 998 Bädern und 11 111 Brausen vorhanden. Für den Reichsdurchschnitt ergibt sich demnach, daß eine öffentliche Warmbadeanstalt auf 21 000 Personen entfällt. Warmbadeanstalten gibt es am häufigsten in Sachsen, wo schon auf 10 000 Menschen eine solche Anstalt entfällt; relativ zahlreich sind die Anstalten auch in Württemberg und Baden, am seltensten dagegen in Preußen und Elsaß-Lothringen. Die auf eine Badewanne im Reichsdurchschnitt entfallende Bevölkerungsmenge beträgt 3200, in Bremen 1100 Personen, in Posen dagegen 800 Personen. Hierbei muß für eine richtige Beurteilung dem Umstände Rechnung getragen werden, daß in den Industriegebieten Fabriksbäder nicht nur den Arbeitern, sondern auch den Angehörigen vielfach (?) zur Verfügung stehen, und daß manche Säubäder auch von Erwachsenen benutzt werden.

Als Ursache des Fehlens von Warmbädern wird an 57 Orten des Reiches Wassermangel, an 208 Orten mangelndes Interesse, an 25 Orten Mangel an Rentabilität, an 81 Orten Mangel der Bevölkerung angegeben.

Diese Statistik, die doch die Fabrik- und sogar die Säubäder berücksichtigt, zeigt, wie erheblich weit wir im Lande der heiligen Sozialpolitik noch von der Befriedigung elementarster hygienischer Anforderungen entfernt sind.

200 Millionen für eine Weltreise. Wenn die 16 amerikanischen Schlachtschiffe im nächsten Frühjahr von ihrer Weltumschiffung

wieder nach Amerika zurückkehren, werden die Kosten dieses Ausfluges sich insgesamt auf 200 Millionen belaufen. Wenn die Schiffsrechnungen für die 16monatige Fahrt der Flotte belaufen sich auf 110 Millionen; dazu treten noch 70 Millionen für die Instandhaltung der Schlachtschiffe und 20 Millionen für die Begleitfahrzeuge. Amerikanische Seemannschaften die Jahreslöhne für die Instandhaltung eines einzigen großen Schlachtschiffes auf über 3 Millionen, ein mittleres Schlachtschiff verschlingt im Jahre etwa 2 1/2 Millionen, ein großer Panzerkreuzer 2 500 000 und ein kleinerer Panzerkreuzer rund 2 Millionen Mark. Trotz der gewaltigen Kosten verlohnen die amerikanischen Marineoffiziere, daß mit den 200 Millionen die gewonnenen Erfahrungen und Erkenntnisse sehr billig erkaufte seien. Denn wenn die amerikanische Flotte in den heimatischen Häfen wieder vor Anker geht, werde sie die vollkommenste Flotte der Welt sein und ihre Offiziere würden über einen Schatz von Erfahrungen gebieten, wie sie die Amerikaner vorher nie besitzen hätten.

Das mag stimmen; so teuer ist dem amerikanischen Volke eine Erfahrung noch nie zu stehen gekommen, besonders keine, deren Hauptbedeutung darin bestehen wird, daß sie noch größere Auswendungen für die Flotte veranlaßt.

Humor und Satire.

Glückliches Berlin! Berlin ist in die Reihe der Weltstädte getreten; seine Mauern sind geweiht. Paris ist gestürzt, Berlin steht aufrecht da. Denn Er ist da, der Herrscher des mächtigsten Reiches unter der Sonne, Cipriano Castro der Große. Als sein Fuß zum erstenmal Berliner Erde betrat, hatte sich ein Vertreter Scherls am Bahnhof eingefunden. Er berichtet darüber:

Als der Präsident aus seinem Salonwagen stieg, berührte er mit seinem rechten Fuß zuerst den Bahnschwellen; der linke folgte nach. Meinen ehrerbietigen Gruß erwiderte er nach venezolanischer Landessitte, indem er seinen Hut fester aufsetzte und dabei ausrief: Wie lustig und herablassend der Herr Präsident ist, beweist der Umstand, daß sein Spielzeug sich in nichts von demjenigen eines gewöhnlichen Interian unterscheidet. Von den vier Knöpfen seines Überziehers waren drei zugedrückt. In der rechten Hand hielt er einen Stock, mit der linken holte er ein Taschentuch aus der Tasche. Gerade in dem Augenblick, in dem er vom Bahnschwellen in die Treppe einbog, schmeuzte sich der Herr Präsident ganz nach europäischer Art.

Meine tiefe Verehrung erwiderte er huldvoll, aber venezolanisch, indem er die Sohle seines linken Fußes in eine kräftige sozialistische Verwundung mit meinem Nagel brachte; das erste in Venezuela unserer Händedruck. Ich lächelte ehrerbietig seinen linken Fuß, u. u. den linken; den rechten betrachtete ich mit auffallender Mühe, denn ich weiß, was ich meinem Vaterlande gegen einen Mann schuldig bin, der noch vor einigen Jahren das Deutsche Reich bräuterte. Stolz will ich den Berliner! („Jugend“)

fehlung und Entwicklung der Arbeiterbewegung. Von etwa einer halben Million Vergleiche stimmte 218 000 für den Entschluß, 168 000 gegen den Entschluß; vor zwei Jahren war das Verhältnis: 191 000 gegen, 92 000 für den Entschluß. Der Gedanke der proletarischen Selbständigkeit macht Fortschritte, aber die liberale und konservative Minderheit ist noch ganz erheblich. Die Aufgabe des Parteivorstandes ist es, die Partei zu konsolidieren und alles zu vermeiden, was die Minderheit zum Abfall bringen könnte. Derartige Klaffen kann man von der Minderheit des Parteivorstandes nur durch legislative Erfolge und politische Siege überzeugen. Und diese Erfolge zu erzielen und diese Siege zu erringen, ist das Bestreben des Parteivorstandes und der Arbeiterfraktion.

Und hier kommt ich zur Erklärung von Weisens, die Weisens Behauptungen (unter Punkt 8) widerlegen werden. Seit den Wahlen im Januar 1906 hat die Arbeiterfraktion durchgesetzt: 1. Gewerkschaftsgesetz; 2. Ausweisung der Hauspflicht der Unionsarbeiter; 3. Ausdehnung des Gesetzes auf fast alle Arbeiterkategorien, Ladengehilfen und Dienstleistungen eingeschlossen, so daß jetzt etwa eine Million mehr Arbeiter unter das Gesetz fallen; 4. Altersrenten; 5. Beteiligung von Staatsmitteln für Arbeitslose; 6. Maximalarbeitszeit für Vergleiche; diese Vorlage muß noch das Oberhaus passieren. Die Arbeiterpartei hat Gesetzesentwürfe eingebracht: 1. über Erhöhung der Schuldauer in Schottland auf öffentliche Kosten; 2. Ausweisung von Arbeitern um das Siegen und Messen der in den Fabriken benutzten Waren zu beaufsichtigen und die Arbeiter bei Entlassung vor Herabwürdigung zu schützen; 3. Erleichterung von Lohnansprüchen in den Heimindustrien; 4. das Recht auf Arbeit oder Beteiligung der Arbeitslosigkeit. Es ist selbstredend unmöglich, alle Verbesserungen anzugeben, die die Arbeiterfraktion bei Kommmissionsberatungen in die verschiedenen Gesetze einbrachte der Arbeiter gebracht hat. Die Arbeiterfraktion hat tatsächlich keine Gelegenheit vorübergehen lassen, ohne für die Interessen des Proletariats einzutreten. Zum Beispiel: Der Bau von Eisenbahnlinien in irgend einem Teile des Vereinigten Königreiches bedarf der Zustimmung des Parlaments. So oft ein derartiger Initiativantrag (Private Bill) vorlag, setzte die Arbeiterfraktion durch, daß die Bahnverwaltung sich verpflichten mußte, die politischen Rechte der Bahnangehörigen zu wahren. Man müßte Vorgen füllen, um die Eingriffe über dieses Eingreifen der Arbeiterfraktion aufzählen zu können.

So die Interessen der Arbeiter mit denen der liberalen Partei zu kollidieren, stimmt die Arbeiterfraktion nicht gegen die Regierung. So hat die Arbeiterfraktion bei der Beratung über die Arbeitslosenversicherung (Right of Work Bill) gegen die Regierung gestimmt. Die Arbeiterfraktion hat gegen den Antrag der Regierung, Lord Cromer ein Geschenk von 50 000 Pfund Sterling zu machen, gestimmt. Sie hat bei der Abrechnung im Frühjahr 1906 ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung beantragt und darüber abstimmen lassen, wobei die liberale Mehrheit auf 40 Stimmen fehlte. Als Kenner des englischen Parlamentarismus wird Weisens versichern, daß ein derartiges Mißtrauensvotum nur von einer Oppositionspartei kommen kann.

Die scharfen Proteste der Arbeitervertreter im Parlament gegen die Kampfbereitschaft nach Rebal sind noch in aller Erinnerung. Die rühmlichen Genossen haben ihnen auch den Dank dafür ausgesprochen. Weisens Behauptung, die Arbeitervertreter hätten dabei mitgeholfen, daß Grayson das Wort abgelehnt wurde, „als er die Ermächtigung der Verhandlung zwischen der englischen Regierung und dem arabischen Heeresregiment brandmarken wollte“, beruht auf einer Erfindung Graysons. Wir ist die Versicherung der ganzen Arbeiterfraktion, daß Grayson kein Unrecht geschehen sei, wiewohl er als die Behauptung Graysons. Wo soll das nur hin, wenn man eine ganze Arbeiterfraktion auf Grund der Behauptung eines einzelnen des Fremden gegen das Proletariat der Welt gehen wollte! So ist für mich kein Zweifel, daß die Arbeiterfraktion gegenüber der rühmlichen Genossen der liberalen Regierung ihre Pflicht und Schuldigkeit getan hat. Und so hat sie auch betreffend Indien und Natal getan. Hardie, O'Grady, Macdonald haben sich der Hindu und der Jutu mit aller Wärme angenommen und der liberalen Regierung manche unangenehme Verwickelungen bereitet.

Der Leser möge nun die Symptome und Schiffe Weisens mit meinen Tatsachen vergleichen und dann selber urteilen, ob die Arbeiterfraktion aus „Freiglingen und Betrügern“ besteht, wie Grayson das ausdrücklich und Weisens etwas verblümt behauptete, oder aus tüchtigen, klugen und gewissenhaften Männern besteht, wie ich nachgewiesen habe.

Zum Schluß sagt Weisens: „Was zur Entscheidung steht ist nicht, ob die englische Arbeiterbewegung einzig sein soll, sondern ob sie endlich damit ernst machen will, sozialistisch zu werden.“ Diese Fragestellung zeigt mir, daß Weisens noch nicht soweit ist, über den Stand der internationalen sozialistischen Arbeiterbewegung ein umfassendes und weitläufiges Urteil abgeben zu können. Wir erkennen die Einheit der Arbeiterklasse als die wichtigste Bedingung des Sieges des Sozialismus. Und wenn ich nur die Wahl hätte zwischen einer kleinen und tüchtigen sozialistischen Partei und einer großen nichtsozialistischen, aber politischen und ökonomisch selbständigen Arbeiterklasse, so würde ich mich ohne Zaudern für die letztere entscheiden. Was ist das wirkliche Hindernis der deutschen Sozialdemokratie? Ist es die preussisch-deutsche Verfassung? Sind es die Junker? Ist es der Militarismus, wie die Revisionisten sagen, oder der Revisionismus, wie die Marxisten sagen? Nein, nichts von alledem. Es ist die Verklammerung der deutschen Arbeiterklasse: es sind die Zentrumsarbeiter, die liberalen Arbeiter, die gelben Arbeiter, die indifferenten Arbeiter, die das wahre Hindernis der deutschen Sozialdemokratie bilden. Wädeten sie eine einzige moderne Arbeiterarmee, so würden wir alle anderen Hindernisse im Nu überwinden. Wir würden den Wirbelwind reiten und den Sturm beherrschen. Ebenso ist es in Frankreich, Italien usw.

Warum sollen wir nicht aus diesen Zuständen lernen und erst die Arbeiter einheitlich zusammenfassen, ehe wir sie für Aufstellungen gewinnen, die ihrer Vernunft noch fern liegen? Segen wir den Fall, die britische Arbeiterfraktion befolgt den Rat Weisens und erklärt sich für den Sozialismus sans phrase. Nach dem oben Gesagten kann es keinem Zweifel unterliegen, daß die Arbeiterpartei in der nächsten politischen Elemente auseinanderfallen würde. Wir würden wohl eine kleine und tüchtige sozialdemokratische Partei haben, aber auch liberale Arbeiter, konservativ Arbeiter, künftighin Arbeiter, katholisch-irische Arbeiter usw. Die bürgerlichen Parteien würden diese an sich halten und Arbeiter gegen Arbeiter auspielen. Ein greifbares, aus der neuesten parlamentarischen Geschichte Englands gewonnenes Beispiel wird meine Ansicht klar beleuchten: Im Jahre 1901 brachten die Parlamentarier des Verbandes eine Arbeitslosenversicherung ein. Da erhoben sich die Vergleiche von Durham und Northumberland und sagten, sie wollten keine staatlichen Eingriffe in ihren Beruf. Das Schicksal der Vorlage war somit besiegelt. Die Kapitalisten waren froh, daß liberale Vergleiche ihnen die Gelegenheit erparien, als Arbeiterfeinde zu erscheinen. Sie sagten: Ihr Vergleiche seid ja unter Euch noch nicht über die Zweckmäßigkeit einer solcher Maßnahme einig; wir können sie also nicht unterstützen. Seitdem haben sich die Vergleiche geeinigt, und als in den letzten Wochen die Arbeitslosenversicherung im Unterhaus beraten wurde, da sagten Durham und Northumberland nichts mehr, sondern stimmten mit „Ja“ und die Vorlage ging durch.

„Nun einige Worte über die Anklagen Weisens gegen mich persönlich. Er meint, ich solle die Lage nicht richtig auf und ich teile den Lesern des „Vorwärts“ nicht mit, daß die „Justice“, das Organ der sozialdemokratischen Partei, sich gegen die Gründung einer sozialistischen Partei an Stelle der Arbeiterpartei erklärte. „Das hätte, so will mich bedünken, doch dem Korrespondenten des „Vorwärts“ bekannt sein müssen, als er seinen schmerzlichen Vorwurf gegen die sozialdemokratische Partei erhob.“ Der erste Vorwurf erledigt sich durch meinen ganzen Artikel; die Leser mögen darüber urteilen, wer die Lage richtig auf-

faßt: Weisens oder ich. Was den anderen Vorwurf betrifft, so habe ich im „Vorwärts“ wohl nicht die Ansicht der „Justice“, wohl aber doch die des „Sozialdemokrat“ angegeben, die sich mit der der „Justice“ deckt und vom selben Verfasser herrührt. Allein auch wenn der Vorwurf Weisens tatsächlich berechtigt wäre, so wäre dadurch nichts gewonnen. Denn schon die separate Erklärung der S. D. G. beweist, daß die „Justice“ eine sozialistische Partei an Stelle der Arbeiterpartei setzen will. Ich glaube nicht an Worte, sondern an Taten. M. Veer.

## Soziales.

### Entziehung der Approbation als Arzt.

Wenn einem Arzt die bürgerlichen Ehrenrechte aberkannt sind, so kann ihm nach § 68 der Gewerbeordnung die Approbation für die Dauer des Ehrverlustes entzogen werden. Auf Entziehung der Approbation für fünf Jahre klagte die Polizeiverwaltung zu Düsseldorf gegen den praktischen Arzt Dr. Weisbrodt, der wegen Erpressungsversuchs in einer Ehevermittlungssache zu 1 Jahr Gefängnis und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt worden war. Dr. Weisbrodt hatte sich nämlich als Ehevermittler verhalten. Er las im Café in Düsseldorf eine Anzeige des „Berliner Tageblatts“, wonach ein Antiquar in Blassa eine vermögende Frau suchte. Er erfuhr die Adresse des Antiquars Heidemort und legte sich mit ihm in Verbindung. Er empfahl ihm eine Tochter eines für wohlhabend geltenden Beamten in Frankfurt a. M. Einen Antrag der Familie, die Tochter zu verheiraten, hatte er nicht. Weisbrodt ermittelte die Sommerfrische in der Schweiz, wo sich die Familie aufhielt und sandte Dr. Weisbrodt, er habe auch zur Verlobung und Heirat. Dr. Weisbrodt hatte sich vorher einen bestimmten Betrag von der Witwit als Vermittlungsgebühr zufließen lassen, falls die Ehe zustande komme. Der Antiquar stellte ihm einen Revers über 6000 M. aus. Nach der Hochzeit zahlte ihm Dr. Weisbrodt 6000 M. persönlich aus. Weisbrodt erklärte sich zufrieden. Dem Verlangen, Briefe und eine Photographie herauszugeben, widerfuhr er nicht; er behauptete, er sei im Umgang begriffen und sei infolgedessen zu der Herausgabe nicht imstande. Später verlangte er vom Antiquar Dr. Weisbrodt noch mindestens 6000 M., indem er geltend machte, er hätte von vornherein 10 000 M. haben wollen. Dr. Weisbrodt lehnte eine Nachzahlung ab und betonte, er habe vorläufig nur eine kleinere Summe von 12 000 M. zu ihrer Ergänzung erhalten. Es folgte ein weiterer Briefwechsel. Weisbrodt drohte mit dem Einlegen seiner Forderung und verwies darauf, daß dann auch der vorgelegte Sondergerichtspräsident von der Angelegenheit Kenntnis erhalten würde. Justizrat Wagenkamp, dem Dr. Weisbrodt seine Interessen anvertraute, erstattete schließlich gegen Weisbrodt Anzeige wegen Erpressungsversuchs. Die Hauptverhandlung wurde angelegt und der Antiquar dazu geladen. Dr. Weisbrodt kam auch nach Düsseldorf. Es packte ihn aber die Verwundung bei dem Gedanken, daß in der Verhandlung seine intimsten Verhältnisse klargestellt werden würden. Er suchte den Tod und fand ihn unter den Äbtern eines Eisenbahnzuges der Linie Düsseldorf-Berndorf. Die Verhandlung gegen Dr. Weisbrodt endete damit, daß er wegen Erpressungsversuchs zu einem Jahre Gefängnis und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt wurde.

Zur Rechtserklärung der Klage auf Entziehung der Approbation und des Arzttitels für die Dauer des Ehrverlustes wurden die geschichtlichen Vorgänge, sowie auch frühere Entscheidungen Dr. Weisbrodts herangezogen. So ist er wegen Betruges zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Er hatte sich durch eine Person vertreten lassen, die noch nicht praktischer Arzt war, sondern erst das Praktikum bestanden hatte. Nach der Situation mußte aber das Praktikum annehmen, es sei ein Spezialarzt. Dann hätte ihn der Ehrengerichtshof bei der Versteigerung der Rheingebirg zu 1000 M. Geldstrafe verurteilt, die die höchste Disziplinstrafe in Berlin auf 500 M. herabsetzte. So wurde ihm eine des Vergleichs unwürdige martialisches Klame vorgeworfen.

Das Oberverwaltungsgericht erkannte nach dem Klageantrag auf die Entziehung der Approbation für die Dauer des Ehrverlustes. Nach den Feststellungen in der Strafsache wegen Erpressungsversuchs habe Dr. Weisbrodt ohne Zweifel eine Bestimmung, die es im öffentlichen Interesse unbedingt geboten erscheinen lasse, von dem Amt, das das Gesetz biete, Gebrauch zu machen. Zudem habe sich Weisbrodt auch sonst nicht einwandfrei geführt. — Die Entziehung der Approbation für die Dauer des Ehrverlustes hat für die gleiche Zeit die Entziehung des Arzttitels zur Folge.

### Abschluß des Arbeitsvertrages.

Der Kohlenhändler St. wurde von der Hedwigshütte mit der Entladung von Kohlenkämen beschäftigt. Als am 20. November wieder die Entladung eines Rahmes demnächst war, soll auf Befragen der Inspektor Hilbrand das Eintreffen eines weiteren Rahmes für den 28. bezw. 30. November in Aussicht gestellt haben, bei dessen Entladung St. wieder bedienstet sein sollte. Der Kläger hat dieserhalb keine Papiere nicht gefordert, sondern das Eintreffen des Rahmes abgewartet. Er hat sich auch alsdann tatsächlich an der Arbeitsstelle eingefunden, konnte aber die Arbeit nicht aufnehmen, weil der Vorarbeiter Erdmann bereits seinen Bruder an Stelle St. zur Hilfe herangezogen hatte. St. klagte nun vor dem Gewerbegericht auf Entschädigung für die bis zum Eintreffen des Rahmes verstrichene Zeit. Die Beklagte ließ durch ihren Vertreter einwenden, daß der Kläger unter Ausschluss der Kündigungsklausel beschäftigt war und seine Papiere nicht widerrechtlich einbehalten worden seien, diese würden vielmehr zur Verfügung des Klägers gehalten. Auch habe für die Zeit vom 20. bis 30. November ein Arbeitsverhältnis nicht bestanden. Deshalb fühle sich die Beklagte nicht für verpflichtet, den Kläger für diese Zeit zu entschädigen. Der als Zeuge vernommene Inspektor will nur gänzlich unverständliche Versicherungen gemacht haben. Die Kammer 7 des Gewerbegerichts, vor der am Montag unter Vorsitz des Magistratsrats Dr. Gerth die Sache zur Verhandlung kam, nahm aber mit Recht den Standpunkt ein, daß die Versicherungen eine gewisse Verbindlichkeit gehabt haben müssen, denn sonst würde der Kläger seine Papiere zu fordern nicht unterlassen haben, sie wären auch von dem Inspektor angehängt worden, wenn auch die Arbeitskraft des Klägers nicht reflektiert worden wäre.

Die Beklagte wurde deshalb für den Schaden, bestehend im Verdienstausfall, der dem Kläger aus der Nichterfüllung der getroffenen Verabredung erwachsen sei, entschädigungspflichtig. Doch hielt das Gewerbegericht die geforderte Entschädigung von 6 M. pro Tag für zu hoch. Es verurteilte die Beklagte, dem Kläger für die in Frage stehende Zeit den gesetzlichen Tagelohn zu zahlen.

## Aus Industrie und Handel.

### Die Anteile im Stahlwerksverband.

Nach den neuen Festlegungen stellt sich die Summe der Verteilungen im Stahlwerksverband auf 8 203 498 Tonnen in Produkten A, gegen 6 034 084 Tonnen am 1. Mai 1907. In Holzgang ist die Beteiligung von 1 848 705 Tonnen auf 1 309 785 Tonnen

gestiegen; für Eisenbahn-Oberbaumaterial ergeben sich folgende Differenz: 1. Mai 1907 2 881 705 Tonnen, Dezember 1908 2 418 927 Tonnen; und in Formeisen ist die Beteiligung von 2 828 564 Tonnen auf 2 881 816 Tonnen erhöht worden. Die größte Beteiligung hat die Firma Krupp mit folgenden Quoten von der Gesamtbeteiligung: Holzgang 14,280 Prozent, Eisenbahn-Oberbaumaterial 10,4176 Prozent, Formeisen 3,1974 Prozent, Produkte A zusammen 8,1924 Prozent. Mit 6,9380 Prozent der Gesamtbeteiligung in Produkten A folgt dann der Phönix, dessen Anteil in Formeisen 4,6810, in Eisenbahn-Oberbaumaterial 8,8890 und in Holzgang 7,4205 Proz. ausmachen. An dritter Stelle steht die Gewerkschaft Deutscher Kaiser mit folgendem Prozentanteil: Holzgang 1,9712, Eisenbahn-Oberbaumaterial 7,1189, Formeisen 0,5589 und Produkte A zusammen 5,7296 Proz. Dann folgen mit dem größten Anteil in Produkten A die Kombiwerke Hüttenwerke, deren 5,6178 Proz. zugewiesen sind. Die Quote dieses Werkes in Holzgang macht 12,5511 Proz. aus; von der Eisenbahn-Oberbaumaterial-Gesamtbeteiligung beherrscht es aber nur 2,7819 Proz., sowie 4,4236 Proz. des Formeisensquantums. Das Lothringer Hüttenwerk Runkel-Friede hat sich mit diesen Anteilen beschreiben müssen: Holzgang 11,4441 Proz., Eisenbahn-Oberbaumaterial 2,1785 Proz., Formeisen 8,7545 Proz., Produkte A zusammen 4,8761 Proz. Die genannten fünf Unternehmen beherrschen demnach einen erheblichen Teil der Gesamtbeteiligung für die angeschlossenen 29 Werke. Der Anteil beträgt in Prozent:

Holzgang	Eisenbahn-Oberbaumaterial	Formeisen	Produkte A
47,08	31,76	22,56	31,64

Ein Sechstel der Werke beherrscht demnach fast die Hälfte des gesamten Anteils an Holzgang, annähernd ein Drittel des Eisenbahn-Oberbaumaterials, nahe an ein Viertel der Formeisenerzeugung und zitta ein Drittel der Gesamtbeteiligung in Produkten A.

### Einschränkung der Ziegelproduktion.

Wegen enormer Bestände, teilweise noch aus dem Jahre 1907, beschloß der Dortmunder Verkaufsverein für Ziegelfabrikate, die nächstjährige Einschränkung auf 75 Prozent festzusetzen. Für 1908 war die Einschränkung auf nur 60 Prozent beschlossen.

Die Düsseldorf-Spargelgesellschaft, die hauptsächlich kleinen lathenartigen Leuten als Sparstelle dient, ist insolvent. Die Depositen und Spareinlagen betragen annähernd 2,5 Millionen Mark, während die Aktiven, zitta 2/3 Millionen Mark in Hypotheken, größtenteils zweiter Ordnung und daher vielfach gefährdet, angelegt sind. Es wird eine außergerichtliche Liquidation beabsichtigt. Im Falle des Konkurses würden kaum 25 Proz. herauskommen.

Die Krise und das Sparen. Nach der preussischen Sparkassenstatistik ergaben die Reineinlagen im Jahre 1906 2 264,90 Millionen Mark, die Rückzahlungen aber nur 2 021,16 Millionen Mark. Im Jahre 1907 hat die Reineinlagen zwar auf 2 347,10 Millionen gestiegen, aber die Rückzahlungen übertrafen diese Steigerung, indem sie 2 790,97 Millionen Mark ergaben. Der Ueberschuß der Reineinlagen über die Rückzahlungen ist also erheblich — von 218,88 auf 67,13 Millionen Mark zurückgegangen.

In den fünf Jahren von 1901 bis 1906 hat der Ueberschuß der Reineinlagen über die Rückzahlungen regelmäßig über 500 Millionen Mark betragen.

Die Verkaufsstelle der Konvention der Rindholzindustriellen soll aufgelöst werden. Die nächste außerordentliche Gesellschafterversammlung soll Liquidatoren für die Verkaufsstelle wählen und bestimmen, daß vom 1. Mai 1909 ab jeder Gesellschafter wieder für sich verkauft. Seit dem 4/3-jährigen Bestehen der Konvention ist die Produktion der Ostfuder von 20 Proz. auf 40 Proz. der gesamten Produktion von Rindholz in Deutschland gestiegen.

### Schutz der nationalen Arbeit.

Durch die Hochhaltung der Rohmaterialpreise in Verbindung mit billigen Auslandsverleihen haben sowohl der Stahlverband als auch das Rheinisch-Westfälische Kohlen-Syndikat der heimischen Weiterverarbeitung die Konkurrenzfähigkeit auf dem Außenmarkt ganz erheblich erschwert und damit die Erwerbsgelegenheit in Deutschland vermindert. Um die hohen Inlandspreise in sich zu erhalten, ist die Produktion der Ostfuder von 20 Proz. auf 40 Proz. der gesamten Produktion von Rindholz in Deutschland gestiegen. Durch die Hochhaltung der Rohmaterialpreise in Verbindung mit billigen Auslandsverleihen haben sowohl der Stahlverband als auch das Rheinisch-Westfälische Kohlen-Syndikat der heimischen Weiterverarbeitung die Konkurrenzfähigkeit auf dem Außenmarkt ganz erheblich erschwert und damit die Erwerbsgelegenheit in Deutschland vermindert. Um die hohen Inlandspreise in sich zu erhalten, ist die Produktion der Ostfuder von 20 Proz. auf 40 Proz. der gesamten Produktion von Rindholz in Deutschland gestiegen.

## Aus der Frauenbewegung.

### Der Lebensinhalt der Damen.

In der amerikanischen Frauenzeitschrift „The Socialist Women“ veröffentlicht Josephine E. Kaneko Betrachtungen aus dem Leben der „Damen“ der feingelichteten Gesellschaft.

„Doch die reichen Amerikanerinnen aus Hebermat, den der Besitz ausfüllt, und aus lauter Richtung die absonderlichsten Einfälle und Taten auf dem Gebiete des gesellschaftlichen Unfalls und der Mordarbeiten in andernhöcker Weise umhert, davon erzählen seitdem genug Unterhaltungs- und Modezeitschriften aller Herren Länder Dinge, bis zur Grenze des absurd Lächerlichen.“

Einige Damen aus denselben Gesellschaftskreisen üben Kritik an dem Leben ihrer Mitschwester. Genossin E. Kaneko gibt einige dieser Aussprüche wieder:

„Reiche Frauen sind Schweine“, sagte Ethel Barrymore neulich in St. Louis. Es war dieses eine sehr unelegante Beschuldigung, — zumal gegen Damen, von denen man weiß, daß sie alle Gelegenheit der Welt zur Kultur und Verfeinerung haben.

Eine andere Dame, Miss Mary Fullerton, die kürzlich zu einem großen Vermögen gekommen war, erklärte: Die Frauen der oberen Gesellschaftsklasse sind Lägerinnen, ich kann sie nicht ausstehen. Ich würde niemals, sagt Miss Fullerton, einen Versuch der gesellschaftlichen Mordtaten machen. Ich liebe kein Volk nicht; die Menschen, die von ihren Erbschaften leben, sind eine faule, nutzlose Gesellschaft.“

Mrs. B. C. Gray sagt: „Das Leben einer Reichtin ist unbefreitbar besser, als das einer Person aus der oberen Gesellschaftsklasse. Es ist so absurd, erklärte sie, daß Menschen für nichts weiter Gedanken haben können, als neue Formen für Gesellschaften, eigenartige Diners und absonderlich bizarre Ergänzungen für ihre Gäste auszufinden.“

Mrs. Vitor sagte kürzlich von den Red Foxes und Reporter Frauen: „Sie haben Gesellschaften gegeben, die eher in den Hirtus gehören, als in das Haus einer Dame.“

Einige Schriftsteller, die die Sitten der ultra Reichen, im Verkehr mit ihnen, studiert haben, unterstellen dieser Gesellschaft in ihren Büchern alle nur denkbaren Unmoralitäten. Vieles ist darin, was für einen mißfällig sich flügelnden Menschen gar nicht denkbar ist.





# Die Erdbebenkatastrophe in Süd-Italien.

## Messina zerstört.

Herzlicher sind die Nachrichten, die aus dem von der vorgestrigen Erdbebenkatastrophe heimgesuchten Sizilien an unser Ohr dringen. Entsetzlich der Jammer, den abermals das Element in diesem von der Natur so reich gesegneten Sizilien verursacht. Erderschütterungen und die durch das Seebeben hervorgerufenen Flutwellen haben ein ungeheures Verwüstungswerk angerichtet. Noch liegen abfallende Wiedlungen nicht vor, indes was bisher bekannt, genügt, um sich ein Bild von den Verheerungen zu machen, die die neueste Katastrophe angerichtet hat.

Im Anschluß an unsere Mitteilungen in der gestrigen Nummer liegen weitere Meldungen vor:

Rom, 29. Dezember. Die ersten radiotelegraphischen Meldungen bekräftigen die erschütternden Nachrichten aus Messina. Die Dörfer in der Umgebung Messinas sind zerstört. Der Ministerpräsident Giolitti hat 100 000 Fr. an den Präsidenten von Neapel gefordert für eine Hilfsexpedition nach Messina und Reggio. Die Regierung trifft eifrig Maßnahmen zur Hilfeleistung und hat auch die Schiffahrtsgesellschaften aufgefordert, der Regierung Dampfer zur Verfügung zu stellen. Ein fliegendes Geschwader ist in Messina angekommen.

Die Blätter in Rom veröffentlichen die folgenden Einzelheiten über das Erdbeben in Kalabrien: In Catanzaro wurden um 6 Uhr 30 Minuten früh drei sehr starke Erdstöße verspürt. Die Bevölkerung eilte fast unbefleht auf die Straße und rief die Hilfe der Schutzheiligen der Stadt an. Nachrichten aus Monteleone besagen, daß in den Gemeinden von Mileto, Jolabi, Majorato und Stafacani ein ungeheurer Schaden verursacht wurde; zahlreiche Menschenleben sind zugrunde gegangen. Ein fürchterlicher Regenguß, der gleichzeitig mit dem Erdbeben erfolgte, verneigte die Pflanz. In Monteleone stürzte das Gerichtsgebäude ein. Im dichten Dunkel spielten sich herzzerreißende Szenen ab. Männer, Weiber und Kinder eilten, von wahnsinnigem Schreien erfüllt, durch die Gassen. Im Gefängnis stürzten die aus dem Schloß geführten Sträflinge zu den Fenstern und stürzten um Hilfe. Auch im Dom von Catanzaro sind schwere Beschädigungen zu beklagen. Das Erdbeben dauerte fast eine Minute 33 Sekunden, und als das Beben aufhörte, bot ein großer Teil, vielleicht der größte Teil der schönen Insel ein Bild der schrecklichsten Zerstörung. Die Stadt Messina war in einen Trümmerhaufen verwandelt worden. Große öffentliche Gebäude, Kirchen, Schulen und Wohnhäuser stürzten wie Kartenhäuser ein, und die Einwohner fanden unter den Trümmern ihres Wohnstätten ihr Grab. Unter den eingeschlagenen Gebäuden befinden sich nach vorliegenden Nachrichten das Hotel Trinacria. Unter den Trümmern dieses vornehmsten, an der Hauptstraße gelegenen Hotels sollen über hundert Gäste und fast das gesamte Personal des Hotels begraben sein. Auch das Rathaus, das Postgebäude, mehrere Katakomben und die Kirche Messinas sind der Zerstörung zum Opfer gefallen. Auch das Meer stürzte eine ungeheure Woge über die am Hafen gelegenen Teile der unglücklichen Stadt und vernichtete, was Beben und Feuer verschont hatten.

Derjenige Teil der Bevölkerung, der der allgemeinen Vernichtung entging, stürzte in wahnsinniger Angst in alle Richtungen auseinander, um das flache Land außerhalb der Stadt zu erreichen. Derselbe Vorgang spielte sich in anderen Städten ab. Nach lautloser Ruhe erfolgte das Erdbeben. Städte und Dörfer in allen östlichen Teilen der Insel wurden mit einem Schlage zerstört. Alle Meldungen stimmen darin überein, daß man jetzt noch kein Urteil über den wirklichen Umfang der Katastrophe fassen kann. Die eingeschlagenen Nachrichten sind zu spärlich, um ein wahres Bild des angerichteten Schadens wiederzugeben. Es wird Tage und vielleicht Wochen dauern, bis man genau ermitteln wird können, wie viele Opfer das Erdbeben gefordert hat.

Alle möglichen Maßregeln werden von der italienischen Regierung getroffen, um die notleidende Bevölkerung von Sizilien zu retten. Die Nöthigkeiten sind obdachlos und gänzlich ohne Lebensmittel. Es ist Gefahr vorhanden, daß die Erdbebenkatastrophe durch eine Hungernot ergänzt wird und daß nach Erschöpfung und Entbehrungen unter den Nöthigkeiten neue Opfer fordern werden.

### Aus dem zerstörten Messina

Laufen, nach Herstellung einer drohtlosen Verbindung, Nachrichten ein, die an Furchtbarkeit alles übertreffen, was bereits die ersten Meldungen brachten. Die Feuerbrunst wüthet an allen Ecken und Enden der Stadt, und es unterliegt keinem Zweifel, daß unter den flammenden Trümmern zahlreiche Leichen begraben sind. Man glaubt, daß die Zahl der Toten und Schwerverletzten an 10 000 beträgt. Die Mehrzahl der Hotels, fast alle öffentlichen Gebäude, Rathaus, Kirche, Museen sind eingeschlagen. Eine Schiffdivision, bestehend aus zwei Panzerschiffen, ist zur Hilfeleistung abgegangen. Das vor Augusta vor Anker liegende russische Geschwader sowie das englische Geschwader, das vor Syrakus liegt, sind gleichfalls zur Hilfeleistung nach Messina abgegangen. Die Schiffe führen Proviant mit sich, da sich Nahrungsmangel in der Stadt und namentlich unter den auf freiem Felde in der Umgebung kampierenden Flüchtlingen fühlbar machte.

Rom, 29. Dezember. Die letzten Nachrichten aus Messina lauten erschütternd. Die Zahl der Opfer wird auf mehrere Tausend veranschlagt. Der Kommandant des Kreuzers „Piemonte“ ist mit Frau und Kindern auf der See ertrunken. Man glaubt, daß auch der General Kesse, Kommandant der Garnison von Messina, umgekommen ist. Die Regierung entsendet viertausend Mann Truppen zur Hilfeleistung. Unter den Trümmern ist eine Feuerbrunst ausgebrochen, die neue Verheerungen anrichtet. Diebe sind an der Arbeit und plündern die eingeschlagenen Häuser, weshalb der Verlagerungszustand verhängt wurde.

Palermo, 29. Dezember. Ein Torpedoboot hat in Milazzo 60 Verwundete aus Messina gelandet. Von Catania sind mehrere Geschwader zur Hilfeleistung mit den Abgeordneten Carnazzo und Defelice an Bord abgegangen. In Piedimonte Steno werden zahlreiche Tote und Verwundete beklagt, in Giarre vier Tote, in Riposto drei Tote, in Torre elf Tote und 35 Verwundete. In Plumestreddo zwei Tote.

Rom, 29. Dezember. Nach weiteren Meldungen aus Sizilien sind auch im Vorh San Filippo in der Provinz Messina infolge des Erdbebens verschiedene Häuser eingeschlagen und mehrere Menschen ums Leben gekommen.

### Weitere Bemerkungen.

Catanzaro, 29. Dezember. Nachrichten aus Reggio di Calabria berichten, daß die Stadt dasselbe Schicksal erlitten hat wie Messina. Diese Nachrichten riefen große Besorgnis hervor. Anderen Meldungen zufolge ist die Ostküste Ieroganzirri, welche eine Vorstadt Messinas

bildet, vollständig verschwunden. Man spricht von Tausenden von Toten. Genaue Einzelheiten sind bisher noch nicht bekannt. Bis jetzt sind fünf Dampfer mit Lebensmitteln abgegangen.

Abendblätter von gestern wüthten mitzuteilen, daß in Messina 75 000 und in Calabrien 30 000 Tote gezählt werden. Offentlich erweisen sich diese furchtbaren Meldungen als unzutreffend.

### Rettung von Deutschen in Messina.

Eine Meldung aus Bremen hierüber befragt: Der nach der Bekante bestimmte Dampfer „Therapia“ des Norddeutschen Lloyd hat in Messina die dort befindlichen Deutschen und eine Anzahl anderer Personen aufgenommen und nach Neapel gebracht.

### Ein sachmännliches Urteil über das Erdbeben.

Der „Tägl. Rundschau“ wird zu dem Erdbeben geschrieben: Allgemein sind die Erdbeben eine unheimlich vertraute Erscheinung geworden. Die mitteldeutschen Erderschütterungen haben an ihrem Teil auch viel dazu beigetragen, daß weitere Kreise sich mit den geologischen Fragen der Bodenschütterungen beschäftigen. Wenn nun schon die Ereignisse des Vogellandes manche Gemüter ängstlich machten, so mag dies bei den Nachrichten aus Süditalien noch mehr der Fall sein. Könnte man doch schon ohnehin die Anstalt hören, wir gingen einem neuen revolutionären Zeitalter unserer alten Erde entgegen, und die zahlreichen Vulkan- und Bebenverhältnisse der letzten Jahre seien nur das Vorspiel noch schlimmerer Ereignisse. Da mag denn folgende Entladung widerprochen werden. Allerdings haben sich die unterirdischen Gewalten leghin häufiger Kulturmittelpunkte zum Schouplaz gewählt, aber doch nur solche, die schon früher von gleichen Ereignissen heimgesucht worden waren. Auch Messina wurde in dem großen kalabrischen Beben von 1783 bereits einmal grobentstet zerstört. Im übrigen aber ist eine Zunahme der irdischen Bebenhäufigkeit und Bebenstärke für die letzten Jahre nicht nachweisbar. Im Gegenteil, das jetzt zur Reize gehende Jahr wies sogar einen Heißbetrag an Beben auf, der auch durch das jetzt in Süditalien erfolgte keinen vollen Ausgleich erfährt.

Der Besuch mit seiner Umgebung sowie die vulkanischen Inselgruppen um Sizilien und der gewaltige Aetna haben dafür gesorgt, daß und die vulkanische Tätigkeit der Erdrinde in Italien weit bedeutungsvoller erscheint als die Erdbeben. Sehr mit Unrecht von jeder haben die Erdbeben in Süditalien ein Vielfaches der Opfer gefordert und ein Vielfaches an Sachschäden angerichtet gegenüber den immer nur gelegentlichen, aber die Aufmerksamkeit mehr anziehenden und in ihren Wirkungen von der Armen liebenden Bevölkerung oft sehr übertriebenen vulkanischen Ausbrüchen. Ob sich die Berichte von den Opfern und dem Schaden des jetzigen Bebens voll bestätigen werden, bleibt abzuwarten. Im allgemeinen sind erfahrungsgemäß die Unglücksnachrichten meist anfangs stark übertrieben. Auf jeden Fall aber ist der Verlust ungeheuer und gemahnt an die Ereignisse von 1783. Damals war der Mittelpunkt die Gegend der Stadt Dupido, und die Gegend 23 italienische Meilen im Umkreis hatte durch nahezu unmittelbar von unten nach oben erfolgende Stöße die stärksten Zerstörungen erlitten. Dieser Kreis griff auch über die Sizilien vom Festlande trennende Meerenge hinüber und schloß Messina mit ein. Fast alle Städte und Dörfer in diesem Gebiete wurden glatt umgestürzt, während in einem größeren Umkreis von 72 Meilen Halbmesser weitere starke, wenn auch minder verheerende Wirkungen verspürt wurden.

Die drahtlichen Nachrichten wüthten auch von einem verheerenden „Seebeben“ bei Messina zu melden. Wörtlich trifft diese Bezeichnung wohl nicht zu: denn der Ausgangspunkt der Meereserschütterung kann sehr wohl auf dem Festlande gelegen haben, wie es auch für das letzte Beben von Kingston auf Jamaica zutrifft. Schon 1783 wurde durch die Erschütterung des Festlandes und Siziliens zugleich die schmale Meerenge in Mitleidenschaft gezogen. Ganz wie wir eben wieder hören, zog sich auch damals das Meer plötzlich vom Ufer zurück, um dann in großer Schwalligkeit als gewaltige Welle zurückzukommen und die Einwohner hinwegzuspalten, die sich aus den zusammenbrechenden Häusern an die Felsen der Küste geflüchtet hatten. Zugleich wurden die am Ufer verankerten Fahrzeuge in die Tiefe hinabgezogen. Ob die jüngsten Ereignisse auch von der Bildung wassererfüllter Risse, klaffender Spalten und niederbrechender Verhänge begleitet waren, wie solche den Beben von 1783 ein besonderes Gepräge gaben, wird gar bald zu erfahren sein.

Die Ursache der kalabrischen Beben ist leicht zu ersehen in der großen Jugendlichkeit der süditalienischen Rindenbildung und dem gleichfalls erst in letzter geologischer Zeit erfolgten Eindruck der Meeresküste zwischen Sardinien, Sizilien und dem Festlande. Wir dürfen annehmen, daß noch heute die geologische Gestaltung dieser Gebiete nicht zum Abschluß gekommen ist, sich vielmehr noch heute vollzieht, einmal in der Form von Gebirgsbildung, sodann in dem Abfinden und gegenseitigen Verschieben der Erdinwendigkeiten. Insbesondere läßt sich der südliche Teil des Tyrrenischen Meeres auffassen als ein durch stoffförmigen Abbruch entstandener Keil. Erdbeben und Vulkanismus wären demnach aufzufassen als gleichzeitige Begleiterscheinungen umfassender Vorgänge in der Erdrinde. Das ist eine Annahme, die auch in anderen Erdteilen eine gute Stütze findet.

## Berliner Nachrichten.

### Die Lust an der Noheit.

„Um die Weltmeisterschaft,“ nämlich im Bokamp, überschreibt die Wüsteinische „N. Z. am Mittag“ einen langen Sportartikel, den ihr Pariser Spezialkorrespondent im Zeitalter der Humanität verfasst hat. Die Sache selbst spielte als Weihnachtsbelustigung in der Hauptstadt Australiens und bietet in ihrer Art nichts Neues. Ein rickiger Nezer mißt sich mit einem bedeutend schwächeren Weihen im Hauskamp. Trotz der äußeren Ungleichheit des Kampferpaars gilt der sorgfältiger trainierte Weihe als Favorit. Eine ungeheure Menge füllt die auf freiem Felde errichtete Arena. Enorme Wetten sind abgeschlossen worden. Die Polizei hat das Totschlagsschauspiel strukellos erlaubt. Dort drüben wiegt ja ein Menschenleben so leicht wie eine Feder. Wenn nur das Publikum sein Verlangen an der brutalen Schlächerei hat. Und nach dem Bericht der genannten Zeitung ist diese Sucht, Blut zu sehen, auf ihre Rechnung gekommen. Wir sind wahrhaftig nicht immerlich und gerade in Sportlochen, wo Kraft und Gewandtheit entscheiden, an Verböbheiten gewöhnt. Aber was hier mit allen die verrohte Sinnenlust aufpeitschenden Einzelheiten geschildert wird, soll keinesgleichen in der deutschen Presse erst suchen. Den Wüsteinmännern, die ja freilich schon immer in widerlicher Reklame den Vogel abschossen, muß jedes fittliche Gefühl abgehen, daß sie es wagen, dem deutschen Les-

publikum solche verrothende Kost zu bieten. Uns hat es, obwohl wir im Spiel mit Menschenleben täglich starke Proben menschlicher Verrothung kennen lernen, doch geschüttelt, als uns diese grauenhafte Beschreibung der Berliner Mittagszeitung zu Gesicht kam. Wenn jener Korrespondent auf einen Scharfrichterposten reflektierte, würde uns das gar nicht wundern. Vielleicht bewirkt er sich in Rußland um eine entsprechende Staatspründe. Dort kann man solche Leute brauchen, denen es Volksthum macht, in Menschenfleisch zu wühlen.

Was bezweckt die Hochstrafenpresse mit der minutiösen Wiedergabe dieses scheußlichen Geistesprodukts? Will sie Stimmung machen, daß auch bei uns ein „Sport“ eingeführt wird, der an Nord grenzt? In Sidney hat der Weihe dafür, daß er sich von dem Nezer die Knochen zerschlagen und das Gesicht verblümmeln ließ, ein Vermögen erworben. Man spricht von über Hunderttausend Mark. Auch der schwarze Cetan hat für seine Heidentat, die das nicht gerade zartzüchtige australische Publikum in wahre Raserei des Entzückens versetzte, einen Haufen Dollarsnoten in die Tasche gesteckt. Die beiden Ehrenmänner haben also auf alle Fälle ein glänzendes Geschäft gemacht und nicht minder die Veranstalter des Weihnachtsmattes. Sie sind weniger schuldig als die Menge, welche an solchen barbarischen Kampfspielen Gefallen findet, weniger schuldig als die Polizei, welche in ihrer moralischen Rückständigkeit öffentliche Marterung um Eintrittsgeld zuläßt. Wir glauben ja nun nicht, daß sich heute schon eine deutsche Polizei finden würde, die zu ähnlichen Noheiten, bei denen Menschenleben den Einsatz bilden, die Hand bietet. Obwohl auch die deutsche Polizei sich mitunter auf das Bösen ganz ausgezeichnet versteht. Aber es gibt ein deutsches Publikum, das dafür jederzeit zu haben wäre. Insofern fällt die Spekulation der Wüsteinpresse auf fruchtbaren Boden. Unsere vornehmsten Kreise, denen ein Menschenleben aus dem Volke genau wie auf australischer Erde herzlich wenig gilt, würde die Gelegenheit, am modernen Gladiatorenspiel mit Wonne zuzuschauen, mit Gold aufzuwiegen und mit dem befehligen Gefühl zum Diner geben, daß die Schlächtererei, wie die „N. Z. am Mittag“ wörtlich schreibt, ein „sehr schöner, lebhafter Verteidigungskamp“ war. Es ist ja an gewissen Stellen Mode geworden, altertümliche Sitten und Bräuche, die dem Gefühlsvermögen unseres Volkes nimmer zugehen, aus der Verjüngung hervorzuholen, um die erschlafenen Nerven zu kribeln und die Freude am Unmenschlichen zu kribeln. Warum soll es da nicht möglich sein, daß auch jenes abschreckende Bild aus barbarischer Vergangenheit emporsteigt, welches die menschenvernichtende Widmung trägt: Die dem Tode Geweihten grüßen euch!

### Die armen reichen Kinder.

Sie hätten vielfach unterm leeren Weihnachtsbaum sitzen müssen, die Kinder der Herrschaften, und das zuckende, blutende Bourgeoismutterherz habe es mit Schmerz ansehen müssen, wie die armen Lieblinge sich ihre Herzenwünsche hätten verjagen müssen, weil, Mittwoch höre, staune und weine, weil die Eltern der Kinder einen so „ungewöhnlich hohen Beitrag für die Dienstboten hätten zur Seite legen müssen“, wollten sie sich nicht „im Hause und in der Umgebung bekränzt lassen“.

In den Großstädten varriere das Weihnachtsgeheim an die Dienstboten zwischen 50-100 Mark. „Was bleibe da noch für die Kinder?“ So barmt die gottselige „Staatsbürgerzeitung“ in einem Artikel, den sie aus der gesinnungsverwandten „Post“ übernommen hat. Daß das Weihnachtsgeheim als ein Teil des wohlverdienten Lohnes für die meist übermäßig ausgedehnte Arbeitszeit der Hausangestellten gilt, kommt bei den Musterblättern, aus deren Klagen die Sucht zu beten wohl heranklingt, nicht in Betracht. Alle Mittel gelten, wenn sie nur wirken. Obnedies beträgt in Wirklichkeit der Durchschnitt der Weihnachtsgratifikation 25-30 M., und nur in guten Häusern und bei mehrjähriger Dienstzeit erhält ein Mädchen mal ausnahmsweise 100 M.

Die Sechsdreierherrschaften aber, die selbst nichts zu nagen und zu beißen haben, brauchen sich keine Dienstboten zu halten und mögen ihren Dreck selbst aufklauben. Dann sparen sie ihr Geld und ihre armen Kinder brauchen nicht unterm leeren Tannenbaum zu sitzen — der Dienstboten wegen.

Die sozialdemokratische Fraktion der Berliner Stadtverordnetenversammlung hat den folgenden Antrag eingebracht:

Die Versammlung ersucht den Magistrat, die am 17. Februar in Aussicht genommene Arbeitslohnzahlung nach dem System der Hauslisten vornehmen zu lassen.

Dieser Antrag muß auf die Tagesordnung der ersten Sitzung im neuen Jahre gesetzt werden und wird hoffentlich auch zur Verhandlung kommen.

### Die juristische Sprechstunde am Donnerstag, den 31. Dezember (Silvester) fällt aus.

Neujahrsgrüße als Druck- oder Postkarte? Neujahrsgrüße können als Druckstücke mit folgenden Einschränkungen berücksichtigt werden. Auf gedruckten Visitenkarten sowie auf Neujahrs- und Weihnachtskarten kann die Adresse des Absenders und sein Titel handschriftlich hinzugefügt werden. Ferner können gute Wünsche, Glückwünsche, Dankfugungen und andere Höflichkeitserformen handschriftlich beigelegt werden, wenn sie nicht mehr als fünf Worte umfassen oder in den üblichen Anfangsbuchstaben „N. G. z. w.“, „p. f.“ usw. bestehen. Auf allen Druckstücken kann man den Tag der Abfindung, die Unterschrift sowie den Stand und den Wohnort des Absenders oder des Empfängers handschriftlich angeben oder ändern. Druckstücken dürfen 11,1 Zentimeter breit und 18,8 Zentimeter lang sein. Karten von wesentlich anderer als rechteckiger Gestalt, z. B. in Form von Plundern, Moebillarten, Bierseiden, sind zur offenen Verwendung nicht geeignet. Offene gedruckte Karten mit der Bezeichnung „Postkarte“ sind zur Beförderung gegen die Drucksachenlage zulässig, wenn sie sonst den Bedingungen als Druckstücken entsprechen. Dühren, Musikalien, Zeitungen, Zeitschriften, Bildern und Landkarten darf man eine Widmung hinzufügen. Robebilder und Landkarten dürfen ausgemalt werden. Postkarten dürfen in Form, Größe und Papierstärke nicht wesentlich von den amtlichen Formularen abweichen. Die Aufschrift „Postkarte“ brauchen sie nicht mehr zu tragen. Bilderdruck und Aufklebungen auf der Rückseite und auf dem linken Teil der Vorderseite sind insoweit unzulässig, als dadurch die Eigenschaft als offene Postkarte nicht beeinträchtigt wird und die ausgewählten Jettel der ganzen Fläche nach befestigt sind. Warenproben oder ähnliche Gegenstände darf man nicht beifügen.

18 Grad Celsius unter Null. Der Temperatursturz hielt auch am gestrigen Tage an und die Quecksilbersäule fiel, wenn auch langsam, so doch ununterbrochen, bis zu einem Tiefstand von 18 Grad, den das registrierende Thermometer erst am morgen um

8 Uhr verzeichnete. In den Außenbezirken und Vororten werden Temperaturen bis zu 20 Grad Minus gemeldet. Es ist dies die niedrigste Temperatur, die wir seit Jahrzehnten aufzuweisen haben, und eine strengere Kälte ist nur an einzelnen Tagen in den Wintern der siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts beobachtet worden. Der Eiswuchs ist bei dieser Kälte ein ganz enormer. Die ausgedehnten Flächen auf der Havel speeren froren am gestrigen Tage sofort wieder zu und auf der Havel arbeiteten die Eisbrecher beständig, um eine Fahrtrinne für die eingefrorenen Hüllen zu schaffen. In der Nähe der Rathenower Schleuse blieb ein Dampfer im Eise stecken. Die Eisstärke auf den Gewässern in der Umgebung Berlins wurde gestern morgen auf 4 bis 5 Zoll festgestellt.

Ein Opfer des Eisports wurde der 27jährige Handlungsgehilfe Siegfried Haller aus Breslau, der sich besuchsweise bei Verwandten in Berlin aufhält und mit diesen einen Ausflug nach der Oberspreewäldchen unternommen hatte. Die Gesellschaft lief von Friedrichshagen aus auf Schlittschuhen die Spree hinauf bis Jentzen. Haller blieb unterwegs etwas zurück und versuchte sodann seine Verwandten zu überholen. Hierbei geriet er auf eine dünne Stelle, brach ein und verlor sofort unter der Eisdecke. Alle Bemühungen, den Verunglückten zu retten, waren vergeblich; es gelang nicht einmal, die Leiche des jungen Kaufmanns zu bergen.

**Silvesterabend-Verkehr auf der Eisenbahn.** Zur Erleichterung des Verkehrs in der Silvesternacht wird auf den Stadt-, Ring- und Vorortlinien eine größere Zahl von Sonderzügen befördert. Als „letzte Züge“ werden verkehren: ab Friedrichstraße als volle Södringe über Charlottenburg 1.27 und 1.37 nachts, als volle Södringe über Södringen Bahnhof 1.31 und 2.01 nachts, außerdem vom Potsdamer Bahnhof über Södring-Södringen Bahnhof bis Halensee 2.27, bis Charlottenburg 2.57, als volle Södringe über Charlottenburg 12.32 und 1.02, ebenso über Södringen Bahnhof 12.36 und 1.26, außerdem von Westend über den Nordring-Södring Bahnhof bis Westend 1.32, 2.02 und 2.32 nachts; ferner nach Kaulsdorf 1.56, nach Lichterfeld-Friedrichsfelde 2.26, 2.31 und 3.01, nach Trier 1.41 und 2.41, nach Nieder-Södring-Nohannisthal 1.16 und 2.16, nach Grünau 1.46 und 2.46, nach Grunewald 2.42 und 2.49; ab Berlin, Södringer Bahnhof bis Grünau 1.10, bis Södring-Waldhufen 2.15; auf der Wanneseebahn verkehren folgende Sonderzüge: ab Berlin, Wanneseebahn 1.30, 2.10, 2.30, 2.50 und 3.10 bis Zehlendorf, ab Zehlendorf 1.31, 2.01, 2.41, 3.01 und 3.21 vormittags; auf der Groß-Lichterfelder Vorortbahn: ab Berlin, Potsdamer Ringbahnhof 1.25, 2.15 und 2.45, ab Groß-Lichterfeld-Df 1.45, 2.05, 2.35 und 3.05; vom Leichter Bahnhof nach Spandau fährt der letzte Zug 2.20 und von Spandau zurück 3.00 vormittags; auf der Strecke Spandau-Stadtbahn-Strausberg werden folgende Sonderzüge eingeleitet: ab Strausberg 10.20 bis Charlottenburg, von dort nach Spandau 12.42 und 3.30, ab Spandau 1.56, Södringer Bahnhof 2.42, Strausberg ab 3.30 und Spandau ab 2.46 bis Charlottenburg.

**Die Betriebsleitung der Berliner elektrischen Straßenbahn A.-G.** (Siemens & Halske) teilt mit, daß in der Silvesternacht auf den Linien Pantow bzw. Nieder-Södringhausen nach Mittelstraße anstehende an den Hauptplan nach folgende Sonderzüge verkehren: ab Pantow Mittelstraße 12.10, 12.20, 12.50, 1.10, 1.30; ab Nieder-Södringhausen 12.20, 12.40, 1.00, 1.20, 1.40. Ab Mittelstraße, Södringstraße: nach Pantow Mittelstraße 1.00, 1.20, 1.40, 2.00, 2.20; nach Nieder-Södringhausen 1.10, 1.30, 1.50, 2.10, 2.30; nach Franz Buchholz, ab Brinzen-Allee (Södring-Södringstraße) 1.43, Anstich an den Zug 1.20 ab Mittelstraße.

Auf der Linie Behrenstraße-Treptow findet zwischen Behrenstraße und Wiener Brücke bis 1 Uhr 54 Minuten nachts 10 Minuten Verkehrt statt.

#### Zur Genossenschaftsbewegung in Berlin.

Der „Genossenschafts-Pionier“ beschließt mit der Nr. 24 seines 12. Jahrganges nach 12jährigem Bestehen sein Dasein. Das Blatt wurde in einer Auflage von 4000 bis 6000 den Mitgliedern des Berliner Konsumvereins zugestellt. In dem Abschiedswort meint der „Genossenschafts-Pionier“, man habe behauptet, „er habe das Genossenschaftsleben Berlins vergiftet, namentlich durch die Eigenbröckel des Berliner Konsumvereins“, auch habe man ihn „anarchistische Tendenzen besichtigt“. Es erscheint uns eine Debatte darüber, ob die vom „Genossenschafts-Pionier“ behaupteten Missetaten berechtigt waren, überflüssig, weil das Blatt zu existieren aufgehört und damit den besten Schritt getan hat, der aus seinem gesetzmäßigen Wirkungsbereich zu verzeichnen wäre: die Beseitigung des letzten Hemmnisses einer Zentralisierung der genossenschaftlichen Bewegung in Berlin. Einer genossenschaftlichen Bewegung in sozialistischem Sinne sind mit der von uns so oft befürworteten, vor Monaten beschlossenen und nun Wirklichkeit gewordenen Zentralisation des Genossenschaftswesens in Berlin die Wege geebnet. Daß dieser Weg der einzig rationelle ist, um der Genossenschaftsbewegung in Berlin einen größeren Umfang und größere Leistungsfähigkeit zu geben, hat die erfreuliche Zunahme im Mitgliederbestande in den letzten Monaten bewiesen. Gerade in der jetzigen Zeit der furchtbaren Krisis ist der Beitritt zur Genossenschaft für unsere Genossen von erhöhtem Vorteil.

**Auf Grund der Berliner Drohschreibenordnung** war der Drohschreiber Edel in zweiter Instanz zu einer Geldstrafe verurteilt worden. Es wurde angenommen, daß er bewußt Unwage gemacht habe, um einen Fahrgast seinem Ziele zuzuführen. Ferner sollte er die Gebühren namentlich dadurch überhöhen haben, daß er auch für die Fahrt nach der Polizei, die aus Anlaß der unterwogen entstandenen Differenzen verlangt worden war, Geld beanspruchte. Das Kammergericht verwurft die Revision Es. Wenn auch Gebührenüberhebung angenommen worden sei, so läge darin kein Rechtsirrtum. Für eine solche Fahrt nach der Polizei könne der Richter nur Geld verlangen, wenn er im Recht sei. Da der Vorbericht festgestellt habe, daß Anpöckler gewußt hätte, der Fahrgast habe recht, so hätte er ihn zur Polizeiwache fahren müssen, ohne dafür etwas zu beanspruchen.

**Der beständige Stadtrat.** Die Wahl des Abgeordneten Dr. Otto Wiermer zum unbesetzten Stadtrat von Berlin hat die Befähigung des Oberpräsidenten gefunden. Die Einführung des Gewählten in sein neues Amt soll in der ersten Sitzung des neuen Jahres stattfinden.

**Kerstliche Besinnungsschulfeier.** Von einem hiesigen Arzt wird uns geschrieben: „Eine unglaubliche Leistung hat ein Lebensmann in Berlin oder in einem Vorort anstößiger Aeskulapfänger vollbracht. Vor einigen Tagen ging mir ein anonymes Brief folgender Inhalts zu: „Ihr herrlicher Wunsch, Gewerkschaft zu werden, dürfte ein frommer Wunsch, indem der hiesige Magistrat als Aufsichtsbehörde (!) des Gewerkschaftsvereins von der Tatsache ihrer Mitgliedschaft zum sozialdemokratischen Wahlverein des Reichstagswahlkreises benachrichtigt werden wird. Prognose also sehr ungünstig. R. R.“

Das miserabile Deutsch, in dem der Erguß abgefaßt ist, läßt es zwar als unmöglich erscheinen, daß der Verfasser ein Arzt sein könnte, aber der Ausdruck „Prognose“ ist dem Richtigmessigen zu wenig geläufig, als daß er von einem solchen gebraucht werden könnte, und schließlich läßt ja die ganze Tendenz des Schreibens erkennen, daß nur ein Arzt in Frage kommt. Ob der obige Briefschreiber seine Absicht aufzudecken hat, entzieht sich meiner Kenntnis und läßt mich im übrigen herzlich kalt. Jedenfalls ist es interessant, zu sehen, wie der Wahn in dem „idealen“ ärztlichen Beruf seine Orgie feiert und in welchem Maße Terrorismus und jegliches Denunziantentum in den Dienst des Wahnworts gestellt werden. Ich kann zu alledem nur eines bemerken: der Briefschreiber hat es verdient, Ehrenmitglied des Leipziger Kersterverbandes und des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie zu werden!

**Wie die bürgerliche Presse ihre Leser unterrichtet.** Durch zahlreiche bürgerliche Blätter, wie „Staatsbürger-Zeitung“, „Reich“, „Germania“, „Berliner Tageblatt“, „Volkzeitung“, „Morgenpost“ u. a. geht folgende Notiz:

Der Handelsminister, dem das Fach- und Fortbildungsschulwesen unterstellt ist, hat in einem Erlass darauf hingewiesen, daß es vom erzieherischen Standpunkt bedenklich erscheine, die noch in jugendlichem Alter stehenden Schüler für großenteils lediglich aus Minderbegabung bedingte Verhältnisse der polizeilichen oder gerichtlichen Haft zu überliefern, da sie dort verderblichen Einflüssen durch ihre Mitgefangenen ausgesetzt seien und auch leicht für ihr künftiges Leben die Säue vor der Strafanstalt verlieren könnten, die einem ehrliebenden jungen Menschen sonst natürlich ist. Er hat dafür die Einführung von Arrest- oder Sargstrafen für leichtere Fälle der Jugendverhandlungen empfohlen. Die Deputation für das städtische Fach- und Fortbildungsschulwesen hat infolge dieses Erlasses eine entsprechende Aenderung des Ortsstatuts in Aussicht genommen.

Diese vom Magistratsratoffizios verbreitete Notiz ist entgegen dem dieser Tage erschienenen Verwaltungsbericht für das Fach- und Fortbildungsschulwesen. Sie kommt aber sehr post festum. Der Erlass des Handelsministers, von dem hier die Rede ist, datiert vom 5. Dezember 1906 und hat bereits Berücksichtigung gefunden in dem neuen Ortsstatut. Wenn es in der Notiz heißt, daß die Deputation für das städtische Fach- und Fortbildungsschulwesen infolge dieses Erlasses eine entsprechende Aenderung des Ortsstatuts in Aussicht genommen habe, so ist darauf hinzuweisen, daß diese Absicht bereits in dem Ende April von der Stadtverordnetenversammlung beschlossenen neuen Ortsstatut ihre Verwirklichung gefunden hat. Durch die Fassung der obigen Notiz werden die Leser der genannten Zeitungen in den Glauben verführt, als handele es sich um etwas ganz Neues. Was natürlich grundfalsch ist! Ähnliche falsche und schief Nachrichten gerade über Vorgänge im kommunalen Leben Berlins finden wir sehr häufig in den bürgerlichen Zeitungen und man kann es deshalb begreifen, wenn bei der vorjährigen Beratung des städtischen Etats im Etatsauschuß ein freisinniger hausagrarischer Stadtverordneter — wenn auch mit Bedauern — rund und nett erklärte: Wenn man sich über kommunalpolitische Vorgänge Berlins richtig und gewissenhaft informieren wolle, gäbe es in Berlin nur ein Blatt und dieses Blatt sei der „Vorwärts“. Was wir hiermit, ohne uns zu loben, registrieren wollen.

#### Kinderbesprechung.

Ein hübsches Weihnachtsfest für die Kleinen mit anschließender Besprechung fand am Montagabend unter der rührigen Leitung des Frauen- und Mädchenbildungsvereins in den „Klubfäden“ in der Kommandantenstraße statt. Zahlreich waren die Eltern mit ihren Kindern, die mit Ungeduld den Tag erwartet hatten, erschienen. Märchenvorlesung und gesungene Vorträge wechselten mit musikalischen Darbietungen und Aufzügen von Gedichten ab. Für Rezitationen und Märchenvorlesung war Fräulein Käthe Kuffel, als treffliche Feine-Rezitatorin in Berliner Södring-Kreis wohlgeachtet, gewonnen worden. Fräulein Käuffel gelang es, in ihren glücklich gewählten und mit zartem Empfinden wiedergegebenen Märchen und Erzählungen sich ganz dem Verständnis und der Vorstellungswelt der Kleinen anzupassen, die mit glühenden Blicken lauschten, anzupassen und auch das rechte Interesse der Erwachsenen zu gewinnen. Die Erzählung von der „Stoppnadel“ und das prächtige, ewig neue Märchen von „Schneewittchen“ gefielen besonders gut.

Als vielversprechendes Talent überraschte Fräulein Erna Schneider-Zucht mit ihren gesungenen Darbietungen, und das wohlklingende Organ im Verein mit der natürlichen Frische und der warmen Kraft des Vortrages vermagte selbst unter den äußerst ungünstigen akustischen Verhältnissen des Raumes bei den anwesenden Erwachsenen eine tiefe Wirkung und reichen Applaus auszulösen.

Große allseitige Anerkennung fand ein lebendes Bild: „Schneewittchen mit den 7 Zwergen“, von Kindern dargestellt und sehr lieblich arrangiert.

Nachdem noch das kleine Mädchen einer Genossin ein von dieser verfaßtes Weihnachtsgedicht recht wirkungsvoll vorgetragen hatte, fand die Besprechung der Kinder und der Jugendabteilung statt, woran sich noch eine Verlosung schloß.

Nach ein Stündchen beauftragten die Kleinen das Feld, dann kam die erwachsene Jugend zwischen 18 und 60 zu ihrem Rechte und schwang noch den munteren Weisen das Langbein, bis die vorgerückte Abendstunde dem genuehreichen Feste ein Ende gab.

**Aus der Klinik für Unfallverletzte, die sich im Hause Mariannenuser 2 befindet und mit der Unfallstation III verbunden ist,** hatten wir über Zustände berichtet (in Nr. 300), die von dort untergebrachten Patienten und Patientinnen als ungebührlich empfunden worden waren. Das Kuratorium der Unfallstation lehnte die Verantwortung ab und verwies darauf (in Nr. 301), daß die Klinik — die, nebenbei bemerkt, mit der Unfallstation eine und dieselbe Wohnung teilt — Privateigentum der Ärzte Dr. Stabel und Dr. Joseph sei. Nunmehr haben auch diese beiden Herren sich gemeldet und uns einen langen Brief übersandt, dessen Abdruck aus Grund des Rechtsgesetzes sie fordern, obwohl er nicht im entferntesten den Vorschriften des Verhelfes entspricht. Dr. Stabel und Dr. Joseph wollen es für ausgeschlossen, daß wir — gegen ihre persönlich eine feindliche Gesinnung haben könnten. Das ist sehr richtig vermutet. Wir kennen die Herren überhaupt nicht, und sie selber sind uns sehr geschwellig. Aber nicht gleichgültig ist uns ihre Klinik, in der von Vermögenslosen Arbeiter und Arbeiterinnen mit Unfallverletzungen untergebracht werden. Dr. St. und Dr. J. teilen uns mit, daß sie keinen Patienten haben ermitteln können, der zu unserem Anstalt in irgendeiner Beziehung steht. Daraus ziehen sie dann den Schluß, daß wir nicht durch Patienten ihrer Klinik, sondern — sie deuten das ziemlich undeutlich an — durch einen Bewohner des Hauses Mariannenuser 2 informiert worden seien. Diese Annahme der beiden Herren ist — mit Verlaub — eine Rederei. Aus der Klinik selber waren Klagen an uns gelangt, und bei den angelegten Ermittlungen sind wir durch eine mehr als ausreichende Zahl Patienten und Patientinnen informiert worden. Die Denunziationen, die gegen die Klinik von dem in demselben Hause wohnenden Gattin in Respektinstimmung mit dem Besitzer des Hauses, so schreiben die Herren Dr. St. und Dr. J., bei der Polizei eingereicht worden sein sollen, um ihnen den weiteren Aufenthalt in dem Hause zu verleben, gehen uns nichts an. Dr. St. und Dr. J. haben hervor, die Behörde habe darauhin vor einigen Wochen eine Revision abgehalten, bei der alle Punkte der Denunziation sich als gegenstandslos erwiesen. Auch seien bisher niemals, trotz regelmäßiger Kontrolle durch die Behörde, irgendwelche Missetaten gerügt worden. Das ist allerdings sehr interessant. Die Zuschrift nennt es dann eine „objektive Unrichtigkeit“, daß man in den Hauptkorridoren die Hand nicht vor den Augen sehen kann. Eine objektive Unrichtigkeit ist die Unterstellung, daß das im „Vorwärts“ gesagt worden sei. Im „Vorwärts“ war gesagt worden, daß man auf dem Korridor des unteren Stockwerks „Inapp die Hand vor Augen sehen kann, wenn alle Türen geschlossen sind“. Wer „beachtigen“ will, muß mindestens aufmerksam lesen und wortgetreuer zitieren. Lediglich das untere Stockwerk hatten wir geschildert. Daraus ist es überflüssig, daß die Zuschrift erzählt, die ganze Klinik habe 4 Klosetts und 2 Wabmanne. Für das untere Stockwerk stellen nur 2 Klosetts und 1 Wabmanne zur Verfügung. Daß die Patienten, Männer wie Frauen, nur das eine Klosett benutzen können, weil ihnen das andere als für das Benehmen reserviert gilt, bestreitet die Zuschrift nicht. Dieses Bene-

ist, wie wir berichteten, in dem für Männer und für Frauen bestimmten Badraum untergebracht und wird von der Wabmanne nur durch eine etwas über mannshohe Bretterwand getrennt. Hierzu schreiben die Herren Dr. St. und Dr. J.: „Es ist bei uns Verfassung, daß das Badzimmer bei Benutzung von den Badenden, bezw. dem Pflegepersonal von innen verschlossen wird, so daß eine Befähigung des Badenden ausgeschlossen ist. Wenn hierdurch das hinter dem Badraum befindliche Klosett unzugänglich ist, stehen dem Arzt und dem Personal noch drei Klosetts zur Verfügung, so daß dadurch keine Verlegenheit entstehen kann.“ Dahinter steht dann noch ein Satz, der nachträglich durchgestrichen wurde, weil die Briefschreiber seine Veröffentlichung nicht wünschten. Er lautet: „Wenn der Arzt, wie Sie erwähnen, den Raum betreten hat, während jemand badet, so ist dies nur dadurch möglich gewesen, daß diejenige Person, welche badet, die Vorhänge, den Raum abzuschließen, außer Acht gelassen hat.“ Also: der Arzt ist schuldlos. Wir wollen hier noch einmal feststellen, daß der badende „Jemand“ eine Frau war. Was ist übrigens der Arzt, als er diesen „Jemand“ bemerkte? Verließ er sofort den Raum? Der Brief sagt hierüber nichts. Dr. St. und Dr. J. schließen: „Was unseren Assistenten, Herrn Dr. Penze, betrifft, so fühlt sich derselbe durch die Form, in welcher sein Verhalten gegenüber weiblichen Patienten in Ihrer Zeitung dargestellt wird, sehr beleidigt. Nach seiner Meinung hat er sich niemals etwas zuschulden kommen lassen, was gerechtfertigt, ihn in dieser Weise öffentlich bloßzustellen. Er ist deshalb zu unserem Bedauern genötigt, zur Klarstellung gegen die verantwortliche Redaktion Ihres Blattes Strafantrag zu stellen.“ Herr Dr. Penze fühlt sich schon dadurch beleidigt, daß wir sagten, von einer badenden Frau sei sein Erscheinen in dem Badraum als sehr überflüssig empfunden worden und seine gemüllte Art, sich zu geben, dürfte der einen und der anderen der Patientinnen doch ein bißchen zu ungewollt. Er will eine Klarstellung herbeiführen durch eine Gerichtsverhandlung, in der unsere Zeugnissen ihm gegenübergestellt werden. Die Herren Dr. St. und Dr. J. bedauern das. Wir nicht.

**Bei einem Brande erstickt.** Ein Brandunglück hat sich gestern früh in der Dresdener Straße 57 zugetragen. Bei der Familie Kunze wohnte dort seit längerer Zeit im vierten Stock des Vorderhauses der 27jährige Reisende Rudolf Berich. Der junge Mann erkrankte sich vorgerien am Abend um 7 Uhr aus seinem Zimmer und legte erst nach Mitternacht nach Hause zurück. Niemand hat sich dann um ihn gekümmert, bis gegen 6 Uhr früh sich plötzlich ein starker Brandgeruch bemerkbar machte. Als man die Stubentür zu dem Zimmer des Berich öffnete, stellte sich heraus, daß das ganze Zimmer total erqualmt war. Die sofort alarmierte Feuerwehr drang in den Raum ein und sorgte für den schleunigen Abzug des Raumes. Nachdem sich dieser einigermaßen verzogen hatte, fand man den Reisenden auf dem Erdboden leblos vor. Feuerwehrmännchen trugen den Verunglückten ins Freie und stellten sofort Wiederbelebungsvoruche an. Leider waren aber alle Bemühungen umsonst. Berich hatte schon den Erstickenstod erlitten. Die Leiche wurde nach dem Krankenhause Bethanien geschafft. Der Wohnungsbrand, der Möbel, Decken, Betten und den Fußboden ergriffen hatte, konnte bald abgelöscht werden. Das Feuer hätte bald noch ein zweites Opfer fordern können. In dem zweiten Vorderzimmer, das ebenfalls ausgebrannt ist, wohnte der 27jährige Reisende Walter Blumenthal, der sich während der Feiertage bei seinen Eltern in Södring gehalten hatte und zum Glück erst kurz nach Ausbruch des Feuers nach der Dresdener Straße zurückgekehrt war.

**Zu dem unangeführten Todesfall an der Fischerbrücke** wird mitgeteilt, daß die Leiche der Helene Agelwolska gestern nachmittag obduziert wurde. Der Berliner Kanak, auf den der verdächtige Schneider Hoesle sich beruft, ist noch nicht ermittelt. In Friedebau, wo er wohnen sollte, ist er ebenso wenig zu finden wie bei den Kontrollen. Ein Kaiser, der unter Hoesle in einem Raume mit allerhand Gerümpel hausete, befindet, daß der Schneider keine Gefährde wiederholt anzubringen hat. Ein Kaiser, der früher bei Hoesle wohnte, ist unbekannt verzogen und nicht zu ermitteln.

Eine weitere Nachricht besagt: Aus der Haft entlassen wurde der Schneider Julius Hoesle von der Fischerbrücke 3. Die Obduktion der Leiche der Helene Agelwolska, die gestern nachmittag vorgenommen wurde, ergab keinerlei Anhalt für ein Verbrechen. Das Mädchen ist vielmehr an einer Lungentzündung gestorben.

**Brandstiftungen und kein Ende.** Während der verflochtenen Feiertage sind in Berlin mehrfach Brandstiftungen von der Feuerwehr festgestellt und Personen unter dem Verdacht der Brandstiftung festgenommen worden. Gestern konnte schon wieder eine vorsätzliche Brandstiftung konstatiert werden. Auf dem Boden des Hauses Neue Friedrichstr. 70 (Ecke Klosterstraße) brannten abends ein Strohsack und anderes, das mit Petroleum befüllt und dann angezündet worden war. Die Feuerwehr war aber so schnell zur Stelle, daß es möglich wurde, den Brand auf seinen Heerd zu beschränken. Von dem Täter selbst noch jede Spur. Etwas später kam in der städtischen Gemeindeschule Greifenhagener Straße 78/82 Feuer auf, das schnell um sich griff. In dieser Gemeindeschule ist die 249. Mädchen- und die 261. Knabenschule untergebracht; sie wird nur von einem Schutzbewohner bewohnt. Dieser bemerkte die Gefahr erst, als die Flammen aus den Fenstern schlugen. Oben war auch noch nicht ermittelter Ursache der Fußboden in großer Ausdehnung in Brand geraten, so daß die Feuerwehr mit mehreren Schlauchleitungen kräftig Wasser geben mußte, um des Feuers Herr zu werden. Der Schaden ist bedeutend. In der Langenstr. 43 mußte ein größerer Kellerbrand gelöscht werden, der bei Anbruch der Feuerwehr schon eine geraume Ausdehnung erlangt hatte. Wegen eines Schaulustverbrandes erfolgte ein Alarm nach der Rosenhaler Straße 48 und wegen eines Tischlerverbrandes nach der Oranienstr. 9. Zwei Küchenbrände mußten fast gleichzeitig in der Oranienstr. 80 und Linienstr. 131 gelöscht werden. In der Klosterstr. 26 (Ecke Königsstraße) brannten Fußboden und anderes, und gleichzeitig Kopenstr. 27 Gordinen und Möbel. Außerdem liefen noch Feuermeldungen aus der Bendlerstr. 17, Neuen Königsstraße 48 und anderen Stellen ein. In der Deutsch-Krone-Straße Nr. 7 ist der Händler J. Rathe und seine Ehefrau festgenommen worden, nachdem abends in Abwesenheit der Eheleute in der Wohnung Feuer ausgekommen war, das auf vorsätzliche Brandstiftung zurückgeführt wird. Die Kinder wurden von Verwandten aufgenommen.

## Vorort-Nachrichten.

### Rigdorf.

Ein Baumfall ereignete sich am 23. Dezember auf einem Renobau in der Seilerpromenade. Der auf dem Bau als Wasserträger beschäftigte Arbeiter Wilhelm Heidemann, Steinmeyer, 63 wohnhaft, fiel, als er mit Abmachen der Richtschnur beauftragt wurde, aus der Höhe des zweiten Stockes herab und erlitt schwere Verletzungen. Wie uns mitgeteilt wird, fehlt auf diesem Bau, der von Arbeitermaurern ausgeführt wird, an der ersten Etage die Schutzvorrichtung, sonst hätte der Unfall nicht so folgenschwer sein können. Als der Polizei auf diesen Mangel aufmerksam gemacht wurde, soll er betont haben, daß eine Schutzvorrichtung nicht nötig sei. Uns wird indes berichtet, daß im Hofe Materialien gelegen haben und schon deshalb ist nach baupolizeilicher Vorschrift eine Schutzvorrichtung anzubringen.

Dieser Fall beweist wieder einmal, wie sehr oft die Eifer vorurteilen außer acht gelassen werden.

Um mit seinem Vater, dem Wahlrechtskassenführer Herr Rabwig nicht verwechselt zu werden, bittet uns f. Rabwig jun., Rigardenhändler, Prinz-Handberg-Straße 1 wohnhaft, mitzuteilen, daß er nicht Stadtverordneter ist.

sein Vater, der Fabrikant Herr Karl Rohmig sen., Prings-  
handlery-Straße 16 I wohnhaft. Wir kommen diesem Erbsuchen  
um so eher nach, als wir es verstehen können, wie unangenehm eine  
derartige Verweigerung empfunden werden kann. Für Herrn  
Rohmig sen. ist es allerdings wenig schmeichelhaft, wenn selbst sein  
Sohn schon von ihm abdrückt.

### Stralau.

**Zum Küstler-Ladenschluß.** Die in den letzten Tagen vor-  
genommene Abstimmung für den Küstler-Ladenschluß ergab ein  
günstiges Resultat. Von 58 Ladeninhabern stimmten 49 für und  
9 gegen den Küstler-Ladenschluß. Hoffentlich gelangt derselbe nun  
bald zur Einführung. Dadurch wäre zugleich das unangenehme  
Verhältnis am Marktgröndamm beseitigt, wo die Geschäfte der  
Berliner Seite um 8 Uhr geschlossen werden, während auf der  
Stralauer Seite erst um 9 Uhr Geschäftsfluß ist.

### Ober-Schöneeweide.

**Sezuelle Aufklärung in der Fortbildungsschule.** Das Kuratorium  
der Pflichtortbildungsschule hat bei Feststellung des nächstjährigen  
Etat für die Schule beschlossen, der Gemeindevertretung folgendes  
zur Beschlußfassung zu empfehlen: Halbjährlich für abgehende  
Schüler durch einen Arzt einen Vortrag halten zu lassen, welcher für  
die Schüler eine sezuelle Aufklärung darstellen soll. Ferner durch  
eine auf dem Gebiete erfahrene Person wöchentlich eine Stunde Ge-  
werbedidaktische und Arbeiterversicherung lesen zu lassen, und zwar für  
die drei oberen Klassen. Die benötigte Unterrichtsstunde soll dem  
Deutschunterricht entzogen werden.

### Steglitz.

Die Gewerkschaftskommission für Steglitz und Umgegend nahm  
in ihrer letzten Sitzung die Wahl des Vorstandes vor. Es wurden  
gewählt als erster Vorsitzender Richard Hagen, Friedenau, Aldein-  
straße 10; als Kassierer Heinrich Böhm, Friedenau, Kirchstr. 8;  
als Schriftführer Henke-Steglitz, Jüngermaunstr. 28. Die Wahl  
der Revisoren wurde bis zur nächsten Sitzung vertagt. Die  
Sitzungen sollen in Zukunft regelmäßig am letzten Montag im  
Monat stattfinden. Da Friedenau über 20.000 Einwohner zählt, so  
wurde der Vorsitzende beauftragt, beim Gemeindevorstand von  
Friedenau die Einführung eines Gewerbegerichts zu beantragen. Un-  
entschieden bleibt die Delegation der Tuchhändler, Dachbeder,  
Steinseger, Schuhmacher und Zimmerer.

### Alt-Glienide.

Eine von etwa 350 Personen besuchte Volkerversammlung be-  
schäftigte sich am Sonntag im Lokal von Troppens mit der Frage  
der Erhebung von Schulkassen, welche Alt-Glienide von den Nachbar-  
gemeinden glaubt fordern zu können. Durch das Bestreben Alt-  
Glienides, die Gemeinde Ober-Schöneeweide zu den Schulkassen  
beranzugleichen, ist den Arbeitern am Ort die Erlangung von Ver-  
schäftigung in Ober-Schöneeweide erheblich erschwert worden. Das  
Kleinerat über diese für die Arbeiterklasse höchst wichtige Frage hielt  
Genosse Bruno v. Ober-Schöneeweide, Weidner geleit treffend,  
wie durch diese verfehlte Gemeindepolitik in erster Linie die  
arbeitende Bevölkerung geschädigt wird. Zur Diskussion meldete  
sich der bürgerliche Gemeindevorsteher Dr. Herbrandt, welcher  
sich mit den Ausführungen des Kleinerates einverstanden erklärte  
und mitteilte, daß der Antrag der Gemeindevertretung zwecks Heran-  
ziehung der Gemeinde Ober-Schöneeweide zu den Schulkassen in der  
letzten Gemeindevorsteherung zurückgezogen worden sei. Genosse  
Dürre betonte, daß es jetzt schon vorgelommen sei, daß in  
Glienide wohnende Arbeiter, welche sich bei der A. E. B. in Ober-  
Schöneeweide um Arbeit bemüht hätten, abgewiesen worden seien,  
weil Ober-Schöneeweide zu den örtlichen Schulkassen nicht zahlen  
wolle.

### Weißensee.

Ein schreckliches Brandunglück ereignete sich vorgestern in der  
Langhandstraße 114. Dort kam das 1 1/2 jährige Töchterchen des  
Schmiedemeisters Karl Zeh dem Ofenfeuer zu nahe, so daß die  
Kleider des Kindes in Brand gerieten. Auf das Geschrei des  
Kindes eilten die Eltern herbei und fanden die Kleine mit schweren  
Brandwunden vor. Noch ehe dann ärztliche Hilfe zur Stelle war,  
verstarb das Kind.

### Röntgenal (bei Zepernick).

Feuerlärm ertönte in der Nacht vom 27. zum 28. Dezember in  
unserem Orte. Es brannte ein von der Berliner Städtischen Gas-  
anstalt in der Bärowaldstraße errichteter Schuppen, welcher zur Auf-  
bewahrung von Materialien usw. dient, vollständig nieder. Der  
Wächter war gerade auf seinem Rundgange mit den Lampen, welche  
sich bei den teilweise freiliegenden Materialien befinden, beschäftigt,  
als der Schuppen in Flammen aufging. Entzündungsurache war ein  
offener Kohleofen, welcher im Innern des Schuppens brannte und  
die leicht entzündbaren Materialien in Brand setzte. Trotzdem von  
dem Feuermelder genügend Feuerlärm gelaufen wurde, zeigten sich

jedoch von den nächstliegenden Ortschaften keine Feuerwehren. Be-  
merkt sei noch, daß sich am Orte selbst keine Feuerwehre befindet und  
es gerade diesem Umstand zuzuschreiben ist, daß der Schuppen voll-  
ständig ein Raub der Flammen wurde.

### Vermischtes.

**Großfeuer in Dautzen.** Nach einer Meldung aus Dautzen brach  
gestern vormittag in der dortigen Waggon- und Maschinenfabrik  
Aktiengesellschaft vornehmlich durch ein Schadenfeuer aus, welches die  
Stellmacherei, Tischlerei und die Holzbearbeitungswerkstätten in  
Wärme legte. Mehrere Arbeiter und Feuerwehrlente erlitten Ver-  
letzungen; ein Wehrmann mußte schwerverletzt in das Krankenhaus  
geschafft werden. Der Betrieb wird aufrechterhalten, auch Arbeiter-  
entlassungen finden nicht statt.

**Entgleist.** Aus Freiberg i. S. wird vom gestrigen Tage ge-  
meldet: Heute morgen bei der vierten Stunde entgleiste der Güter-  
zug 7091 nach Dresden bei der Kilometerstation 118. Mehrere  
Wagen wurden zertrümmert. Drei Hauptgleise sind gesperrt. Der  
Verkehrverkehr wird durch Umsteigen aufrechterhalten. Verletzt  
wurde niemand.

**Der Groß-Elbe-See.** 29. Dezember. Der Elbe-See-Kanal  
ist seit heute durch Eis gesperrt. — Paris, 29. Dezember. Hier  
herrscht seit mittag ungewöhnlich heftiger Schneefall und große Kälte.

**Stürme und Hochwasser in Nordspanien.** Ein Telegramm aus  
San Sebastian besagt: Seit Sonntag haben heftige Stürme in  
den Provinzen Nordspaniens beträchtlichen Schaden angerichtet. In  
Bilbao sind ganze Stadtviertel überflutet. Mehrere Häuser  
wurden zerstört. Die Flüsse sind über die Ufer getreten, die Schiff-  
fahrt an der kantabrischen Küste ist unterbrochen.

**Kantischer Marktbericht der städtischen Marktbaue-Direktion über  
den Großhandel in den Central-Markthallen.** Markttag: Fleisch:  
Jahres genügend, Geschäft ruhig, Preise unverändert. Wild: Jahress  
genügend, Geschäft sehr reger, Preise gut. Geflügel: Jahress  
genügend, Geschäft lebhaft, Preise gut. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise  
unverändert. Gemüse, Obst und Süßfrüchte: Jahress: mäßig,  
Geschäft in Gemüse lebhaft, sonst still, Preise behauptet.

Für den Inhalt der Inserate  
übernimmt die Redaktion dem  
Publikum gegenüber keinerlei  
Verantwortung.

### Theater.

**Mittwoch, 30. Dezember.**  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Königliches Opernhaus.** Der  
Königliche Hofball.  
**Königl. Schauspielhaus.** Die  
Jungfrau von Orléans.  
**Deutsches. Revolution in Sträu-  
mühl.**  
Nachmittags 3 1/2 Uhr: Trenchin  
und Bamberheld.  
**Kammertheater.** Der Arzt  
am Scheidewege. (Anf. 8 Uhr.)  
Anfang 8 Uhr.  
**Veiling. Baumwälder Solnek.**  
**Schiller. Herodes und Marianne.**  
**Neues Schauspielhaus.** Rabagas.  
Nachmittags 3 Uhr: Synec-  
doch.  
**Henes. Israel.**  
**Kleines. Moral.**  
**Königliche Oper. Jaga.**  
**Hebbel. Thummelumsen.**  
**Residenz. Kammere dich um Amelie.**  
**Schiller. Die Räuber.**  
**Herr Ministerialdirektor.**  
**Der Charakterist.**  
**Die Familienfeier.**  
**Friedrich-Wilhelmstädt. Madame  
Bonivard.**  
**Wochen. Der tapfere Soldat.**  
Nachmittags 4 Uhr: Dornröschen.  
**Thalia. Wein Leopold.**  
Nachmittags 4 Uhr: Händel und  
Ortel.  
**Luisen. Die Kinder des Kapitan  
Grant.**  
**Bernhard Rose. Die Gezer-  
Balken.**  
**Wilhelm-Theater. Die Schöpfung.**  
von G. G. G. Die glücklichste Zeit.  
**Zeisen. Der Satyr.**  
**Neues Operetten-Theater SW.  
Havana.** Anfang 8 1/2 Uhr.  
**Gastspiel-Theater.** Drahtlose  
Telegraphie.  
**Zel Grabbe.** Anfang 8 1/2 Uhr.  
**Bürgerl. Schauspielhaus. Minna  
von Barnhelm.** (Anf. 8 1/2 Uhr.)  
**Gebrüder Herrnfeld. Die beiden  
Bindelbands.**  
**Hypatia. Rigi Glt. Siegmund  
Gentes.**  
**Metropol. Donnerwetter — tabel-  
los.**  
**Wintergarten. Spezialitäten.**  
**Wagner. Spezialitäten.**  
**Kaffee. Die Diamantäder. Spezia-  
litäten.**  
**Reichs-Alten. Stettiner Sänger-  
Verein.** Spezialitäten.  
**Volles Caprice. Serous Vichetua.**  
Lustige Ohemann.  
**Gottlieb Wehrmann. Der Obersteiger.**  
Spezialitäten.  
**Carl Hubertus. Spezialitäten.**  
**Parodie. 2x3=7. Die Hunderlöcher.**  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
**Urania. Taubentröße 48/49.**  
Nachmittags 4 Uhr: An den Seen  
Oberitaliens.  
Abends 8 Uhr: Am Golf von Neapel.  
**Sternwarte. Spandauerstr. 57/58.**

### Theater des Westens.

Abend 8 Uhr:  
**Der tapfere Soldat.**  
Mittwoch und Sonnabend nachm.  
4 Uhr keine Preise: Dornröschen.  
**Friedrich-Wilhelmstädtisches  
Schauspielhaus.**  
Mittwoch, 30. Dez., Anfang 8 Uhr:  
**Madame Bonivard.**  
Donnerstag: Madame Bonivard.  
Freitag nachm. 3 Uhr: Madame  
Sans-Gêne. Abends 8 Uhr: Hussar-  
lieber.

### Berliner Theater.

Heute 8 Uhr:  
**Herodes und Marianne.**  
Morgen 7 Uhr: Elser von unsers  
Lauf.

### Residenz-Theater.

— Direction: Richard Alexander. —  
Abends 8 Uhr:  
**„Kammere dich um Amelie.“**  
Schwan in drei Akten (vier Bildern)  
von Georges Feydeau.  
Freitag, 1. Jan., nachm. 3 Uhr:  
Gang der Waga.  
Sonntag, 3. Jan., nachm. 3 Uhr:  
Gaben Sie nicht zu verkaufen?

### Gastspiel-Theater

Köpenicker Straße 68. 6 1/2 Uhr:  
Gastspiel Fr. Hedwig Lange:

### Drahtlose Telegraphie.

### Luisen-Theater.

Abends 8 Uhr:  
**Die Kinder des Kapitan Grant.**  
Donnerstag: Große Silvesterfeier,  
Theater, Konzert, Ball. Einheits-  
licher Preis 75 Pf.  
Freitag nachm. 3 Uhr: Der Sonnen-  
menschen. Abends: Die Kinder des  
Kapitan Grant.

### Rixdorfer Theater

Bergstraße 147.  
Freitag (Neujahrstag), 31. Januar:  
**Der Weg zum Heiden.**  
Aufspiel in 4 Akten v. A. Arronge.  
Anfang 7 1/2 Uhr.

### BERNHARD ROSE THEATER

Dr. Kraussfurter Str. 192  
Abends 8 Uhr:  
**Die Gezer-Wally.**  
Schauspiel in 5 Akten von Wilhelm  
v. Hilbert.  
Wochentagspreise.

### Bürgerliches Schauspielhaus

Kassanien-Allee 7-9  
**Minna von Barnhelm.**  
Aufspiel in 5 Akten von Lessing.  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
Abend: Morgen keine Vorstellung  
sondern: Große Silvesterfeier in  
den Räumen des Berliner Vater-  
Theaters.

### Huhmanns Theater

(früher Hebbel, Abn. J. Leschkowski).  
**Schönhauser Allee 148.**  
Morgen Donnerstag im vollständig  
renovierten Saal:  
**Große Silvesterfeier.**  
Besondere Veranstaltung, Solonade, Vor-  
stellung, Begrüßung des neuen Jahres.  
Anfang 8 Uhr. Ende 9

### Schiller-Theater.

O. (Wallner-Theater.)  
Mittwoch, abends 8 Uhr:  
**Der Herr Ministerialdirektor.**  
Aufspiel in 3 Akten von Alexandre  
Wilson und Jodice Garré.  
Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr:  
Zum 1. Male: Charleys Tante.  
Freitag nachm. 3 Uhr:  
Wilhelm Tell.  
Freitag, abends 8 1/2 Uhr:  
Charleys Tante.  
Schiller-Theater Charlottenburg.  
Mittwoch, abends 8 Uhr:  
**Der Familientag.**  
Aufspiel in 3 Akten v. Gustav Adelsburg.  
Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr:  
Zum 1. Male:  
Komtesse Guckerl.  
Freitag nachm. 3 Uhr:  
Web' dem, der lügt.  
Freitag, abends 8 1/2 Uhr:  
Komtesse Guckerl.

### Zirkus Schumann.

Heute Mittwoch, den 30. Dezember, abends präzis 7 1/2 Uhr:  
**Grande Soirée equestre. Elite-Programm u. um 6 Uhr:**  
der beste vierbeinige Bicycle-Künstler. Ein Wunder  
**Paet, der Natur.** Um 9 1/2 Uhr: Das größte und  
glänzendste Pracht-Manege-Schauspiel  
**Golo, der Seeräuber u. Mädchenhändler.**  
U. a.: Höchster Triumph der Technik. Abaturz  
eines Pferdes mit  
höchsten Spitze d. Berges.  
Achtung! Freitag, den 1. Januar 1909: 2 Vorstellungen.  
in beiden Vorstellungen: Golo. Nachm. ein Kind frei.

**WINTERGARTEN**  
Donnerstag,  
den 31. Dezember 1908  
**Silvester-Vorstellung**  
und Feier  
Anfang 8 Uhr. Das riesenprogramm mit Otto  
Reutter u. d. 10 Sternen am Dezember-  
Himmel. Gastspiel des Neuen Operetten-  
Theaters (Direktion Viktor Palf).  
II. Akt der Operette  
**Die Dollarprinzessin.**  
Musik von Leo Fall.  
**Militär-Konzert**  
ausgeführt von der Kapelle des Kais.-Alexand.-  
Garde-Grenadier-Regts. No. 1 unter persönlicher  
Leitung des Stabschobisten Neumann.  
Der Vorverkauf findet statt: an der Theater-  
kasse vormittags 9 1/2 Uhr den ganzen Tag, in  
den Warenhäusern A. Wertheim, Leipziger  
Str. 132, Rosenthaler Str. 29, Oranienstr. 53 und  
deren Biletverkauf-Filialen: Kantstraße 3,  
Schiefelhorst 4, Rathenower Str. 3, Blücher-  
platz 4 u. Schöneberg, Hauptstr. 1 u. Invaliden-  
bank, Unter den Linden 34.

**Grand-Hotel-Festsäle**  
Am Alexanderplatz. — B. Jehmlich.  
Jeden Sonntag und Dienstag: [2162]  
**Hamburger Sänger.**  
Anfang Sonntags 6 1/2 Uhr, wochentags 8 Uhr.  
Vorzugskarten haben wochentags Galtigkeit.

### Metropol-Theater

Täglich 8 Uhr  
Donnerwetter — tabellos.  
Revue in 10 Bildern v. Jul. Freund.  
Musik von Paul Lincke. Regie  
Direktor Schults.  
Freitag, den 1. u. Sonntag, 3. Januar,  
nachmittags 3 Uhr:  
Durchlaucht Radischesen.  
Donnerstag, den 31. Dezember:  
**Große Silvesterfeier.**

XIV. Saison!  
**Zirkus Busch.**  
Mittwoch, den 30. Dezember,  
abends präzis 7 1/2 Uhr:  
**Gala-Vorstellung.**  
Um 9 Uhr: Das Moto-Baby!  
ca.: Um 9 1/2 Uhr:  
**Barbarossa!**  
Besonders hervorzuheben: Das  
große Turnier und die Fechter-  
produktionen zu Fuß u. zu Pferd.  
Freitag, den 1. Januar 1909:  
2 Gr. außerordentliche  
Gala-Vorstellungen.  
4 u. 7 1/2 Uhr: In beiden Vorstell.:  
Barbarossa.

**Passage-Theater.**  
**Bozena Bradsky**  
und das kolossale  
Dezember-Programm.  
Donnerstag, den 31. Dezember:  
**Berlins größte  
Silvesterfeier mit Ball**  
der für diese eine Nacht  
vereintigt. Etablissements  
**Passage-Theater  
Linden-Kabarett  
Bier-Kabarett**  
Eintrittspreis 5 M.  
Näheres die Plakate.

**Passage-Panoptikum.**  
**Volkstage!**  
Jeder Erwachsene ein Kind frei!  
Jedes Kind erhält ein Geschenk!  
Geschenke im Werte von über  
1000 Mark. Darunter Einzel-  
geschenke von 20 Mark.  
Ein Stündchen  
im Himmelreich.  
Die singenden Engelsknechten.  
Lebend: Das Bärenweib.  
Alles ohne Extra-Entree!

**W. Noacks Theater**  
Direction Ad. Oll. Baumstr. 16.  
**Schloß Greifenstein**  
oder: Der Sammetstuh.  
Anfang 8 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.  
Freitag, 1. Januar: Gewonnene  
Götzen.

**WINTERGARTEN**  
765  
Letzte Vorstellungen!  
**OTTO REUTER**  
u. die auserlesenen Kunstkräfte.  
Anfang 8 Uhr.  
Entree 1 M. Reserv. Platz 2 M.  
einschließl. Garderobe u. Progr.

**Folies Caprice.**  
Türschlagender Erfolg!  
**Ein lediger Ehemann.**  
Anfang 8 1/2 Uhr.

**Urania.**  
Wissenschaftliches Theater  
Taubenstr. 48/49.  
Nachmittags 4 Uhr:  
**An den Seen Oberitaliens.**  
Abends 8 Uhr:  
**Am Golf von Neapel.**

**Apollo Theater**

9 1/2 Uhr: Deute; 9 1/2 Uhr:  
Unter pers. Leitung d. Komponisten  
Sum 1. Rate:  
**Onkel Casimir.**  
Operette in 1 Akt u. 8. Französischen  
bearbeitet von Heinz Gordon.  
Musik von Max Winterfeld.  
10 1/2 Uhr: Die Dezember-Attraktionen  
u. a. Mini-Gizi, Sigw. Gentes  
Sonntag, den 3. Jan., nachm. 3 1/2 Uhr:  
Familien-Vorstellung.

Gebrüder  
**Herrnfeld-**  
Theater. Vorwerk.  
8 Uhr. 11-2 Uhr.  
67 Kommandantenstr. 57.  
**Gr. Silvester-Feier**  
von 8 Uhr abds. bis 4 Uhr früh.  
Zum 90. Male:  
**Die beiden  
Bindelbands.**  
Vorher: 9 Spezialitäten.  
5 Hardins, Mirz von Wenzl, Leo  
Rhyants, Lena Hoggel, Lindström-  
Terzett, Otto Otto, Bernabs et  
Chivo, Vincenza, Toska-Trio.  
Punkt 12 Uhr:  
Anbruch einer neuen Zeit.  
Groß an das Neue Jahr von  
Hugo Pollak.  
Fanfarenklänge vom Garde-  
Kür.-Regt.  
**Gr. Volkssänger-Soiree**  
nach alter Wiener Art arrang.  
von Anton und Donat Herrnfeld.  
Stegreif-Vorträge  
folgender Künstler: Carla Muta-  
bauer, Grete Rogée, Kathi Dreher,  
Julio Torelli, Ernst Groß, Eugen  
Neufert, Hugo Döblin, Jacques  
Glasor, Ernst Eckhoff.

**Casino-Theater**  
Fotbringer Str. 37. Täglich 8 Uhr.  
Das glänzende Dezember-Programm  
Zubehörlicher Vollerfolg!  
**Die Dianabäder.**  
Freitag 4 Uhr: Rozenzengasse 8a.  
Sonntag 4 Uhr: Hotel Klingebusch.

**Königstadt-Kasino.**  
Königsplatz 72.  
Täglich: Gr. Gira-Vorstellungen  
**Auß Vaterliebe**  
oder: Der Weihnachts größt  
Freud — Freigeburden.  
Nissen - Spezialitäten-Programm.  
Anf. d. Vorst. 8 Uhr. Keine erh. Preise.

**Kino-Ausstellung**  
Donnerstag, den 31. Dezember,  
abends 10 Uhr:  
**Gr. Silvester-Ball.**  
Vorstellung der preisgekrönten  
Schönheiten.

### Neues Theater.

Anfang 8 Uhr.  
**Israel.**  
Donnerstag Anfang 7 Uhr: Israel.  
Freitag: Israel.

### Neues Theater.

Anfang 8 Uhr.  
**Moral.**

# ::: Dritter Wahlkreis :::

Donnerstag, 31. Dezember, im Gewerkschaftshause, Engelufer 15, gr. Saal:

## Silvester-Feier

unter Mitwirkung des Volkshumoristen

Herrn Emil Gnörich.

Eintritt inkl. Garderobe 20 Pl.

Der Vorstand.

Anfang 9 Uhr.

Tanz 30 Pl.

### Stadt-Theater Moabit.

Größter und vornehmster Theater-  
saal Moabits.

Alt-Moabit 48. (Tel. II 2492.)

Donnerstag, den 31. Dezember:

### Der Weichenspreizer

Auffspiel in 4 Akten von G. v. Rotz.

Umf. d. Vorh. 8. Aufführung 7 Uhr

Kongert 7 1/2 Uhr.

Am Theater-Restaurant 18 glich

von 4 Uhr nachm. an Kongert und

der Riehe Langhoff.

Donnerstag, den 31. Dezember:

### Große Silvesterfeier.

Theater - Vorstellung

und Ball.

Umf. der Vorh. 6 Uhr, Kongert 7 Uhr.

Am Theater-Restaurant der Riehe

Langhoff.

### Walhalla- Varieté-Theater

Weinbergsweg 10, 20. Rosenthal.

Anfang 8 Uhr.

Das große Dezember-Programm.

Morgen, Silvester-Feier

Donnerstag.

Anfang 9 1/2 Uhr

in den Gesamtzimmern d. Walhalla.

Im Theater sind Tische aufgestellt.

Spezialitäten: • Ball. •

• Regimentskapellen.

• Balletaufführungen.

2 Orchester usw. 90 Musiker 90.

Um 12 Uhr: O. erste Überraschung.

Gesamteintrittspreis 1 M.

Jeder Besucher erhält 1 Geschenk.

### Reichshallen-Theater

Stettiner Säng.

Zum Schluss:

Der Kompanie-Ball

Wittler Humorede von

Wegel. Anf. 8 Uhr.

Am 31. Dezember:

Gr. Silvester-Mit-

Soiree

mit

Tanzkränzen

Kottbuser

Straße 6

Direktion Wilhelm Komer.

Donnerstag, Freitag und

Donnerstag:

Stets neues Programm.

Tanz-

Gr. Elite-Soiree

Kränzen

mit

Hoffmanns Nordd. Sängern

Donnerstag (Silvester):

Extra-Silvester-Mit-

Vorstellung.

Freitag (Neujahr): Fest-Soiree.

Neujahr-Kränzen.

Palast-Theater

Burgstraße 24, 2 Minuten vom

Sabahof über.

Heute 8 Uhr:

Der

Riesen-

Dezember-

Spielplan!

14 Attraktionen i. Hg. 14.

Werbens Leben, Sirelle.

Familienarten Bodent halbe Preise

(überall gratis).

Gustav

Behrens-

Theater.

Goltzstr. 9.

Im Wein liegt Wahrheit

Wisse mit Gesang

und

Weihnachtsfreude

Liedenspiele mit Gesang.

Außerdem die übrigen erst-

klassigen Spezialitäten

Anfang 8 1/2 Uhr. Sonntags 6 Uhr.

Berliner Eis-Palast

Ständige Eisbahn bis 1 Uhr nachts

geöffnet Großes Konzert Abends

9 und 10 1/2 Uhr Auftreten erster Eis-

kunstläufer und -läuferinnen.

Haben Sie Stoff?

Ich fertige davon Anzug od. Paletot

nach M. aus, auch, auch, auch, auch

aus 20 Mark an. Moritz Laband,

Neue Promenade 11, 1. Stüb. Ebnen.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin.

Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glöck, Berlin.

Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsgesellschaft u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin 5

Sonnabend, den 2. Januar 1909

beginnt der Umbau des Geschäftshauses

## H. Marcus, Reinickendorfer Straße 14.

Es sollen deshalb die Restbestände in

sämtlichen Abteilungen noch

schleunigst zu Spottpreisen

geräumt werden. U. a.:

Hemdantuche u. Linons . . . Mtr 15, 20, 30 Pl. etc.

Kleidermousseline Wolle und Baum- Mtr 25, 35, 50 Pl. etc.

Servietten, Tischtücher, Handtücher Stück 15, 25, 48 Pl. etc.

Seidenstoffe und Sammete Mtr 70, 90, 120 Pl. etc.

Kleiderstoffe in Wolle und Baumwolle, Mtr 45, 60, 75 Pl. etc.

### Damen- und Kinder-Konfektion.

Unterkleider, Teppiche, Tischdecken,

Gardinen etc. jetzt fast durchweg für

die Hälfte der früheren Preise.

Nordenmarken werden jetzt nicht verabfolgt.

### Partei-Expeditionen:

Zentrum I: Rly Zinte, Wauerstr. 89.

Zentrum II: Albert Dabnisch, Auguststr. 50, Eingang Joachimstraße.

1. Wahlkreis, Westen: Gustav Schmidt, Kirchbachstr. 14, Hof-

partier.

Säden und Südwesten: Hermann Berner

Gnienauerstr. 72, Laden.

2. Wahlkreis: St. Fritz, Brünnerstr. 81, Hof rechts par.

3. Wahlkreis: Osten: Robert Bengels, Naderbofstr. 8, am

Kühlrinerplatz - Wilhelm Mann, Petersburgerplatz 4 (Laden).

4. Wahlkreis, Südosten: Paul Böhm, Vaußplatz 14/15

(Laden).

5. Wahlkreis: Leo Sucht, Ammannstr. 12 (Hof).

6. Wahlkreis (Moabit und Hansviertel): Karl Ander 8,

Solanderstr. 8, im Laden.

Wedding: Karl Weige, Kagerstr. 49.

Kosenthaler und Oranienburger Vorstadt: Hermann

Kasche, Adlerstr. 36, Eingang Anklamerstraße.

Gesundbrunnen: F. Trapp, Stettinerstr. 10.

Schönhäuser Vorstadt: Karl Harz, Schenkerstr. 128.

Alt-Glienicker: Wilhelm Dürre, Kubowstr. 83 II.

Charlottenburg: Gustav Schwarberg, Selenheimerstraße 1, Hof

Solanderstraße, Laden.

Wilmersdorf-Balensee: Edlle, Sigmaringenstr. 5.

Lichtenberg, Friedrichstraße, Wilmersberg: Otto

Seidel, Kronprinzenstraße 4, I.

Rummelsburg, Boxhagen: H. Rosenkrantz, Alt-Boxhagen 56.

Grünau: Franz Klein, Bahnhöfstr. 6 III.

Bohnisdorf und Falkenberg: G. Pfeifer, Bohndorf, Ge-

nosienstraße 10.

Rixdorf: W. Heinrich, Redarstraße 2, im Laden.

Schmargendorf: Gustav Kaminski, Sunowstr. 2.

Schöneberg: Wilhelm Baumert, Martin-Lutherstr. 61, im Laden.

Tempelhof: W. Müller, Berlinerstr. 41/42.

Ober-Schöneweide: Julius Granow, Edlitzerstr. 10, I.

Nieder-Schöneweide: Bonafors, Gafelwerderstr. 2.

Johannisthal: Heide, Kaiser-Wilhelm-Platz 4.

Adlershof: Erik Steuer, Jochenbergstr. 5, II.

Königs-Wusterhausen: Friedrich Baumann, Amstgarten 3.

Köpenick: Friedrich Boldt, Riekerstr. 6, Laden.

Friedrichshagen: Otto Schröder, Friedrichstr. 60, Hof II.

Friedmann-Steglitz-Südende: G. Bernier, Schloßstr. 119,

Hof I, in Steglitz. Bestellungen nehmen entgegen in Steglitz:

G. Weber, Doppelstr. 32, und Fr. Schellhase, Ahornstr. 15a.

Mariendorf: August Leid, Gausstr. 298, Hof.

Baumschulenweg: G. Hornig, Marienfelderstr. 13, I.

Treptow: Rob. Gramenz, Alsbachstraße 412, Laden.

Neu-Westensee: Karl Subermann, Sedanstr. 105, parterre.

Reinickendorf-Ost, Wilhelmsruh und Schönholz:

G. Gutsch, Kamekestr. 12, I.

Tegel, Borsigwalde, Wittenau, Waldmannslust,

Hermisdorf und Reinickendorf-West: Paul Kienast,

Borsigwalde, Mühlstraße 10.

Pankow-Niederschönhausen: Rühlstr. 73.

Herrn-Röntgenal: Heinrich Brose, Hoberstr. 74, par.

Eichwalde, Zentben, Hermisdorf und Hanksel Ablage:

Erich Jimmermann, Eichwalde, Kaiser-Friedrich-Straße 8.

Teltow: Wilhelm Kehler, Hoberstr. 7.

Nowawes: Wilhelm Dabbe, Vrielerstr. 46.

Spandau: Köppen, Jagowstr. 9.

Mahlsdorf und Kaulsdorf: Hugo Scheibe, Mahlsdorf,

Walderstr. 14.

Sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke werden geliefert

Annahme von Inseraten für den „Vorwärts“.

Bitte ausschneiden. 245/1\*

### Sozialdemokratisch. Wahlverab-

des

6. Berl. Reichstagswahlkreises.

Todes-Anzeige.

Am 28. Dezember verstarb unser

Mitglied, der Raurer

Fritz Jäger

Koloniestr. 18/19

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am

Donnerstag, 31. Dezember, nach-

mittags 2 Uhr, von der Leichen-

halle des jüdischen Kirchhofes

Müllerstraße, Ecke Seelstraße, aus

statt.

Um rege Beteiligung ersucht

Der Vorstand

332/3

245/1\*

245/1\*

245/1\*

245/1\*

245/1\*

245/1\*

245/1\*

245/1\*

245/1\*

245/1\*

245/1\*

245/1\*

245/1\*

245/1\*

245/1\*

245/1\*

245/1\*

245/1\*

245/1\*

245/1\*

245/1\*

245/1\*

245/1\*

245/1\*

245/1\*

245/1\*

245/1\*

245/1\*

245/1\*

245/1\*

245/1\*

245/1\*

245/1\*

245/1\*

245/1\*

245/1\*

245/1\*

245/1\*

245/1\*

245/1\*

245/1\*

245/1\*

245/1\*

245/1\*

245/1\*

245/1\*

245/1\*

245/1\*

245/1\*

245/1\*

245/1\*

245/1\*

245/1\*

245/1\*

245/1\*

245/1\*

245/1\*

245/1\*

245/1\*

245/1\*

245/1\*

245/1\*

245/1\*</